Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 66 | Frühjahr 2005 | 3,10 Euro

CDU

Rechte in den Parlamenten

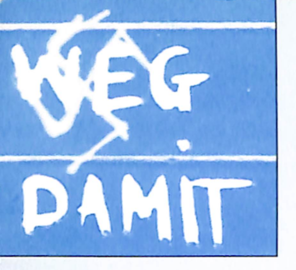
Vom rechten Rand der CDU bis zur NPD in Sachsen

Gesellschaft

Die Nazi-Aussteiger-Industrie

International

USA – Mississippi Burning

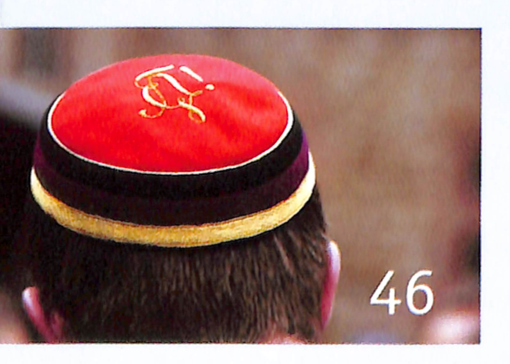


Inhalt

AIB 66 2 · 2005

Rubriken





Titel

NS-Szene

Rassismus

Gesellschaft

Geschichte

Braunzone

Antifa

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Vor fast genau zehn Jahren im Mai 1995 schrieben wir in unserem Editorial anlässlich der zahllosen Feierlichkeiten und Staatsakte bezüglich des 8. Mai und dem damals 50. Jahrestag der Niederschlagung von Nazideutschland:

»... der von der Bundesregierung langersehnte Schlussstrich unter die deutsche Geschichte ist in greifbare Nähe gerückt. Sehen wir uns Form und Inhalt der unterschiedlichen Festlichkeiten an, so stehen die Karten für Kohl und Konsorten nicht schlecht, dass sich dieser Stress nicht noch einmal wiederholen wird.« Tatsächlich liegt der Stress mit den geschichtlichen »Altlasten« nunmehr bei der rot-grünen Bundesregierung, welche sich dieser unter anderen Vorzeichen und als nunmehr geläuterte Nation zu entledigen versucht. Der damalige Versuch von Rechtskonservativen die Befreiung vom nationalsozialistischen Deutschland, als Besetzung Deutschlands durch ein anderes »totalitäres Regime« umzudeuten und sich selbst als Opfer zu stilisieren ist seitdem nicht aus der Welt. Sei es durch die skandalisierte NPD-Demo am Brandenburger Tor oder im scheinbar seriöseren Stil durch lokale CDU-Politiker. Grund genug uns das parlamentarische Wirken der extremen Rechten, in unserem Schwerpunkt mal genauer anzuschauen. Ebenfalls in die aktuelle Ausgabe fallen die beiden Wahlkämpfe zu den Landtagswahlen in Schleswig Holstein und Nordrhein Westfalen, nachdem wir vor wenigen Ausgaben die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg auf die Titelseite heben mussten, reicht in den alten Bundesländern hierfür das NS Ressort. Sicher wichtig gewesen wäre, eine Einschätzung zum 13. Februar 2005 in Dresden. Zustände, dass Neonazis ungehindert in Großgruppen durch die Stadt ziehen, um Linke, Nichtdeutsche und die Dresdner Synagoge zu attackieren, sind Szenen, die mehr erfordern, als Scheindebatten darüber, ob die bürgerliche »Deutsche-als-Opfer«-Inszenierung schlimmer zu bewerten sei, als tausende marschierende bekennende Neo-Nationalsozialisten. Der in den vergangenen Jahren betriebene unreflektierte und geschichtsverfälschende Umgang mit der Bombardierung Dresdens 1945 kann genauso wenig Grund sein, das Bedrohungspotential der Nazibanden zum Randthema zu erklären, wie das polemische »Bürger-bashing« der Vorbereitungsgruppen entschuldigen kann, sich ganz aus einer antifaschistischen Verantwortung zu stehlen. Wohl weder die bürgerliche Selbstinszenierung, noch die institutionalisierte Provokation dagegen entsprach den diesjährigen Realitäten mit geänderten, weit günstigeren Ausgangsbedingungen. Diese einem Update zu unterziehen, wurde jedoch versäumt. Zitierenswert ist hier anstelle eines eigenen Artikels vielleicht der Nachbereitungstext »Deutsche Zustände in Dresden«: »Die Linke (...) muss ihre Verantwortung endlich wahrnehmen (...) Teilweise konnte gezeigt werden, dass durch entschlossenes Handeln Einiges machbar ist (...) Anzumerken bleibt dabei, dass dieses Thema nicht nur auf den Strassen Dresdens entschieden wird, hier kann es nur um Schadensbegrenzung gehen, vielmehr sollte verstärkt eine linke, antifaschistische Erinnerungskultur das ganze Jahr über betrieben werden, damit den Opfern und den Ursachen des Nationalsozialismus Rechnung getragen werden kann.« Wüsste man es nicht besser, wäre man versucht sich als AntifaschistIn anlässlich eines scheinbaren staatlichen Früjahrsputzes gegen Neonazistrukturen entspannt zurückzulehnen: Potsdamer Richter stufen eine Gruppe rassistischer Brandstifter als terroristisch ein, die Bundestagsparteien einigen sich auf ein schärferes Versammlungsrecht für Naziaufmärsche, der Berliner Innensenator verbietet drei lokale Kameradschaften und der Sänger der Naziband Landser scheitert vor den Bundesrichtern in Karlsruhe. Zweifellos ist das zeitliche Zusammenfallen dieser Entscheidungen ein Zufallsergebnis, jedoch wird die Ansicht deutlich, Nazis mit Hilfe von Gesetzen in den Griff kriegen zu können. Doch diese Symbolpolitik hilft weder den von Nazigewalt Betroffenen, noch schränkt sie eine rechte Alltagkultur ein. Es bleibt die - nicht neue - Erkenntnis, dass eine starke linke antifaschistische Bewegung, die solidarisch mit von (auch staatlichem) Rassismus Betroffenen ist und ein klares historisches Wissen weiterträgt, das beste Mittel ist, um Neonazis effektiv zu bekämpfen. ■

Berliner Kameradschaften verboten

In Berlin wurden Anfang März 2005 die »Kameradschaft Tor« samt »Mädelgruppe« aus Lichtenberg und die »Berliner Alternative Südost« (BASO) aus Treptow/Köpenick mit sofortiger Wirkung verboten. Die Polizei durchsuchte die Wohnungen von neun Kameradschaftsmitgliedern und beschlagnahmte über 500 Flugblätter, zudem Aufkleber, T-Shirts und Aktenordner. Gegen sechs Neonazis wurden Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. Betroffen von den Durchsuchungen war auch der ehemalige NPD-Funktionär René Bethage, der als Chef der BASO galt.

Es handelt sich um die ersten Verbotsverfügungen gegen rechtsextreme Kameradschaften nach dem Vereinsrecht in Berlin. Das Verbot wurde mit einer »Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus« und einer »kämpferisch-aggressiven« Haltung gegen die Verfassung, begründet. Szenekenner vermuten hinter den Verboten eine staatliche Reaktion auf den provokanten Versuch Berliner Kameradschaften, Druck auf Polizeibeamte auszuüben. Aktivisten dieser Kameradschaften sollen hinter Drohungen gegen den Berliner Polizeidirektor Michael Knape, gesteckt haben. Mit spektakulären Polizeiaktionen hatte der Leiter einer Polizei-Direktion in den letzten Jahren viele Neonazitreffen auffliegen lassen. Björn Wild von der »Kameradschaft Tor« hatte während seiner Beschäftigung beim Finanzamt Friedrichshain/Prenzlauer Berg den Computer angezapft, um persönliche Daten eines Polizisten und anderer Gegner zu entnehmen. Diese wurden mit wüsten Kommentaren im Internet veröffentlicht. Die Polizei ermittelte in diesem Zusammenhang 184 Fälle von Datenmissbrauch. ■



[1] Die »Mädelgruppe« der Kameradschaft Tor nach der versuchten Störung einer antifaschistischen Gedenkfeier.

Rechte Aktivisten klagen erfolglos

Der Wunsch von Protagonisten der extremen Rechten in ihrem Tun anonym zu bleiben, zieht bisweilen Klagen gegen Zeitungen oder Internetprojekte nach sich. So verklagte der niedersächsische NPD Aktivist Arwid Strelow mittels des bekannten Szeneanwalts Klaus Kunze die »tageszeitung«. Diese hat mit Fotografien darüber berichtet, dass Strelow am 13. März 2004 in Rotenburg/Wümme einem Jugendlichen am Rande einer NPD Kundgebung aus kurzer Entfernung mit voller Wucht eine ca. 1 Meter lange Holzlatte ins Gesicht schlug. Dem umherstehenden 20jährigen Passanten wurde dadurch das Jochbein zertrümmert und er verlor beinahe sein Augenlicht. Nach erstinstanzlichen Erfolg stellte der 2. Zivilsenat des Oberlandesgerichtes Braunschweig im Oktober 2004 klar: »Ein gewalttätiger Demonstrant darf in einem Pressebericht auch bei Straftaten unterhalb des Bereichs der Schwerkriminalität jedenfalls dann mit seinem vollen Namen genannt werden, wenn die Tat angesichts der Person oder Stellung des Täters und/oder der Art der Tat bzw. ihrer spezifischen Verhältnisse die Öffentlichkeit besonders berührt.« Die berichteten Vorkommnisse und die hieran beteiligten Personen hätten aus ihrem aktuellen politischen Kontext heraus ein zeitgeschichtliches Geschehen dargestellt. Als relative Personen der Zeitgeschichte müssten sie zumindest mit ihrer bildlichen Darstellung in der Öffentlichkeit leben. Der Vorfall beträfe den Kläger in einer Tätersituation bei einem Gewaltdelikt, zudem sei er als aktiver Teilnehmer aufgrund einer eigenen Entscheidung aus der Anonymität herausgetreten und müsse »es sich deshalb bis zu einem gewissen Grade auch gefallen lassen, mit dieser Entscheidung beim Wort genommen zu werden«. Ebenfalls keinen Erfolg vor Gericht hatte der Aktivist der »Mecklenburgischen Aktionsfront« (MAF) David Petereit. Dieser versuchte mit Hilfe des Düsseldorfer REP-Parteifunktonärs und Anwalt Björn Clemens vergeblich eine Verfügung gegen das Internetportal www.links-lang.de zu erwirken. Hier war ein Bild Petereits zu sehen, wie dieser mit einem Transparent gegen die »Ausstellung Verbrechen der Wehrmacht« am 2. August 2003 in Penemünde demonstrierte. ■

DVU in Brandenburg gibt sich aktivistisch

Die Brandenburger Landtagsfraktion der DVU sorgte seit dem bundesweiten »Deutschlandpakt« mit der NPD mehrfach für Aufmerksamkeit. Nach einem Besuch von NPD-Vertretern aus Sachsen im Parlamentsgebäude prüft der Landtagspräsident ein Hausverbot. Mehrere DVU-Abgeordnete gingen anfänglich auf Distanz zum neuen Partner. So hatte der DVU-Landtagsabgeordnete Markus Nonninger offen geäußert, Teile der NPD würden »eher Leute erschrecken als überzeugen«. Er bezweifelte, dass man bei ihr »alle Teile ständig unter Kontrolle halten kann«. Eine gemeinsame Liste von NPD und DVU bei der Bundestagswahl sah er kritisch. Auch der Vize-Fraktionschef Michael Claus hatte diese Pläne abgelehnt. Die kritischen Positionen konnten sich jedoch offenbar parteiintern nicht durchsetzen. Nach einem Landesparteitag in Rehfelde sagte DVU-Parteichef Frey dem RBB Fernsehen: »Es ist ja kein Unterschied zwischen den Grundauffassungen der NPD und uns.« Der regionale DVU-Vorsitzenden Sigmar-Peter Schuldt wurde in seinem Amt bestätigt und schlägt seit dem einen deutlich aktivistischeren Ton an. Bei der »Reichsgründungsfeier« der brandenburgischen NPD trat Schuldt als Gastredner auf. Auch an dem Neonaziaufmarsch am 13. Februar 2005 in Dresden nahm er teil. Auf einer NPD-Veranstaltung in Sachsen erklärte Schuldt: »Wenn ich von Vertretern der etablierten Parteien deswegen Nazi genannt werde, weil ich mich für die eigene Bevölkerung, für die Nation einsetze, dann trage ich diese Beschimpfung stolzer als andere das Bundesverdienstkreuz«. Einige Monaten zuvor hatte Schuldt noch empört reagiert, als ein SPD-Funktionär die DVU als »Nazis« und »als Rechtsnachfolger der NSDAP« bezeichnet hatte. In der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen legte die Brandenburger DVU-Landtagsfraktion anlässlich des Tages der Auschwitzbefreiung einen Kranz nieder. Auf der DVU-Kranzschleife hieß es: »Allen Opfern des KZ Sachsenhausen, auch...« Es folgten Namen von Inhaftierten, die nach 1945 in einem russischen Speziallager starben. Ursprünglich wollte die DVU ihren Kranz während der offiziellen Gedenkveranstaltung ablegen – zwischen die Kränze der anwesenden Opferverbände und Überlebenden des Konzentrationslagers. Um einen Eklat zu vermeiden, hatte die Gedenkstättenleitung der gesamten DVU-Landtagsfraktion Hausverbot für die Dauer der Gedenkveranstaltung erteilt. Der nachträglich abgelegte Kranz wurde nach einer längeren Diskussion entfernt. »Die DVU missbraucht die Opfer, um die revisionistische Propaganda der Partei zu verbreiten«, sagte ein Gedenkstätten-Sprecher. ■



Sigmar-Peter Schuldt - Parlamentarischer Geschäftsführer der DVU-Fraktion in Brandenburg, rechts) und Klaus-Jürgen Menzel (stellv. Landesvorsitzender der NPD-Sachsen, ganz links) bei der Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof in Dresden.

Terrorgruppe »Freikorps« in Brandenburg verurteilt

Erstmals seit Jahrzehnten sind Anfang März 2005 Mitglieder einer Neonazigruppe als terroristische Vereinigung nach Paragraf 129a verurteilt wurden. Das Oberlandesgericht Brandenburgs verhängte eine viereinhalbjährige Haftstrafe gegen Christopher Hartley, den Anführer des so genannten »Freikorps« aus der Gegend um Nauen. Seine elf ebenso angeklagten Mitstreiter kamen mit Bewährungsstrafen davon. Mit dem erklärten Ziel, Ausländer aus der Region zu vertreiben, hatte das »Freikorps« über einen Zeitraum von acht Monaten Brandanschläge verübt: neun auf Asia- beziehungsweise Döner-Imbisse und einen auf ein von VietnamesInnen betriebenes Kleidungsgeschäft. Der angerichtete Sachschaden beläuft sich auf insgesamt 800.000 Euro, Menschen wurden nicht verletzt. Während der Taten waren die Freikorps-Mitglieder erst zwischen 14 und 18 Jahren alt. Über Kontakte zu anderen Neonazigruppen verfügten sie zunächst nicht. Sie bemühten sich jedoch um die Erweiterung ihrer Gruppe - unter anderem trafen sie sich mit Gleichgesinnten im nahen Neuruppin und erwogen, einen Anschlag auf das dortige Flüchtlingsheim auszuüben. Bemerkenswert ist die Ignoranz der Gesellschaft, auf die die Freikorps-Mitglieder offenbar zählen konnten. So wussten einige Mitschüler, wer für die Freikorps-Anschläge verantwortlich ist, ohne dass sie auf die Idee kamen, etwas zu unternehmen. Die Mutter von Christopher Hartley äußerte vermutlich offen Sympathien und soll ihren Sohn sogar per Auto zu einem der Anschläge gefahren haben. Gegen das Gerichtsurteil wurde in Revision gegangen. ■

Parlamentarisches Wirken der extremen Rechten

» Extreme Rechte im Parlament – das war meist nur wenige Wochen nach dem Einzug rechtsextremer Parteien in lokale Parlamente ein Thema für die Medien und die antifaschistische Bewegung. Sobald sich die erste Aufregung gelegt hatte, verschwand das Thema regelmäßig bald wieder aus der Öffentlichkeit. Aktuelles Beispiel hierfür ist der Einzug von »Pro Köln« in den Rat der Stadt Köln (Seite 32). Das Wirken des Rechtsaußenflügels innerhalb der CDU war in der antifaschistischen Bewegung nur selten und in den Medien so gut wie nie ein Thema. Im Moment sorgen jedoch parlamentarische Vertreter des rechten Randes der CDU und Abgeordnete der sächsischen NPD regelmäßig für Schlagzeilen. Grund für das gesteigerte Interesse dürfte das professionelle Auftreten der NPD in Sachsen und die höhere gesellschaftliche Sensibilität aufgrund des Gedenkjahres zum 60. Jahrestag der Befreiung sein. CDU-Rechtsaußen und NPD greifen zumindest punktuell auf die selben politischen Themen der gesellschaftlichen Mitte zurück. Rassistische, nationalistische und geschichtsrevisionistische Ausfälle von CDU-Rechtsaußen sind dabei nur noch schwer von den juristisch geprüften und politisch abgemilderten Aussagen der NPD-Parlamentarier in Sachsen zu unterscheiden. Natürlich bestehen zwischen den beiden Parteien erhebliche politische Unterschiede, doch gerade wenn im Wahlkampf um ein rassistisches und nationalistisches Wählerklientel gekämpft wird, verwischen die Grenzen zunehmend. Auch wenn sich die Aussagen von CDU-Rechtsaußen und NPD-Politikern inhaltlich punktuell ähneln mögen, in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen sind sie deutlich zu unterscheiden. Die sächsische NPD setzt ihre Aussagen als gezielte politische Instrumente ein. Die Artikel auf Seite 7 und Seite 10 beschreiben das Wirken der NPD in Sachsen und ihre Ideologen. Die Aussagen der NPD-Abgeordneten bewegen sich unterhalb der Grenze zum Strafbaren, sind jedoch eindeutig genug, um für öffentliche Empörung zu sorgen. Hierdurch wird die liberale Öffentlichkeit aufgeschreckt und selbst konservative und bürgerliche Rechte fühlen sich durch die neonazistischen Untertöne gestört. Die gesamtgesellschaftliche Resonanz ist also relativ gering. Die (sächsischen) Wählerschichten jedoch, die der NPD ihre Stimmen gegeben haben, werden durch solche »NPD-Skandale« im Landtag positiv erreicht. Sie finden ihre rassistischen und nationalistischen Auffassungen in Originaltönen im Parlament wieder und fühlen sich professionell vertreten. Die öffentliche Empörung der Medien bedient zusätzlich das Gefühl, mit der Wahl der NPD »denen da oben« eins ausgewischt zu haben. Wenn jedoch die CDU die selben Töne anschlägt, erreicht sie dadurch, dass die Themen der extremen Rechten eine breitere gesellschaftliche Resonanz erfahren. Da die CDU eben nicht von vorneherein den unseriösen Neonazistempel auf ihren Aussagen hat wie die NPD, erreichen ihre Aussagen einen größeren Wirkungskreis innerhalb der Gesellschaft. Die Beispiele aus Berlin und Brandenburg (Seiten 18 und 19) zeigen, dass es oft nur der Druck überregionaler Öffentlichkeit ist, der CDU-Rechtsaußen in eine gewisse Bedrängnis bringt. An der CDU-regierten regionalen Basis scheint kaum jemand Probleme mit den extrem rechten Positionen der CDU-Politiker zu haben. Das Beispiel Weimar (Seite 16) und die große Anfrage der CDU/CSU (Seite 12) zeigen auf, wie gerade das Spektrum um den rechten Rand der Union und die extrem rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« zusammenwirken und sich um gesellschaftlichen Einfluss bemühen. Auch hier gibt es Ideologen wie Hans-Helmuth Knütter (Seite 20) oder Eckhard Jesse (Seite 22), die den rechten Flügel der CDU politisch unterstützen. Die antifaschistische Bewegung ist gut beraten alle Ausdrucksformen extrem rechter Politik gleichberechtigt zu beobachten und gegen rassistische, nationalistische und geschichtsrevisionistische Politik zu intervenieren, unabhängig davon, ob sie von Parteigängern der CDU oder der NPD formuliert und praktiziert wird. ■

Die »Berater« der sächsischen NPD-Fraktion

Rechtsextreme Wahlerfolge – das bedeutete in der Vergangenheit regelmäßig: Peinliche Auftritte, demonstrative Inkompetenz, finanzielle Unregelmäßigkeiten und interne Streitereien. Selten schafften es die Abgeordneten bis in die nächste Legislaturperiode. Die sächsische NPD versucht dieser typischen Entwicklung durch das Anstellen politischer Berater zu entgehen. Diese Berater stammen aus dem kleinen Kreis rechtsextremer Ideologen, die seit Jahren in den einschlägigen Zeitungen publizieren, Bücher schreiben und auf Schulungsveranstaltungen referieren. Drei von ihnen stellen wir im Folgenden vor.

[1]

Andreas Molau (1994)

[2]

„Der Untergang transportiert ein völlig neues Hitler-Bild."
Karl Richter, NPD-Mitglied

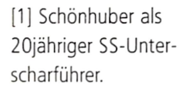
[1] Andreas Molau, Faksimile aus »Junge Freiheit« Nr. 48.
[2] Karl Richter als Naziadjutant im Kinofilm »Der Untergang«. Faksimile aus »Der Tagesspiegel«, 29.10.04.

Karl Richter

»Eine Parlamentsfraktion ist ein hervorragendes Aufklärungsinstrument. Vorausgesetzt, man weiß es zu benutzen und vermeidet alte Fehler«, schreibt Redakteur Karl Richter im extrem rechten Strategieorgan »Nation & Europa«. Einer der parlamentarischen Berater der sächsischen NPD, die solche Fehler vermeiden sollen, ist der 42jährige Richter selbst. Er versucht hier eine »NPD-Denkfabrik« zu initiieren, damit »ideologische Sollbruchstellen zwischen Koalitionswilligen und nationalen Überzeugungstätern« im »Zermürbungskrieg des parlamentarischen Alltags« das extrem rechte »Parlamentsexperiment« nicht platzen lassen. »Mikrofone, Redezeit, Fraktionsgelder in sechsstelliger Höhe. Mit etwas Einübung in die parlamentarischen Gepflogenheiten«, meint Richter, »lässt sich daraus ein mächtiges politisches Instrument schmieden«. Er selbst wird für seine Bemühungen als »zeitgeschichtlicher Berater« der sächsischen NPD mit 2.300 Euro aus der Staatskasse entlohnt.[1] Ganz unbescheiden beschreibt er in »Nation & Europa«, dass bei der Zusammensetzung der »NPD-Denkfabrik« auf »bewährtes Personal aus der gesamten Szene mit Kompetenzen weit über die Parteigrenzen hinaus« zurückgegriffen worden sei. Richter begann seine rechte Karriere im Münchener Milieu der Burschenschaft Danubia und als Redakteur rechter Zeitungen. Für sein Studium in den Fächern Geschichte, Volkskunde, Musikwissenschaft und Indologie erhielt er das »Herwig Schopper Stipendium« der »Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaft und Künste«.[2] Er war parlamentarischer Assistent des Republikaner-Abgeordneten Harald Neubauer im Europaparlament und für die bayerischen Republikaner als Pressesprecher tätig. Diese Funktion übte er jedoch nicht lange aus, da er die Partei im Juni 1990 nach einem Parteiausschlussantrag verlies. Er wechselte zur »Deutschen Liga für Volk und Heimat« (DLVH), wo er einen Posten im Bundesvorstand bekam. Im Februar 1994 veröffentlichte »Nation & Europa« ein Gedicht mit dem Titel »Armes Vaterland«. In diesem hieß es u.a.: »Schwarze, Braune, Halbweiß', Gelbe, alle wollen nur dasselbe: Unser Geld in ihre Hand. Deutschland armes Vaterland!«[3] 1995 wurde Karl Richter vom Amtsgericht Coburg aufgrund dieses Gedichts wegen Volksverhetzung zu fünf Monaten Freiheitsstrafe auf zwei Jahre Bewährung verurteilt. Noch im selben Jahr wurde Richter Vorstandsmitglied der extrem rechten »Gesellschaft für freie Publizistik«. Seine vielseitige publizistische Tätigkeit[4] und Autorenschaft für mehrere Bücher zeigt, dass Ideologen in der extrem rechten Szene rar gesät sind. Einer der wenigen ist Karl Richter. Die »Junge Freiheit« bezeichnete ihn als »einer der besten nonkonformen Publizisten Deutschlands«[5] und die »Deutsche Stimme« zählte ihn zu den »profiliertesten Vertretern der nationalen Publizistik in Deutschland«[6]. Ob »Freiheitlicher Kongreß« der NPD oder »Heidelberger Gespräch« der »Burschenschaft Normannia«, immer wieder tritt Richter als gefragter Referent der extremen Rechten auf. Bis 2003 konnte er gar im Bundeswehr-»Verteidigungskommando 65« in München politische Seminare zum Thema Rechtsextremismus anbieten.[7] Mit dem

→

1| Freie Presse, 16. November 2004
2| www.gfp-netz.de/vorstand_richter_karl.html
3| »Nation & Europa«, Februar 1994
4| Der Münchener Mediengestalter Karl Richter wurde 1988 Verantwortlicher für das Danubia-nahe Blatt »Münchener Freiheit«. Ein Jahr später war er bereits Mitarbeiter der extrem rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Im März 1990 wurde er kurzzeitig zum Chefredakteur der REP-Parteizeitung »Der Republikaner« ernannt. Zwischen 1991 und →

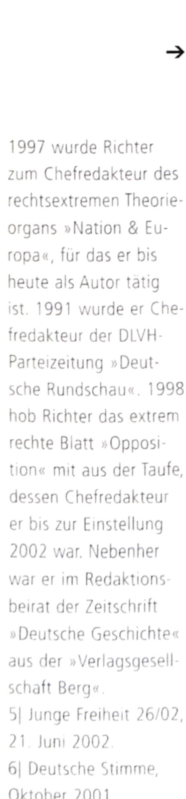


[1] Schönhuber als 20jähriger SS-Unterscharführer.

[2] Schönhuber als Redner beim Neonaziaufmarsch am 13. Februar 2005 in Dresden.



Rang eines Stabsoffiziers nahm er regelmäßig an Wehrübungen der Bundeswehr teil. Auch hier hielt er Schulungen zur politischen Bildung ab.[8] Im Herbst 2003 gelang ihm der nächste Coup. In der Rolle des Adjutanten des Generalfeldmarschalls Keitel, Hitlers engsten militärischen Beraters, spielte er in dem Kinofilm »Der Untergang« über die letzten Tage von Adolf Hitler mit. Karl Richter machte aus seiner politischen Gesinnung über die Jahre seiner publizistischen Tätigkeit keinen Hehl. 1993 trat er mit den Holocaust relativierenden Äußerungen an die Öffentlichkeit: »Sechs Millionen Tote, so sagt man, seien das ‚singuläre' zu deutsch: einzigartigste Verbrechen der Deutschen, begangen an Juden während des dritten Reiches. Dabei stimmt schon die Zahl nicht (...) Sechs Millionen? Drei Millionen – oder noch weniger? Wo bleibt denn da die ‚Singularität'?«[9] Ein Jahr später agitierte er gegen Minderheiten schlechthin: »Heute sind Fixer, Homos, Lesben, Asylbetrüger, Schwerkriminelle noch Minderheiten in unseren Breiten. ‚Political correctness' macht`s möglich, dass aus Asozialen und Randfiguren nach und nach Mitbürger wie du und ich werden«.[10] Ein Jahr später relativierte er erneut die NS-Verbrechen: »Was soll an Auschwitz ‚singulär' sein – neben Hiroshima, Dresden und Nagasaki ?«[11].



1997 wurde Richter zum Chefredakteur des rechtsextremen Theorieorgans »Nation & Europa«, für das er bis heute als Autor tätig ist. 1991 wurde er Chefredakteur der DLVH-Parteizeitung »Deutsche Rundschau«. 1998 hob Richter das extrem rechte Blatt »Opposition« mit aus der Taufe, dessen Chefredakteur er bis zur Einstellung 2002 war. Nebenher war er im Redaktionsbeirat der Zeitschrift »Deutsche Geschichte« aus der »Verlagsgesellschaft Berg«.

5| Junge Freiheit 26/02, 21. Juni 2002.
6| Deutsche Stimme, Oktober 2001.
7| Frankenpost, 5.10.2004
8| FAZ 8.10.2004
9| Deutsche Rundschau 8-9/1993
10| »Nation & Europa – Deutsche Rundschau« 7-8/1994
11| »Nation & Europa – Deutsche Rundschau«, 7-8/1995.
12| stern 5/2004

Andreas Molau

Der neue wissenschaftliche Mitarbeiter für »schulpolitische Fragen« der NPD-Sachsen ist Andreas Molau (36). Für diese Aufgabe und einen Job bei der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« kündigte er seinen Arbeitsplatz als Lehrer an einer Braunschweiger Waldorfschule. Molau begann seine politischen Aktivitäten als 16jähriger bei der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten«.[12] Später trat er als Autor der rechtsextremen »Deutschen Monatshefte« in Erscheinung. Während seines Studiums der Germanistik und Geschichte in Göttingen wurde er Mitglied der »Deutschen Hochschulgilde Trutzburg Jena zu Göttingen«. Auch hier war er als Autor tätig, für die Burschenschaftler-Zeitung »Göttinger Zirkel«. Seinen Weg zum »Schulexperten« begann er im Bundesvorstand der »Deutschen Gildenschaft«. Hier übte er Anfang der 90er Jahre das Referat Erziehung und Bildung aus.[13] Bald folgten die ersten Buchveröffentlichungen. Seine Staatsexamenarbeit über »Alfred Rosenberg. Der Ideologe des Nationalsozialismus« wurde in einem rechten Verlag herausgegeben. In seinem Sammelband »Opposition für Deutschland« kam neben seinem jetzigen Kollegen Karl Richter auch der Holocaust-Leugner Germar Rudolf zu Wort. Seine Artikel fanden sich in der rechtsextremen Zeitschrift »Nation & Europa« ebenso wie im rechtsintellektuellen Magazin »Criticon« und in der Zeitschrift »Ökologie«. Zeitweilig war er Redakteur des Kulturteils der extrem rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«, die er nach einem politischen Zerwürfnis jedoch wieder verließ. Anschließend wurde er Chefredakteur der Zeitschrift »Deutsche Geschichte«. Für die extrem rechte »Gesellschaft für Freie Publizistik« trat er als Referent auf. Seit 1994 ist er Herausgeber des Jahrbuches »Deutscher Almanach« in einem rechten Verlag.[14] Auch Molaus politische Ausrichtung war und ist offensichtlich. In den »Deutschen Annalen« von 1995 äußerte sich Molau zu der »Lebenslüge Bundesrepublik Deutschland«: »Auschwitz ist zum Dogma geworden, und die Bundesrepublik hat sich mit diesem Dogma endgültig der Lächerlichkeit preisgegeben (...) Sich diesen Dogmen zu entziehen, ist ein Akt der Selbstbefreiung.«[15] In der »Deutschen Stimme« forderte er 2004 in einem geradezu apokalyptischen Duktus: »Was wir heute brauchen, ist eine Einheitsfront derjenigen, die eine Abschaffung des deutschen Volkes verhindern wollen. Dem steht bekannterweise die Einheitsfront jener gegenüber, die mit der multikulturellen Gesellschaft gerade dies vollenden wollen.«[16]

Franz Schönhuber

Als »europapolitischen Berater« hat sich die NPD Franz Schönhuber ins Boot geholt. Der über 80jährige kann auf eine lange Geschichte in der extremen Rechten zurückblicken: 1937 wurde er Kameradschaftsführer in der Hitler-Jugend und trat 1941 in die NSDAP ein. 1942 wurde er in die »Leibstandarte Adolf Hitler« der Waffen-SS aufgenommen. Nach Einsätzen in ganz Europa wurde er Ausbilder in der SS-Division Charlemagne und wurde schließlich zum »Endkampf« in



[3] Auch am 13. Februar in Dresden: Holger Apfel, Gerhard Frey, Udo Voigt und Franz Schönhuber unter der Fahne der NPD.

die 11. SS-Freiwilligen-Panzergrenadierdivision »Nordland« versetzt. Nach anderthalb Jahren Kriegsgefangenschaft in England wurde er von einer »Spruchkammer« als Mitläufer eingestuft.

Bald begann seine journalistische Karriere: Zunächst betreute er Sendungen beim Bayerischen Rundfunk und schrieb Kolumnen für die Münchner Abendzeitung. 1969 wurde er Chefredakteur der Münchner Boulevardzeitung »TZ«, die er jedoch recht bald wieder verließ. Noch galt er als Linker, seine Frau Ingrid war SPD-Stadträtin in München. 1974 wurde er Vorsitzender des Bayerischen Journalistenverbandes sowie Mitglied des Deutschen Presserats und 1975 schließlich Hauptabteilungsleiter beim Bayerischen Rundfunk. Im gleichen Jahr wurde er Moderator der populären Wirtshaus-Polittalkshow »Jetzt red i«. Zu dieser Zeit war Schönhuber CSU-nah und wurde von der bayerischen politischen Elite hofiert. Ab 1979 wurden ihm rechtsextreme Äußerungen und seine NS-Vergangenheit vorgeworfen und die CSU ging langsam auf Abstand. Nachdem er 1981 das autobiographische Buch »Ich war dabei« veröffentlichte, in dem er seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS glorifizierte, wurde er zur persona non grata und verlor 1982 seinen Posten beim BR und den Ehrenvorsitz des bayerischen Journalistenverbands.

Er wurde zur Identifikationsfigur der extremen Rechten und gründete 1983 die Republikaner, bei denen er sich Mitte der 80er Jahre als Führungsfigur durchsetzte. 1989 zogen die REPs ins Berliner Abgeordnetenhaus und ins Europaparlament ein, Schönhuber wurde Europaabgeordneter. Mit rassistischen Ausfällen, die im nationalen Taumel der Wendezeit auf fruchtbaren Boden fielen, verschaffte er sich und den REPs bundesweit Gehör. Ab 1990 kam es zu parteiinternen Machtkämpfen, bei denen sich Schönhuber bis 1994 stets durchsetzen konnte. Die REPs konnten allerdings nicht mehr an ihre Erfolge von 1989 anknüpfen und verloren an Bedeutung. 1994 setzt der Bundesvorstand Schönhuber nach einer gemeinsamen Erklärung mit DVU-Chef Gerhard Frey ab. 1995 verlässt er die REPs. Seitdem setzt sich Schönhuber für eine rechtsextreme Sammlungsbewegung ein und formuliert dieses Anliegen als Referent der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« (DLVH) und als Kolumnist der parteiungebundenen rechtsextremen Zeitschriften Nation & Europa und Europa Vorn. Die Abgrenzung der REPs gegen noch rechtere Konkurrenten hat er abgelegt: 1998 kündigt er seine Kandidatur als Parteiloser auf der Liste der DVU für die Europawahl 1999 an und hat von 1999 bis 2003 eine regelmäßige Kolumne in der »Deutschen Nationalzeitung« Gerhard Freys. Im Sommer 2000 veröffentlicht er zusammen mit dem notorischen Holocaust-Leugner Horst Mahler das Buch »Schluss mit deutschem Selbsthass« und tritt mit diesem auf Veranstaltungen und Pressekonferenzen – u.a. auch zum damals zur Diskussion stehenden NPD-Verbot – auf. Seit Januar diesen Jahres hat er eine Kolumne im NPD-Organ »Deutsche Stimme«, in der er den Grund seines Schmusekurses mit der NPD offenbart: Er fühle sich verpflichtet, »jede Gelegenheit wahrzunehmen, meine revisionistischen Gedanken zu verbreiten.«[17] Mit seiner Berufung zum Berater der NPD ist der umtriebige und machthungrige Politiker und Publizist wieder dort gelandet, wo er schon mit den REPs hinwollte – da, wo man mit rechtsextremer Politik den größten Einfluss und die größte Aufmerksamkeit erzielt.

Fazit

Allen drei Beratern sind eine langjährige Tätigkeit in Strukturen der extremen Rechten, eine umfangreiche publizistische Tätigkeit und fraktionsübergreifende Kontakte in die unterschiedlichen Fraktionen der extremen Rechten in Deutschland gemeinsam. Sollte die NPD in weitere Landtage einziehen, dürfte sie Probleme bekommen, weitere Berater zu finden, auf die diese Kriterien zutreffen und die bereit sind, sich der NPD unterzuordnen. Wie so oft in der Geschichte der extremen Rechten seit 1945 mangelt es ihr an kompetenten Persönlichkeiten, um auf Dauer überregional oder gar bundesweit Realpolitik machen zu können. ■

13| Stephanie Junkers: »Der Kulturbegriff der Rechten am Beispiel der Jungen Freiheit«, Frankfurt/M 1995 und www.math.uni-goettingen.de/sumpf/bg-jura/erstsemester/ersti-info/main.html

14| www.gfp-netz.de/referenten_molau_andreas.html

15| Andreas Molau: »Lebenslüge Bundesrepublik Deutschland«, in Gert Sudholt (Hrsg.): »Deutsche Annalen 1995«|, Berg 1995, Seite 33, 45 – 47

16| Molau, Andreas: »Die Grünen sind in der BRD angekommen«. In: »Deutsche Stimme« Nr.11, Riesa 2004, Seite 24

17| Deutsche Stimme 1/2005, Riesa



Parlamentarisches Schaulaufen

Die NPD im sächsischen Landtag

[1] Die NPD-Funktionäre Klaus Beier und Jens Pühse vor dem sächsischen Landtag.

Betont locker bewegen sie sich durch die Gänge des sächsischen Landtags. Die Abgeordneten der NPD-Fraktion sind die ersten seit vielen Jahrzehnten, die den Sprung schafften und mit einer offen neonazistischen Partei in ein Landesparlament einzogen.

» Die Erfolge anderer rechter Parteien in den letzten Jahren waren gekennzeichnet von unfähigem Personal, Machtspielen und internen Zerwürfnissen. Doch die NPD ist anders. Anders als die DVU in Sachsen-Anhalt, die 1998 mit 12,9% ihren größten Wahlerfolg einfahren konnte, nur um sich kurze Zeit später zu zerstreiten und zu spalten. Anders als die DVU in Brandenburg, die zwar bereits die zweite Legislaturperiode im Landtag sitzt, aber eher dadurch auffällt, dass sie kaum auffällt. Den Abgeordneten sieht man das Selbstbewusstsein an, dass sie in den ersten Monaten ihrer parlamentarischen Arbeit erworben haben. Ihre z.T. langjährigen Politkarrieren in der extremen Rechten, ihr Hochdienen durch Vorfeld- oder Jugendorganisationen der NPD, hat dafür gesorgt, dass sie nicht mehr so leicht das Futter für jedes Satiremagazin der Republik geben wie ihre Kollegen von der DVU. Und mehr noch. Sie haben gelernt, die Grenzen ihrer Mandate möglichst weit auszureizen. Sie haben gelernt wie leicht es ist, durch gezielte Provokation all jene vorzuführen, die glaubten, die NPD entzaubern zu können. So wie bei einer Gedenkminute für die Opfer des Holocaust.

Als sie sich dem verweigerten und demonstrativ den Saal verließen, wurde das von den Abgeordneten der anderen Parteien empört, aber irgendwie auch erleichtert zur Kenntnis genommen. Erleichtert, denn seit ihrem Einzug in den sächsischen Landtag herrschte Rat- und Hilflosigkeit in Bezug auf den Umgang mit der NPD. Der Eklat, so die Hoffnung, zeige das wahre Gesicht der Partei, entzaubere sie und vereinfache so den weiteren Umgang. Doch weit gefehlt. Mit ihren revisionistischen Statements, ihren wohlkalkulierten Provokationen immer scharf entlang der Grenze zur Strafbarkeit, und ihren realpolitischen und nicht einfach zu ignorierenden Anträgen treibt sie die Parteien weiter vor sich her. Dieser Erfolg ist weniger einer cleveren Taktik der NPD-Führung geschuldet, als einem anschlussfähigen Diskurs der »politischen Mitte« und der Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit der etablierten Akteure, die NPD zu bekämpfen. Hinzu kommt eine fehlerhafte Einschätzung dessen, was die NPD ist und was ihren Erfolg ausmacht.

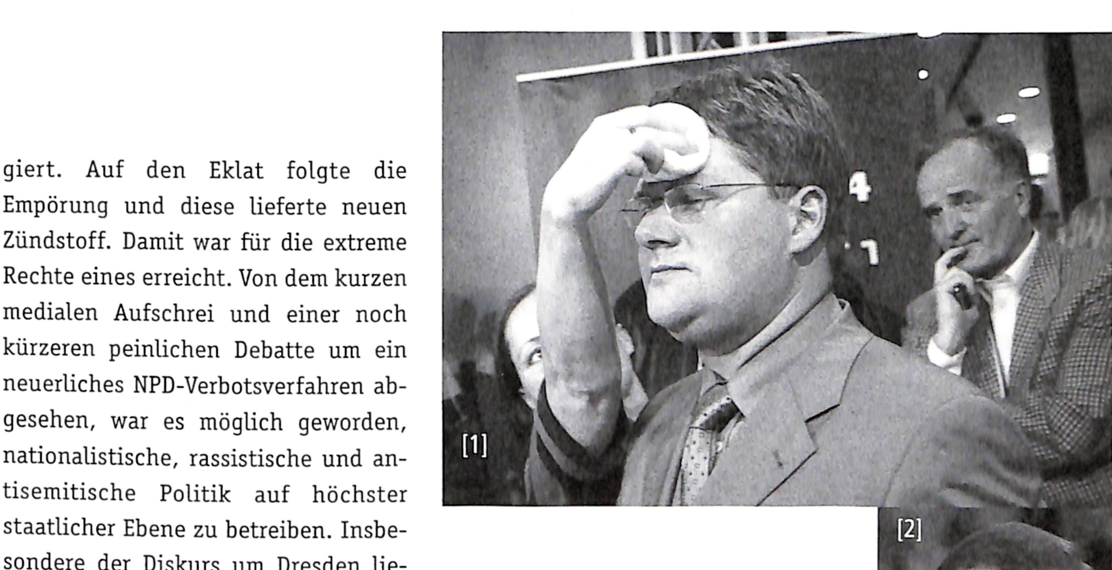
Nach wie vor wird ihr Erfolg mit einer reinen Protestwahl erklärt. Davon ausgehend wurde ihrer Fraktion ein baldiges Ende prophezeit. Aus dieser falschen Perspektive resultiert, dass alleine die aktuellen oder drohenden Wahlerfolge rechter Parteien als Problem gesehen werden, nicht aber die dahinterstehenden Einstellungen und Gesinnungen der WählerInnen. Zumindest was die Prophezeiung eines baldigen Niedergangs der NPD-Fraktion betrifft, stellt sich langsam die Erkenntnis ein, dass das so wohl nicht ganz stimmen kann. Die NPDler wissen wie der Parlamentarismus funktioniert, bestehende Wissenslücken wurden schnell gefüllt. Sie agieren durch konsequente Ausnutzung ihrer Möglichkeiten. Nicht mehr und nicht weniger. Auch wenn ihre Programmatik in Teilen der extremen Rechten sehr umstritten ist und ihnen mal man-

gelnde Konsequenz, mal starrer Hitlerismus, mal zu große Radikalität vorgeworfen wird, ihr Programm war erkennbar und ihr Agieren im Landtag wurde bereits bei der Wahl zum Ministerpräsidenten klar umrissen.

Uwe Leichsenring, 37jähriger Fahrschullehrer aus Königstein, bewarb sich für die NPD um das Amt des Ministerpräsidenten. In seiner dazugehörigen Grundsatzerklärung definierte er die inhaltlichen Schwerpunkte der NPD-Parlamentsarbeit.

Er erklärte, die NPD-Fraktion werde, statt sich Sachzwängen zu beugen, »eigene Wege und Visionen des Politischen (...) entwickeln und umsetzen.« Mit diesen Visionen hielt er nicht hinterm Berg. Eine »raumorientierte Volkswirtschaft« gelte es gegen die »globalen Entwicklungswünsche des Kapitals« in Stellung zu bringen. Dazu gehöre das Lossagen von Brüssel und selbstverständlich auch eine »aktive Bevölkerungspolitik«. Diese richte sich natürlich gegen eine weitere »Überfremdung«. Schulen sollen, so Leichsenring, wieder zu »Pflanzstätten von Bildung, Kultur und Identität« werden, Existenzgründungen sollten im Sinne einer »aufsuchenden Wirtschaftsförderung nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten« unterstützt werden und die »nationale Identität der Deutschen« müsse wiederhergestellt werden. Neben diesen Eckpunkten war ihm eines besonders wichtig – der »Hexenwahn, in den sich der ´Kampf gegen Rechts´ hineingesteigert« habe.

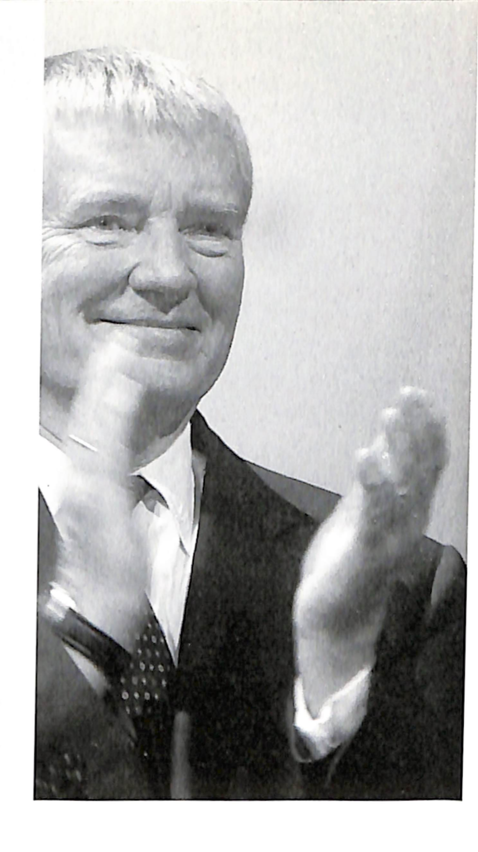
Und um in diesem Zusammenhang ein antisemitisches Motiv zu zitieren, erklärte er: »Die Medien, die zu diesem Beruf das finstere Handwerk der Brunnenvergiftung betreiben, haben längst alle Unterscheidungen fahren gelassen.« Spätestens hier hätte allen klar werden müssen, mit wem sie den Plenarsaal teilen. Der Aufschrei blieb aus. Erst als die NPD den Eklat um die Gedenkminute und die Bombardierung Dresdens provozierte, wurde reagiert. Auf den Eklat folgte die Empörung und diese lieferte neuen Zündstoff. Damit war für die extreme Rechte eines erreicht. Von dem kurzen medialen Aufschrei und einer noch kürzeren peinlichen Debatte um ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren abgesehen, war es möglich geworden, nationalistische, rassistische und antisemitische Politik auf höchster staatlicher Ebene zu betreiben. Insbesondere der Diskurs um Dresden liefert den idealen Hintergrund. Seit es öffentlich diskursfähig geworden ist, Deutsche als Opfer zu stilisieren, kann die NPD jubilieren. Der Schwung wird mitgenommen und gleich nachgelegt. Hitler sei ein großer Staatsmann, Dresden war ein »Bombenholocaust« und die Waffen-SS die beste Armee der Welt. Offensichtlich trifft die populistisch vorgetragene Mischung aus SA-Sozialismus und Geschichtsrevisionismus den Nerv vieler WählerInnen. Neben den eher klassisch rechten Themen und den Provokationen wie dem »eliminatorischen Antigermanismus« oder dem »industriellen Massenmord« in Dresden, kümmert man sich auch um die Realpolitik. Bereits im Wahlkampf wurde mit regionalen Themen Werbung gemacht. Jetzt folgt das parlamentarische Schaulaufen. Mit Anträgen, z.B. zur Lage des Oberlausitzer Textilunternehmens NEU ERBA LAUTEX oder zum Naturschutzgroßprojekt Lausitzer Seenland, werden die anderen Partei gepiesackt. Diese werden gezwungen, sich zu den oft inhaltsgleichen Anträgen zu enthalten oder dagegen zu stimmen. Nicht nur das. Als die NPD im Landtag unangenehm detaillierte Fragen zu Unregelmäßigkeiten bei der Sächsischen Landesbank stellte, waren alle anderen perplex. Deren Umgang mit der NPD im Parlament offenbart, wie wenig sie bisher davon verstanden haben. Während die PDS froh darüber ist, zumindest bei diesem Thema endlich am Katzentisch der anderen Platz nehmen zu dürfen und damit ansatzweise akzeptiert zu sein, hat die CDU ihre eigenen Probleme. Bereits bei der Wahl zum Ministerpräsidenten erhielt die NPD mehr Stimmen, als sie Mandate hat. Dass diese Mehrstimmen aus den Reihen der CDU kamen, gilt als sehr wahrscheinlich. Das Gleiche passierte bei der Wahl des Ausländerbeauftragten. Ob hier Revanchegedanken gegen den CDU-Ministerpräsidenten Milbradt oder doch größere inhaltliche Überschneidungen das Motiv sind, sei dahingestellt. Angesichts der Situation in den eigenen Reihen beschränkt man sich bei der CDU auf Verfahrenstricks und allgemeine Erklärungen.



[1] Holger Apfel wird gepudert.

[2] Uwe Leichsenring aus Königstein in der Sächsischen Schweiz.

Der NPD-Riege im Landtag macht das hingegen wenig aus. Verfahrenstricks lassen sie relativ kalt, viel zu sehr ist man beschäftigt, die neuen Möglichkeiten zu erkunden. Und davon gibt es einige. Neben der Wahlkampfkostenrückerstattung gibt es noch mehr staatliche Töpfe, die angezapft werden können. Im Haushalt des Freistaates sind 770.000 Euro im Jahr für politische Stiftungen eingeplant. 100.000 Euro will die NPD davon jährlich für eine parteinahe Stiftung beantragen. Diese soll nach dem NPD-Ehrenvorsitzenden und ehemaligen Waffen-SS-Freiwilligen, »Walter-Bachmann-Stiftung« heißen. Selbst für den Fall, dass die NPD bei der nächsten Landtagswahl nicht wieder über die 5%-Hürde käme, die Stiftung müsste auch noch eine weitere Legislatur, bis 2009, aus Landesmitteln finanziert werden. ■



Antifaschismus diskreditiert

Nach dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag diskutiert die CDU/CSU nicht nur über Patriotismus und Leitkultur, sie forciert den Kampf gegen den Extremismus – den Linksextremismus. Mittel zum Zweck ist eine große Anfrage von 21 Mitgliedern der Unionsfraktion an die Bundesregierung. Mit juristischer Akribie formulieren sie 64 Fragen zur Praxis des so genannten »Bündnis für Demokratie und Toleranz« (BfDT). Ihr Verdacht: die Bundesregierung fördert durch das BfDT »linksextremistische« und verfassungsfeindliche Gruppierungen.

» In langwieriger Fleißarbeit durchforstete man in der Union die Internetseite des BfDT und suchte nach einschlägigen Hinweisen. Auch die jährlich im Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« ausgezeichneten Projekte wurden unter die Lupe genommen. Einer großen Geschichte glaubt man auf die Spur gekommen zu sein. Insgesamt werden neun von 316 ausgezeichneten und weitere auf der Internetseite des BfDT vorgestellte Gruppen in der Anfrage erwähnt. Was von Seiten der CDU/CSU gegen sie vorgebracht wird, ermöglicht einen tiefen Einblick in das Extremismus-Verständnis der Union. Eines der Projekte ist die Bielefelder Antifa-West, deren Broschüre »Stop Lifestyle of Hate« vom Bündnis für Demokratie und Toleranz mit einem Geldpreis von 5000 EUR bedacht wurde. Die Broschüre beschäftigt sich mit der Rechtsrock-Szene in Ostwestfalen. Der Beweis für die Verfassungsfeindlichkeit – die E-Mail Adresse der Antifa West sei bei dem Internetportal nadir eingerichtet worden und dieses werde im VS-Bericht 2003 als etabliertes linksextremes Informationsportal bezeichnet. Ein weiteres Beispiel liefert die Zeitschrift »Der Rechte Rand«. Der Preisträger von 2001 wird für die Zusammenarbeit mit der »verfassungsfeindlichen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA) kritisiert. Ein Umstand, den die Zeitschrift Antifa treffend kommentiert: »Wenn das nicht grundgesetzkonform ist, müsste man über den antifaschistischen Grundkonsens der Verfassung reden«.[1] Weitere Projekte sind die Initativen »Kölner Appell gegen Rassismus«, der Verein »Pfeffer und Salz Angermünde« und der »Internationale Jugendverein Guben«. Auch das AIB wird benannt, da sich eine Projektdarstellung auf der Internetseite des Bündnisses findet. All diese Vorwürfe wirken einerseits sehr konstruiert oder pauschalisierend. Die AutorInnen der Anfrage kritisieren bspw., »Geldpreise bis zu 5000 bzw. 10000 Mark haben u.a. Initiativen bzw. Gruppen erhalten, obwohl sie sich bereits namentlich zur Antifa-Szene zugehörig zu erkennen geben«. Interessant in diesem Zusammenhang ist insbesondere eines. Die »Junge Freiheit« veröffentlichte bereits in der Ausgabe vom 23. April 2004 einen Artikel von Manuel Ochsenreiter unter dem Titel »Steuergelder für linkes Netzwerk«. Ochsenreiter, der sich durch Anti-Antifa-Artikel in der JF einen Namen machte und es dabei mit der Wahrheit nicht immer so genau nahm[2], erhebt in seinem Artikel exakt die gleichen Vorwürfe, kommt aber zu einem weiterreichenden Schluss: »...das Bündnis für Demokratie und Toleranz [ist] nur ein kleiner Teil eines riesigen Netzwerks aus linksextremistischen Initiativen, rot-grünem Regierungspersonal und ´nützlichen Idioten´ aus der CDU/CSU zur Legitimierung des ´Kampfes gegen Rechts´«. Die Junge Freiheit als Stichwortgeber der Unions-Fraktion im Bundestag? Wohl nicht nur das. Auch wenn sich die Union nicht in die gleiche Verschwörungstheorie versteigt, zeigen Anfrage und Artikel, dass beide gleichen Geistes sind. Punktuell drängt sich sogar der Verdacht auf, die Union habe bei der JF einfach abgeschrieben. Das wird zwar vehement bestritten, doch es ist nicht die einzige Frage, der sich die Union stellen muss. Die CDU/CSU hatte von Anfang an mit Vertretern im Beirat des BfDT gesessen, jenem Gremium, das über die Vergabe der Auszeichnungen entscheidet. Anfangs der ehemalige Post-



[1] Preisverleihung des »Bündnis für Demokratie und Toleranz« im Jahe 2002

minister Christian Schwarz-Schilling, seit 2002 die CSU-Abgeordnete Dorothee Mantel. Mantel, die zu den Unterzeichnern der Anfrage gehört, und ihr Kollege Schwarz-Schilling sind an diesen Entscheidungen demnach beteiligt gewesen oder hätten sie beeinflussen können. Doch offenbar zog man es vor, nicht zu erscheinen oder einfach zu schweigen. Dass als Ziel einer solchen politischen Attacke gerade das Bündnis für Demokratie und Toleranz herhalten muss, erklärt sich mehr aus dessen Funktion als aus der Stichhaltigkeit der Vorwürfe. Das BfDT, welches sicher nicht als Speerspitze des »Kampfes gegen Rechts« bezeichnet werden kann, wurde als Konsequenz aus dem Sommer 2000 und als staatlicher Beitrag zum Aufstand der Anständigen gegründet. Unter Federführung des Innen- und des Justizministeriums wurde das BfDT mit einer handvoll Stellen eingerichtet und im Bundeshaus angesiedelt. Der Beirat wurde aus verschiedenen Bereichen rekrutiert. Während er einerseits von den Parteien paritätisch besetzt wurde, fanden sich auch einige durchaus kompetente Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft zusammen, um sowohl als Aushängeschild als auch als Berater des BfDT tätig zu sein. Trotz der politischen Beliebigkeit in der Zusammensetzung der so genannten Initiativen, also der Gruppen, Organisationen etc., die sich laut offizieller Darstellung im Bündnis zusammengefunden haben, wurden durch den Beirat immer wieder auch Gruppen ausgezeichnet, die die Unterstützung wirklich wert waren. Da die Zahl von 900 das BfDT unterstützenden Initiativen eher wahllos und beliebig zusammen kam, findet sich darunter neben dutzenden Volkshochschulen, die z.B. bezahlte Sprachkurse für Aussiedler anbieten, AWO-Stationen mit Jugendbetreuung oder kirchlichen Einrichtungen, auch die Bonner Burschenschaft Germania. Wenn es nach den Wünschen des Innenministeriums geht, so sollte sich das BfDT ohnehin vor allem auf repräsentative Aufgaben beschränken. Wichtig ist der Eindruck des staatlichen Handelns gegen Rechts. Aus diesem Grund wird vom BfDT alljährlich mit großem finanziellen und organisatorischen Aufwand ein Festakt zum Verfassungstag am 23. Mai veranstaltet. Im Zuge dieses Festaktes werden einige der Auszeichnungen des Bündnisses von den Ministern eigenhändig verliehen. Das kann schonmal Irritationen hervorrufen. So wurde 2002 eine Auszeichnung in Höhe von 5.000 Euro an eine Jugendgruppe verliehen. Die zwei Punks, die den Scheck auf der großen Bühne des Berliner Hauses der Kulturen der Welt von Schily persönlich in Empfang nahmen, erklärten, sie wollten das Geld in den Kauf eines Kleinbusses investieren. Dieser solle den Flüchtlingen in ihrer Heimatstadt die Mobilität ermöglichen, die ihnen Schilys rassistische Flüchtlingspolitik verwehre.

Doch worum geht es der Union? Beim Studium der großen Anfrage wird klar, dass es einerseits um die Diskreditierung des politischen Gegners geht. Immer wieder wird mit Freude darauf verwiesen, dass einige Initiativen Kontakte zu PolitikerInnen der Grünen hätten, bzw. lobend von diesen erwähnt werden würden. Gleiches gilt für die »jetzt PDS heißende SED« wie es im Unionsjargon heißt. Andererseits geht es um die Diskreditierung des Antifaschismus und eine Gleichsetzung von Links und Rechts als »politischer Extremismus«. Somit stellt diese Anfrage der Union auch keinen Einzelfall dar.

Bereits 2003 hatte man im Bundestag die Programme gegen Rechtsextremismus scharf kritisiert und einen »antitotalitären Konsens« gefordert. »Keiner hier im Hause wird wohl sagen, dass das, was auf der linksextremen Seite geschieht, alles ´Pippi Langstrumpf´ ist«, hieß es vom damaligen Wortführer.[3] Und der hieß Martin Hohmann.[4] ■

1| Heinrich Fink, www.antifa-online.de/artikel.php3?id=2005020501

2| siehe AIB Nr. 61 1.2004, »Keine ´privilegierte Quelle´«

3| Matthias Meisner, »Null Toleranz für rote Zellen«, Tagesspiegel 18.12.2004

4| Hohmann wurde inzwischen wegen einer antisemitischen Rede und Kontakten zur extremen Rechten seiner Ämter enthoben und aus der CDU ausgeschlossen

Große Anfrage als Rückendeckung...

... für den rechten Rand.

„Scharnierfunktion“

NRW: CDU-MdB Georg Schirmbeck kritisiert die VS-Tagung

Herr Schirmbeck, Sie gehören zu jenen CDU-Abgeordneten, die vor dem Hintergrund der Fachtagung des Verfassungsschutzes NRW am 8. Oktober, die zum Teil mit Referenten aus dem linksextremistischen Milieu beschickt werden soll, Anfragen an die Bundesregierung gestellt haben. Verschiedene Referenten haben wiederholt in Publikationen wie „Der Rechte Rand“, „Junge Welt“ und „Konkret“ geschrieben. Was hat Ihre Anfrage ergeben?

Schirmbeck: Die Bundesregierung hat bestätigt, daß das Bundesministerium des Inneren an der Einordnung aller drei Publikationen als „linksextremistisch“ beziehungsweise „linksextremistisch beeinflußt“ festhält. Das heißt, daß der Verfassungsschutz NRW mit Referenten zusammenarbeitet und sogar einen hauptamtlichen Mitarbeiter beschäftigt, die nach ... ma“. Dort hat er wiederholt aggressive Beiträge gegen die Union produziert, die Politiker wie Jörg Schönbohm, Roland Koch und einzelne Bundestagsabgeordnete der Union unwidersprochen und zur besten Sendezeit in die Nähe des Rechtsextremismus rückten. Dies zeigt, daß die Erosion der Abgrenzung zwischen Extremisten und Demokraten tatsächlich am linken Rand des politischen Spektrums stattfindet. Personen wie Maegerle nehmen eine Scharnierfunktion wahr.

Georg Schirmbeck

Ihr Kollege Klaus-Jürgen Hedrich kündigte in einem JF-Interview an, man werde ehemaligen innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Erwin Marschewski um Intervention in Düsseldorf bitten. Hat das Gespräch bereits stattgefunden?

Schirmbeck: Mein Kollege Hedrich hat zwischenzeitlich wiederholt ...

[1]

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat einen Verdacht. Er richtet sich auf das »Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt«. »Es besteht der Verdacht«, heisst es in einer »Großen Anfrage« der Fraktion vom 14. Dezember 2004, dass das Bündnis »in einem bisher nicht bekannten Umfang linksextremistisch beeinflusste, wenn nicht sogar verfassungsfeindliche Initiativen finanziell unterstützt hat«. Derlei »Fehlentwicklungen oder Missbrauch«, fordern die Unionsabgeordneten, müssen umgehend »aufgeklärt werden«.

» »Aufklärung« über linke Initiativen - das entwickelt sich bei CDU und CSU zum Dauerbrenner. Immer wieder haben die Unionsparteien in den vergangenen Jahren versucht, mit Anfragen an die Bundesregierung linke Projekte und insbesondere antifaschistische Gruppierungen anzugreifen. Inzwischen führen diese Versuche in immer stärkerem Maße zum Erfolg.

Die »Große Anfrage« ist das jüngste Beispiel dafür. »Hält die Bundesregierung es mit dem Anliegen des Bündnisses für vereinbar, dass das Antifaschistische INFO-Blatt Berlin als Initiative auf www.buendnis-toleranz.de präsentiert wird (...)?«, lautet Nr. 35 des CDU/CSU-Fragenkatalogs. Die formelle Antwort der Bundesregierung liegt noch nicht vor, man kann ihren Inhalt allerdings jetzt schon dem Internet entnehmen. Ruft man den Link auf der Bündnis-Website auf, der bis vor kurzem auf das Antifaschistische INFO-Blatt verwies, bekommt man zu lesen: »Das von Ihnen gewünschte Dokument ist dem System nicht bekannt oder wird zur Zeit redaktionell überarbeitet.« In größerem Umfang nahmen CDU und CSU bereits im Jahr 2003 linke Initiativen aufs Korn. Nach Erkenntnissen u.a. über die Antifa Dortmund-Nord und die Antifaschistische Hochschulgruppe Jena erkundigten sich Unionsabgeordnete damals in einzelnen, aber offenbar koordinierten Anfragen. Der politische Kontext war augenfällig: Die Anfragen fanden im Vorfeld einer Fachtagung des nordrhein-westfälischen Landesamtes für Verfassungsschutz statt. Das Thema der Tagung: »Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?«

Die Auseinandersetzung um die Fachtagung des VS NRW zeigt exemplarisch, worauf die Anti-Antifa-Anfragen der Unionsparteien abzielen: Auf Rückendeckung für den rechten Rand der CDU/CSU. Der berührt nämlich exakt das Spektrum, gegen das sich die damalige Fachtagung richtete: Das Umfeld der »Jungen Freiheit« (JF), burschenschaftliche Kreise und ähnliche Milieus. Der VS NRW beobachtet dieses Spektrum (unscharf als »Neue Rechte« bezeichnet) seit Jahren am Beispiel der JF, er setzt damit auch den rechten Rand der Unionsparteien unter Druck. Im Oktober 2003 lud er linke Referenten zur gemeinsamen Debatte über die »Neue Rechte« ein. In den Unionsparteien wurde dies – nicht zu Unrecht – auch als Angriff auf die eigenen Reihen gewertet. Die Antwort ließ nicht auf sich warten: Einige CDU/CSU-Abgeordnete starteten eine eigene Offensive. Ihre Bundestags-Anfragen betrafen Antifa-Gruppierungen, mit denen die Referenten der »Neue Rechte«-Fachtagung punktuell in Berührung gestanden hatten. Das Ziel: Die Delegitimierung der vom VS eingeladenen Experten. Die CDU/CSU-Anfragen standen – so mutmaßten Beobachter damals – in Zusammenhang mit einer zeitgleichen Kampagne der JF. Die wetterte im Vorfeld gegen die VS-Fachtagung, nutzte dabei offenbar Informationen, die auch den Bundestags-Anfragen zugrunde lagen. Die inhaltliche Übereinstimmung ergänzte persönliches Engagement: Mehrere Unions-Politiker ließen sich von der »Jungen Freiheit« im Zusammenhang mit der Fachtagung interviewen. »Leute mit linksextremistischer Duftnote definieren jetzt Rechtsextremismus?«, empörte

[1] Georg Schirmbeck, Faksimile aus »Junge Freiheit« Nr. 39/03



sich etwa Georg Schirmbeck (CDU) im JF-Interview: »Mir erscheint das, als ob man die Schweine zu Verwaltern des Schlachthofes macht!«

Die Verbindung zwischen den Unions-Anfragen und der JF-Kampagne ließ sich damals auch personell konkretisieren. Unter den »Kleinen Anfragen«, die sich gegen linke Gruppierungen richteten, fand sich damals auch eine Anfrage des Mannheimer CDU-Bundestagsabgeordneten Egon Jüttner. Dessen Büro-Mitarbeiter Sebastian Prinz, Mitglied der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn, firmierte als Autor eines Papiers, das im Frühjahr 2003 in einem verbindungsstudentischen Internetforum verbreitet wurde. Die Angaben des Papiers – es enthielt ergoogelte »Erkenntnisse« über Verbindungen der VS-Referenten zu linken Organisationen – stimmten in hohem Maße mit Angaben aus JF-Artikeln überein. Pikant war dies auch wegen Prinz' politischer Vergangenheit. Am 12. Mai 1993 etwa, das schrieb Spiegel Online am 4. November 2003, »saß Prinz bei einer Kölner Zusammenkunft von Aktivisten der später verbotenen Neonazi-Truppe Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei«. Der Blick nach Rechts ergänzte bald darauf, er besitze »eine Einladungsliste aus dem Jahr 1993 (...), in dem neben Prinz Neonazis wie Karl Polacek, Arnulf Priem, Eite Homann, Steffen Hupka und Meinolf Schönborn aufgeführt sind«. Besonders interessant: Prinz nahm in den 1990er Jahren am »Arbeitskreis Publizistische Aktivitäten gegen Links« des Mentors der deutschen Anti-Antifa-Arbeit, Hans-Helmuth Knütter, teil. Während er in Jüttners CDU-Büro arbeitete – nach den Spiegel Online-Enthüllungen verlor er diesen Job – promovierte er im Rahmen eines von der Hanns-Seidel-Stiftung (CSU) finanzierten Promotionskollegs mit einem Thema »gegen Links«: über die PDS[1].

Die Unionsparteien setzten ihre Agitation gegen antifaschistische Gruppierungen auch ohne Prinz fort. Bestes Beispiel: Die »Kleine Anfrage« vom 28. September 2004 zum »Blick nach Rechts«. Die an die SPD angebundene Publikation bezog Zuschüsse vom Bundesinnenministerium des Inneren (BMI), als Schirmherrin firmierte seit dem Frühjahr 2004 die Parlamentarische Staatssekretärin im BMI, Ute Vogt. Der »Blick nach Rechts« unterhielt auf seiner Website diverse Links zu verschiedenen Antifa-Initiativen. »Ist dem Bundesminister des Innern, Otto Schily, bekannt, dass auf dem Internetportal des (...) Blick nach Rechts nicht nur mehrere in Verfassungsschutzberichten im Kapitel Linksextremistische Bewegungen genannte, sondern auch noch weitere dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnende Initiativen etc. eingestellt waren (...)?«, fragte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die SPD leistete keinerlei Widerstand gegen die Unions-Offensive, die Links nach links verschwanden rasch von der Website des »Blick nach Rechts«. Keine drei Monate später starteten CDU und CSU ihre nächste Offensive, das Ziel diesmal: Das Bündnis für Demokratie und Toleranz. Vier der namentlich genannten Initiatoren der »Großen Anfrage« (Norbert Geis, Hartmut Koschyk, Erwin Marschewski, Wolfgang Zeitlmann) standen bereits der JF für ein Interview zur Verfügung, die ihrerseits ihre Kampagne »gegen Links« parallel zu den Unions-Anfragen weiterführt. Mögliche Drahtzieher wie Sebastian Prinz lassen sich hinter den aktuellen Aktivitäten bislang nicht entdecken. Die inhaltliche Übereinstimmung im Kampf gegen die Antifa erübrigt dies allerdings auch. ■

1| Nicht ausführlich aufgeführt sei hier Prinz rege Autorentätigkeit. So als Mitautor in »Deutsche Teilung und die Deutschen« der DT.B! im WJK-Verlag 2001 laut Criticon # 170, »Der Selbständige« # 4 – 2002, »Burschenschaftliche Blätter« # 2 – 2003 oder im »Ostpreußenblatt«.

Verblasenes Geraune

»Neurechte« in der Union. Ein exemplarisches Beispiel aus Weimar

Er habe »diese Zeitschrift« nicht gekannt, zitiert die Frankfurter Rundschau den bekannten Schriftsteller Rolf Hochhuth am 26. Februar 2005. Nicht nur, dass Hochhuth der als extrem rechts eingestuften Wochenzeitung »Jungen Freiheit« ein Interview gab, er hat darin auch noch eine ziemlich überraschende Ehrenerklärung für den verurteilten Holocaust-Leugner David Irving abgegeben. Später verteidigte sich Hochhuth, er habe weder die JF gekannt noch habe er um die antisemitischen Äußerungen Irvings gewusst.

Ein Beitrag von Marie Cresspahl

» Diese Geschichte hat etwas Exemplarisches, woin das Geheimnis dafür steckt, dass es die 1986 gegründete Nationalisten-Postille »Junge Freiheit« immer noch gibt und sie es mit Regelmäßigkeit in die Schlagzeilen schafft. Es ist die Interview-Rubrik, in der regelmäßig auch Vertreter des bürgerlichen Lagers Deutschlands als »Gesprächspartner« auftauchen. Der JF gereichen diese zur Ehre und zum Ausweis ihrer Seriosität, die Befragten unterstreichen mit den JF -Interviews gerne ihre Offenheit und Unbefangenheit, mancher stilisiert es geradezu zum pluralistischen Geniestreich, den Rechten »bestimmte Diskurse nicht zu überlassen«. Kommt es dann zum Skandal oder zu Kritik, weil es sich bei der JF um das Flaggschiff einer neurechten Formierung am bräunlichen Rand des bürgerlichen Parteienspektrums und deutlich jenseits davon handelt, sind die Reaktionen ähnlich haarsträubend wie die Hochhuths. Dass solche Leute, die sich für die intellektuelle Speerspitze Deutschlands halten, nicht mal eben im Internet googeln, um was für ein Organ es sich da handelt, ist unglaubwürdig. Viel wahrscheinlicher ist es, dass die Gefragten sehr wohl merken, mit wem sie es bei der JF zu tun haben und mit all dem herausprusten, was sie schon immer mal sagen wollten, aber sich bisher nicht getraut haben. Vor etwa fünf Jahren stellte das oberste Gericht in London fest, David Irving sei ein »aktiver Holocaust-Leugner, Antisemit und Rassist«. Wenn Hochhuth nun behauptet, das nicht gewußt zu haben, lügt er entweder oder macht sich damit vollends unglaubwürdig.

Freudlose Ex-DDR-Bürgerrechtler

Nun mag man, wenn's auch schwer fällt, einem Interview-Partner diese Ahnungslosigkeit noch abnehmen. Es ist vielleicht tatsächlich möglich, von der JF noch nicht gehört zu haben oder sie mit der »Jungen Welt« zu verwechseln. Einem ehemaligen Redakteur der JF stehen solche Argumente freilich nicht gut zu Gesicht. Unbeeindruckt davon gibt sich seit einiger Zeit ein gewisser Peter Krause, der im Jahre 1998 ein halbes Jahr als Redakteur der JF für eben jenen Interview-Teil der neurechten Gazette mitverantwortlich war. Peter Krause ist Mitglied der CDU, sitzt seit Mitte 2004 für die Union im Thüringer Landtag und im Stadtparlament der Klassikerstadt Weimar. Für die Thüringer Regierungspartei im Erfurter Landtag ist der »Verfolgte des DDR-Regimes« auch »Beauftragter für die Opfer des Stalinismus und des SED-Regimes«. Der 1997 in die CDU eingetretene Konrad-Adenauer-Stipendiat promovierte 1999 über »Friedrich Schlegel und die Redekunst um 1800« und war von 1998 bis 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der ehemals bündnisgrün-bürgerbewegten CDU-Rechtsaußen Vera Lengsfeld. Der junge 41-jährige Germanist schien wie geschaffen für die Mitarbeit bei der JF.

Seine Dissidenten-Leidensgeschichte nutzt er nahezu wie einen Freibrief, um auch extrem rechtes Gedankengut zum Besten geben zu dürfen. »Ich komme aus der DDR-Opposition, ich habe fünf oder sechs Stasi-Akten und ich weiß genau, was Meinungsfreiheit bedeutet«, teilte er denn auch der Thüringischen Landeszeitung (TLZ) im Juli 2004 auf deren Nachfragen zu seiner Mitarbeit in der JF mit.

»Unwichtig und nicht skandalträchtig«

In diesem TLZ-Interview mag sich Krause dann jedoch nicht so recht entscheiden, ob er nun den Arglosen mimt oder auf der Folgerichtigkeit seiner JF-Mitarbeit besteht. So sagt er schlicht die Unwahrheit, wenn er behauptet: »Ich arbeitete zweieinhalb Monate im Jahre 1998 für die Zeitung.« Tatsächlich arbeitete er als Redakteur mindestens ein halbes Jahr und wird im Editorial von Nr. 49/98 von Chefredakteur Dieter Stein mit dem 30. September 1998 verabschie-

1| So etwa Martin Dietzsch, Siegfried Jäger, Helmut Kellersohn, Alfred Schobert: Nation statt Demokratie. Sein und Design der Jungen Freiheit, Münster 2004

2| JF 29/98

3| JF 25/98

4| JF 26/98

det. Dann unterschlägt Krause auch, dass er im Jahre 2000 nicht nur für die JF, sondern auch bis 2001 noch für ein weiteres Blatt schrieb. Nämlich für die vielleicht noch eindeutiger dem extrem rechten Rand des Blätterwaldes zuzuordnende »Preußische Allgemeine Zeitung – Ostpreußenblatt«. Bei der JF wird er außerdem noch am 24. Oktober 2003 in der offiziellen Liste der Autoren geführt.

In vielsagende Widersprüche verwickelt sich Krause bei seinen überheblich formulierten Rechtfertigungsversuchen dann aber doch. Der TLZ, der er versichert, die JF-Episode sei »viel zu unwichtig und nicht skandalträchtig«, sagt er auch, die JF habe »als spannendes Projekt« und »völlig offenes Debattenblatt« gegolten.<< Es kann ja nicht ganz stimmen, wenn er im selben Atemzug behauptet, er habe das Blatt »entideologisieren«, intellektualisieren und öffnen wollen. Auf die Frage, ob er nicht auf den extrem rechten Hintergrund der Zeitung aufmerksam geworden sei, antwortet er: »Ja, ich hätte es wissen können. Aber im Frühjahr 1998 war in der Redaktion davon nichts zu spüren. [...] Die Meinungsvielfalt in der Redaktion war damals groß. Es war politisch nicht so festgelegt, wie es heute erscheint.«

JF-Redakteure Thaler und Krause, Anwalt Mahler: „Einige meinen, man müsse wieder zur Waffe greifen. Wenn das eine Lösung wäre für unsere Probleme, dann würde ich es auch tun. Aber es ist keine Lösung!"

[1]

[1] Der mögliche Weimarer Bürgermeister-kandidat Peter Krause interviewt – zusammen mit dem ehemaligen Republikaner Thorsten Thaler – Horst Mahler für die »Junge Freiheit«. Faksimile JF Nr. 29/98

Zahlreiche einschlägige Publikationen weisen allerdings materialreich nach, dass die extrem rechte Grundausrichtung des Blattes nicht erst nach der Jahrtausendwende relevant wird.[1] Auch die Behauptung, er habe ein Interview mit Horst Mahler nicht geführt und diesen noch 1998 für einen zwar abtrünnigen, aber immer noch radikalen Linken und ehemaligen RAF-Anwalt gehalten, scheint unglaubwürdig.[2] Zum einen wird Krause neben Dieter Stein und Thorsten Thaler als Gesprächsteilnehmer genannt. Außerdem bezog er sich schon früher auf Mahler[3] und dieser auf Krause.[4] Auch das Interview mit Mahler-Freund Prof. Günther Rohrmoser[5] gehört in diese ideologiekritische Debatte, welche ein noch recht moderat, aber schon eindeutig extrem rechter Horst Mahler mit einem JF-Beitrag angestoßen hatte.

Demokratisches Gütesiegel von Helmut Markwort

Krause positioniert sich eben so wenig eindeutig in der JF, wie es das Blatt tut. Zu der Strategie der JF gehört es, über Themensetzung und erprobte Argumentationsmodule bestimmte rechtskonservative Inhalte salonfähig zu machen und in die gesellschaftliche Debatte zu tragen. Und ein bis zur Selbst-Inszenierung gereifter Tabubruch als Programm deutet auf die seit langem im rechtsextremen Lager geführte Anti-PC [Political Correctness]-Kampagne hin. In dieser werden mit dem Argument »Man wird ja wohl noch sagen dürfen...« nationalistisch-völkische, rassistische und antisemitische Unsäglichkeiten aus der Mottenkiste gezerrt. Eine weitere Facette der neurechten Haltung als Opfer von »deutschen Denkverboten« und PC-Tabus – schönen Gruß von JF-Interview-Partner Martin Hohmann (CDU).

Krause weiß das, weshalb die JF natürlich nicht in seiner Vita auf der Landtags- und seiner privaten Homepage auftaucht.[6] Einerseits gesteht er ein, naiv gewesen zu sein, andererseits verteidigt er die JF und seine Tätigkeit für sie unter anderem mit »Focus«-Chef Helmut Markwort, welcher der JF das Siegel »demokratisch« verliehen habe. Seine Beiträge erscheinen als schwer lesbar verblasen-philosophisches Geraune mit ziemlich deutlich neurechtem Gehalt.[7] Gerade die philologisch-philosophischen Traktate sind wohl häufig Zweitverwertungen aus durchaus seriöseren Fachzeitschriften. Man wird aber demnächst nicht umhin kommen, Krauses Texte noch einmal genau und unter diskursanalytischen Gesichtspunkten zu betrachten, denn er gilt in Weimar als Hoffnungsträger der CDU und Prätendent für den Sessel des Oberbürgermeisters, was in der Stadt Buchenwalds durchaus pikant werden könnte. ■

5| Rohrmose im JF-Interview 18/98: »Die Bedeutung der Erklärung von Horst Mahler, mit dem ich seit langer Zeit in Freundschaft verbunden bin, ...«.
6| siehe www.pd-krause.de
7| siehe Artikel über Hannah Arendt (OPB 2.12.2000), Panajotis Kondylis (JF 38/2000, OPB 15.7.2000), Heidegger (OPB 23.12.2000) und Abrechnungen mit Kommunismus, DDR und Stasi (z.B. »Verlogene Existenz« über Gregor Gysi in JF 32-33/98)

CDU-Abgeordneter trifft SS-Division.


[1] Der CDU-Rechtsaußen Egon Wochatz

Ein extremes Beispiel für konservative Affinität zu rechtsextremen Positionen ist das des CDU-Stadt- und Kreistagsabgeordneten Egon Wochatz (67) aus dem brandenburgischen Spremberg. Seit Jahren produziert der ehemalige Bürgermeister der 26000-Einwohner-Stadt in schöner Regelmäßigkeit einen Skandal nach dem anderen – ohne dass dies seinen Einfluss als Kommunalpolitiker mindern würde.

Nach der rassistisch motivierten und tödlich geendeten Hetzjagd auf einen Flüchtling in Guben, in der Nähe Sprembergs gelegen, suchte Wochatz 1998 die Schuld beim Opfer: »Was hatte der auch nachts auf der Straße zu suchen?«, fragte er und verwies auf die Hausordnung in brandenburgischen Flüchtlingsheimen, die nicht ohne Grund eine Nachtruhe ab 22 Uhr vorsehe.[1]

Im gleichen Jahr startete Wochatz, damals noch amtierend als Bürgermeister, eine Initiative, einen Gedenkstein für SS-Kämpfer mit der zentralen SS-Losung »Unsere Ehre heißt Treue« aufstellen zu lassen. Als Standort schlug er den Georgenberg vor, auf dem sich auch das lokale Denkmal für die Opfer des Faschismus befindet.[2] Die Aufstellung des Steins scheiterte letztlich nach Protesten und der befürchteten negativen Aufmerksamkeit, die der Stadt Spremberg sonst zukommen würde.

»Aus geschichtlichem Interesse«, wie er später begründete, hat Wochatz wiederholt an Treffen ehemalige Angehörige der Waffen-SS-Division »Frundsberg« teilgenommen.[3] Die Panzereinheit hatte 1945 bei Spremberg gegen den Vormarsch der Roten Armee auf Berlin gekämpft. Als Wochatz auch bei einer Zusammenkunft im Jahr 2004 zugegen war, die etwa 30 SS-Veteranen begrüßte und mit ihnen »auf die gefallenen Kameraden« trank, löste dies landesweite Kritik aus.[4] Auch die CDU sah sich in der Folge genötigt, sich von dem Treiben ihres Parteimitglieds zu distanzieren. Letztlich kam Wochatz aber politisch unbeschadet aus der Auseinandersetzung heraus und durfte alle seine Ämter behalten. Dem SPD-Landrat Dieter Friese, der erfolglos den Rücktritt von Wochatz gefordert hatte, wurde indes anonym gedroht, man würde ihm »die Beine weghauen«, wenn er Wochatz nicht in Ruhe lasse.[5] Auffallend ist, dass die lokalen Distanzierungen erst einsetzten, als in überregionalen Medien über den Fall berichtet wurde.

Wochatz versprach, sich künftig von Treffen der SS-Ehemaligen fernzuhalten. Wenige Wochen später war er dann bei einer Umbettung von deutschen Kriegstoten in Spremberg zugegen, die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge organisiert wurde. Dort ist Wochatz ebenfalls Mitglied. Ebenso nahmen ein dutzend Neonazis teil, unter ihnen der ehemalige Chef der 1992 verbotenen »Deutschen Alternative«, Frank Hübner aus Cottbus. Vor Ort sagte Wochatz einem Reporter der Lokalpresse, dass er die anwesenden Rechtsextremen nicht kenne. Dass er sich wenig später mit einem der Neonazis unterhielt und dann per Handschlag verabschiedete, mochte Wochatz nicht kommentieren.[6]

In seiner Funktion als Vorsitzender des »Georgenbergvereins« bemüht sich Wochatz zudem seit Jahren darum, das bereits erwähnte Spremberger Mahnmal für die Opfer des Faschismus umzugestalten. Im Februar 2005 gelang ihm der Durchbruch: Die Stadtverordneten-Versammlung beschloss auf sein Betreiben, nicht mehr »einseitig« antifaschistischen Widerstandskämpfern zu gedenken, sondern »allen Opfern von Krieg und Gewalt im 20. Jahrhundert«. Zu den darunter zählenden Opfergruppen gehören, so wird es bald auf separaten Bronzetafeln zu lesen sein, deutsche Vertriebene, deutsche Soldaten des ersten und zweiten Weltkriegs, deutsche Opfer unter der Zivilbevölkerung aus den Weltkriegen sowie Opfer des Stalinismus. In der kommunalen Debatte ist noch, ob als Opfer des Stalinismus auch NSDAP-Mitglieder namentlich geehrt werden sollen, wie Wochatz' Georgenbergverein es fordert.[7]

Bei einer Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz hatte die Brandenburger DVU-Landtagsfraktion in der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen ebenso versucht, ein Gedenken an Opfer des Stalinismus durchzusetzen. Die DVU wurde daraufhin massiv kritisiert und ihr Kranz entfernt.[8] In Spremberg setzte sich Wochatz mit der exakt gleichen Forderung nach »Ausgeglichenheit« durch, ohne auf größeren Widerstand zu stoßen.

Kein Wunder in einer Stadt, deren Chronik über die Jahre 1933 bis 1945 lediglich zu berichten weiß, dass der Marktplatz neu gepflastert und ein Brunnen versetzt wurde.[9] ■

1| Bündnis gegen Geschichtsrevisionismus, 7.7.2004, »A Lesson in History«
2| Neues Deutschland, 11.7.2004, »Geschichtsstunde für CDU-Mann Egon Wochatz«
3| Lausitzer Rundschau, 24.6.2004, »Wie es jetzt steht, ist es fast untragbar«
4| taz, 6.9.2004, »Nebensachen aus Brandenburg«; Tagesspiegel, 20.6.2004, »Netter Empfang für SS-Männer«
5| taz, 6.9.2004, »Nebensachen aus Brandenburg«
6| Lausitzer Rundschau, 28.9.2004, »Spremberg und die Kriegstoten«
7| Lausitzer Rundschau, 25.2.2005, »Tafel für Stalinismus-Opfer soll an die Stützmauer«
8| Märkische Allgemeine, 28.1.2005, »Kranz der DVU entfernt«
9| Die Zeit, 19.8.2004, »Schlacht aus dem Nichts«

8. Mai in Berlin-Steglitz

Mit einem Beschluss zum Gedenken an den 60. Jahrestag des 8. Mai 1945 hat die Berliner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf im Januar 2005 für einen politischen Eklat gesorgt.

Am 8. Mai 1945 hatte die Wehrmacht ihre bedingungslose Kapitulation erklärt. In einem Antrag, der mit Mehrheit von CDU und FDP beschlossen wurde, fordert die BVV das Bezirksamt auf, nicht nur der Niederschlagung des NS-Regimes zu gedenken, sondern auch an »den Schrecken und das Leid der Bevölkerung« zu erinnern, »den die Rote Armee von Ostpreußen bis nach Berlin zu verantworten hat«. Weiter heißt es: »Im Rahmen der Veranstaltung gedenkt das BA der Verfolgten und Ermordeten des Naziregimes, der Kriegsopfer, Flüchtlinge, Vertriebenen, geschändeten Frauen und der Opfer des sinnlosen Bombenkrieges.« Die politisch wie grammatikalisch abenteuerliche Konstruktion wurde eilig als Änderungsantrag zu einem Gedenkantrag der PDS eingebracht und verabschiedet. Unter anderem der VVN-BdA und die Jüdische Gemeinde kritisierten den Beschluss als Geschichtsverfälschung, die Botschaft der Russischen Förderation sah sich genötigt, darauf hinzuweisen, dass die Rote Armee nicht aus eigenem Antrieb nach Berlin marschiert sei.

Überraschen kann der Beschluss nicht wirklich, bereits im Mai 1994 lehnten die Bezirksverordneten von CDU und FDP mit den Stimmen der Republikaner ein Mahnmal für die deportierten Berliner Juden in Berlin-Steglitz ab.[1] Der damalige regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen höchstpersönlich musste seinen Parteifreund, den bis heute amtierenden Bezirksbürgermeister Herbert Weber zur Ordnung rufen.[2] Auch dass die nach einem antisemitischen Reichstagsabgeordneten[3] benannte Treitschkestrasse 2002 nicht umbenannt wurde, ging auf das Konto der Südwest-CDU. Weniger Probleme hat die örtliche Union, wenn Protagonisten der extremen Rechten im Bezirk wirken wollen, so konnte die Berliner Burschenschaft Gothia am 20. Juni 2003 einen Festkommers der Deutschen Burschenschaft im Rathaus Zehlendorf ausrichten.[4] Im Anschluss des aktuellen Beschlusses geriet auch der CDU-Bezirksverordnete Torsten Hippe in die Diskussion, er stellte gegenüber Journalisten fest: »Ich kann nicht verhindern, dass ich in einzelnen Fragen den Positionen der NPD nahe stehe. Es ist möglich, dass man in Teilfragen zu gleichen Teillösungen kommt.« In einer Rede in der BVV warf er der SPD vor, sie würde durch ihre Position zum 8. Mai-Gedenken »eine Art intellektuelles Versailles[5] aufbauen«.[6] Hippe vertrat übrigens als Anwalt den Berliner Geschichtslehrer Karl-Heinz Schmick, welcher wegen Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus suspendiert wurde.[7] Als die rechtsextreme Fraktion von Pro Köln im Anschluss der Diskussion einen inhaltsgleichen Antrag in die Bezirksvertretung Köln-Porz einbringen wollte, weigerte sich der CDU-Bezirksvorsteher Horst Krämer, den Antrag auch nur in die Tagesordnung aufzunehmen. Er halte den Antrag inhaltlich für nicht akzeptabel und werde ihn deshalb den Fraktionen nicht zur Beratung vorlegen lassen.[8] Der Rechtsextreme Manfred Rouhs von Pro Köln stellt dazu folgerichtig fest, man bewerte in Köln Inhalte »als rechtslastig und diskussionsunwürdig (...) die andernorts bei der Union mehrheitsfähig sind.« ■

[1]

CDU-Fraktionschef Norbert Kopp lobt sie als „dem Thema angemessen". Da chen hieß man ihn deshalb also schweigen. Parteifreunde wie der CDU-Landes-

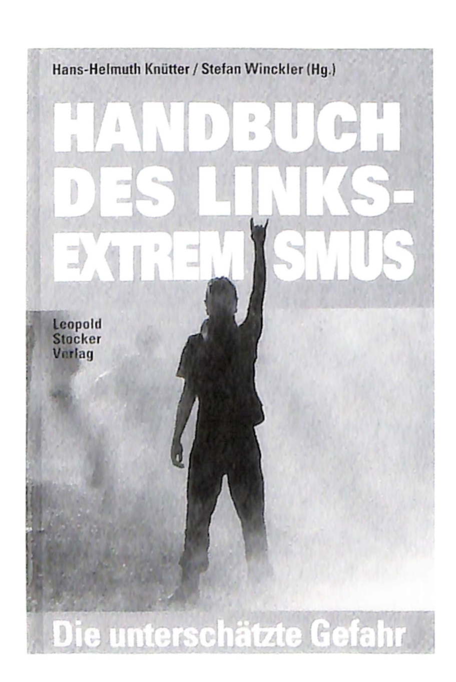
Der Quertreiber soll schweigen. *Torsten Hippe vom CDU-Kreisverband Steglitz-Zehlendorf wird „parteischädigendes Verhalten" vorgeworfen.* Foto: CDU Zehlendorf

1| AIB Nr. 27, Juni/Juli 1994 - Steglitzer Provinzpossen, Wieviel Platz darf das Gedenken an NS-Opfer einnehmen?
2| Der Tagesspiegel, 5.2.2005, »Eine Empfehlug zum Nachdenken«
3| Der Historiker und Professor Heinrich von Treitschke löste 1879 mit einem Artikel in den Preußischen Jahrbüchern den sog. Berliner Antisemitismusstreit aus. Er sprach sich unter Verwendung ausgrenzender judenfeindlicher Stereotype gegen die Einwanderung osteuropäischer Juden aus und machte eine grassierende antisemitische Agitation gesellschafts- und diskussionsfähig. Er prägte die Parole »Die Juden sind unser Unglück!«
4| Unabhängige Antifa Zeitung # 0, PM Kläger
5| Der Versailler Vertrag war Ergebnis der Pariser Friedenskonferenz 1919. Nach dem I. Weltkrieg wurde dem besiegten Deutschland ein Vertrag vorgelegt, welcher u.a. Gebietsverluste, eine Schadensregulierung und die Anerkennung der alleinigen Kriegsschuld beinhaltete.
6| Der Tagesspiegel, 18.2.2005, »Gedenkstreit: Empörung über Steglitzer Union«
7| Berliner Zeitung, 26./27.2.2005, »Streit um Parteiausschluss spitzt sich zu«
8| www.pro-koeln-online.de, Porzer Bezirksvorsteher will keine Diskussion zum 8. Mai

[1] Torsten Hippe, Faksimile aus Tagesspiegel, 10.03.05

Akademisches Mentorat

Nichts ist den extrem rechten Gruppen wichtiger als eine Legitimation ihrer Propaganda von wissenschaftlicher Seite. Auf eine besondere Unterstützung in allem was gegen den Antifaschismus gerichtet ist, kann sich die Rechte seit nunmehr über 40 Jahren auf den Bonner Politikwissenschaftler und Buchautor Prof. Hans-Helmuth Knütter verlassen. Heute gilt er als der profilierteste Mentor der Anti-Antifa Bewegung als geistige Kampfgemeinschaft gegen Links.



Lifelines

1954 in Stralsund geboren, studierte er von 1954-59 Politikwissenschaften u.a. beim »Totalitarismus-papst« Prof. Bracher in West-Berlin. Dieser nahm ihn als seinen Ziehsohn und Assistent mit zur Uni Bonn, wo er 1960 promovierte. Bereits in den Frühen 60er Jahren fällt Knütter durch abstruse Veröffentlichungen auf, indem er die DVU-»National-Zeitung« zu einer wertvollen und inhaltlich legitimen Ergänzung der Presselandschaft erklärt. Einen Schritt weiter geht er in seiner 1970 beendeten Habilitationsschrift mit dem Thema: »Die Juden und die deutsche Linke 1918-1933«, in der er den Juden eine zentrale Mitschuld an ihrer Vernichtung attestiert. Seine treuen Dienste für Bracher, seine CDU Mitgliedschaft sowie sein Engagement beim »Bund Freiheit der Wissenschaft« brachten ihm vermutlich 1972 eine H3-Professur am politischen Seminar der Uni Bonn ein. In wissenschaftlichen Fachkreisen zeigte man sich besorgt über seine wirren Theorien, bzw. wurde er fachlich als schwach und wenig effektiv beschrieben. Trotzdem blieb er bis zu seiner Emeritierung Ende der 90er Jahre in Bonn aktiv und widmete sich in seinen letzten Jahren noch dem Aufbau der Uni Greifswald.

Theorie und Praxis eines »Katheder-Torquemadas«[1]

Sein eigentliches Augenmerk galt immer seinen zentralen Kampfbegriffen. Dem Antifaschismus als instrumentalisiertem Knebel gegen ein politisch selbständiges Deutschland und einer Enttabuisierung des Faschismus als moralischem Störfaktor für diese Politik. Was sich anfänglichst noch als eine verquere Sozialisation durch das antikommunistische Nachkriegsklima und die vermeintliche Bedrohung durch die aufkeimende Linke an den Universitäten der 60er Jahre interpretieren ließe, zeigt im Laufe der Jahre klarere Züge. Bereits 1972 konstatierte die Zeitung der Bonner Studentenschaft AKUT zu der Berufung Knütters: »...Keine Erweiterung des Lehrangebotes – erhöhte Einflussmöglichkeit eines extrem mitbestimmungs- und studentenfeindlichen Dozenten, der sich weniger durch wissenschaftliche Leistung, als durch seine reaktionären politischen Aktivitäten profiliert hat: Die Quintessenz seiner 10-Jahres-Habilitation: Die Juden selbst, die Linken und ein wahrscheinlich gottgewollter Antisemitismus waren eigentlich Schuld an der Massenvernichtung der Juden im Dritten Reich. Kein Wort vom Faschismus und seinen Ursachen, kein Wort von der Arisierung jüdischer Unternehmen....«[2] Ab Mitte der 80er Jahre konzentriert er sich auf seinen Antifaschismusbegriff, im Vorwort seines Buches »Kritik des Antifaschismus« heißt es: »Sie dient der Enttabuisierung des Faschismus und der Kritik des Antifaschismus«. Für Knütter ist Antifaschismus grundsätzlich »eine Haltung, die nicht nur moralisch, sondern auch ökonomisch argumentiert und auf die Herstellung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung abzielt«. Wer sich so engagiert gegen den Antifaschismus stellt, braucht sich über Zuspruch der extremen Rechten nicht wundern. Es ist allerdings oft kaum zu unterscheiden, von



welcher Seite die Affinitäten ausgehen.

Vom geistigen zum praktischen Anti-Antifaschismus

Knütters Umtriebe haben eine lange Vorgeschichte. Bereits Mitte der 60er Jahre sammelte sich an der Uni Bonn eine »Schwarze Zelle« um Knütter, um gegen den wachsenden Einfluss der politischen Linken vorzugehen. Denunziatorische Dossiers gegen die Studenten, die eine Auflösung der verfassten Studentenschaft verhindern wollten, tauchten in Unterlagen der politischen Polizei als Niederschriften Knütters auf. Burschenschaftler, die ihm zuarbeiteten wurden unter den Kommilitonen als »Knütter-Buben« bezeichnet.[3] Seine Sammelleidenschaft zeigt sich 1980, als er alles daran setzte, einen ehemaligen Studenten, der sich als Lehrbeauftragter an der Uni bewarb, wegen dessen früherer Mitgliedschaft in einer von Knütter als links verdächtigten Studentengruppe Ende der 60er (erfolgreich) zu verhindern. Der »Extremismusexperte« wird in seinem Kampf zunehmend auch vom Innenministerium als Berater herangezogen. Parallel trat er auch als Mentor eines von ihm gegründeten »Ost-West AK« an der Uni Bonn auf, der nach skandalösen Veranstaltungen mit dem Rechtsextremisten Hans-Dietrich Sander, Auschwitzleugner David Irving und Neonazi Frank Rennicke 1992 aufgelöst werden musste. Studentische Funktionäre jenes Arbeitskreises waren teils Mitglieder extrem rechter bis neonazistischer Organisationen, so Ralf Küttelwelsch von der »Wiking Jugend«-Abspaltung »Sturmvogel« oder Andreas Jahrow von der »Initiative Gesamtdeutschland«, bis hin zu Zöglingen Knütters, wie Andreas Zehnter, der in rechten Periodika im Sinne des Lehrmeisters gegen Antifaschismus agitierte. Ab Mitte der 90er Jahre initiierte Knütter ein neues Projekt und versuchte einen Kreis von Autoren und Studenten über die Uni Bonn zu organisieren, die sich publizistisch in arbeitsteiliger Weise mit dem Thema »Linksextremismus« auseinandersetzen sollten. Knütter gefällt sich zunehmend in seiner Vorreiterrolle, so dass sich rückblickend sagen lässt, dass er seit seinem »coming out« in den frühen 90er Jahren fast flächendeckend in der ganzen Bandbreite extrem rechter und neokonservativer Periodika und Veranstaltungen auftritt. Diese Offenheit mag mit seiner anstehenden Emeritierung Ende der 90er in Zusammenhang stehen und der Erkenntnis, dass er sich mit einigen Auftritten zu weit aus dem anti-linken Konsens des bürgerlichen Lagers entfernt hatte. So durch seine bekundete Sympathie gegenüber dem militanten Kreis der extremen Rechten, als er in kämpferischen Ausführungen bei einem Hinterzimmertreffen die Arbeitsteilung von geistigen Kämpfern und den militanten Kampf der Jugend auf der Straße forderte. Dumm nur, dass dies heimlich gefilmt im Fernsehen gesendet wurde. Die Folge war ein Rückschlag für Knütters Vernetzungsversuchen zwischen dem extrem rechten und bürgerlich-konservativen Lager. Seine Beteiligung an dem Extremismus & Demokratie Sammelband der Totalitarismusforscher Backes und Jesse endete abrupt, genauso wie seine Engagements für die Bundeszentrale für politische Bildung und seine Beziehungen zum Innenministerium.



[1] Hans-Helmuth-Knütter, Faksimile aus «Mut« Nr. 78, Oktober 1990

Zu weit aus dem Fenster gelehnt

Vom Undank seiner »politischen Elite« getroffen, welche ihn hatte fallen lassen gründete er eine Initiative: »David gegen Goliath« und die Internetplattform »Links Enttarnt«, wo er sich als Opfer des Antifaschismus stilisiert. Trotzdem bleiben seine Verbindungen gut, wenn man bedenkt, dass er bis heute CDU-Funktionsträger ist und Sympathisanten für seine Ansichten hat. Vielleicht schließt sich damit ein Lebenskreis, wenn man dem Gerücht trauen darf, dass Knütter sich damit brüstet, seine Familie habe sich am Ende des Ersten Weltkrieges dadurch ausgezeichnet, in Stralsund in einem Freikorps an der Niederschlagung revoltierender Matrosen der Kaiserlichen Marine beteiligt gewesen zu sein. ■

1| Torquemada war der berüchtigste spanische Kardinal der ersten Inquisitionswelle im 15. Jahrhundert. Er ist Synonym der Verfolgung Andersgläubiger mittels Bespitzelung, Denunziation und Folter.
2| AKUT Nr. 85, 17.4.1972
3| AKUT Nr. 110, 25.6.1974

Der Experte

Der rechtskonservative Politikwissenschaftler Eckhard Jesse soll die sächsische CDU-Landtagsfraktion in der politischen Auseinandersetzung mit der NPD beraten.

In der politikwissenschaftlichen Szenerie der Bundesrepublik ist Eckhard Jesse einer der offensivsten Vertreter der Totalitarismus/Extremismustheorie. Diese gewann in Folge des von der »Enquetekommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur« favorisierten Primats der »vergleichenden Diktaturforschung« und der nachfolgend gegründeten »Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur« enorm an Hegemonie im Wissenschaftsbetrieb. Indikator hierfür war die Gründung von Instituten, wie dem »Forschungsverbund SED-Staat« und dem »Hannah Arendt Institut« (HAIT), die mit erheblichen finanziellen Mitteln ausgestattet wurden.

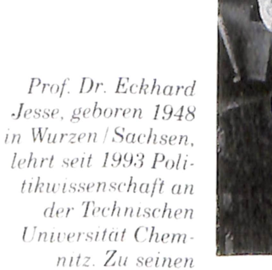
Der bekenntnishafte wissenschaftliche Kanon der Totalitarismusforschung, also der linearen Vergleichbarkeit von NS-Regime und DDR, findet sich im von Eckhard Jesse herausgegebenen und 1996 bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienenen Band »Totalitarismustheorien im 20. Jahrhundert«. Dem Fachpublikum ist Jesse seit langem als einer der Co-Herausgeber des »Jahrbuch für Extremismus und Demokratie« bekannt, welches seit 1989 erscheint. In dieser jährlichen Monographie wird gebetsmühlenartig die Äquidistanz der »wehrhaften Demokratie« gegenüber Links- und Rechtsextremismus betont. Dem liegt natürlich eine positive Definition dessen zu Grunde, welche politischen Strömungen sich innerhalb des »Verfassungsbogen des Grundgesetzes« bewegen. Somit geraten emanzipatorische politische Bewegungen, die gesellschaftliche Veränderungen anstreben, fast automatisch unter den Verdacht des »Extremismus«.

Jesse und sein enger wissenschaftlicher Weggefährte Uwe Backes schreiben somit das seit Jahrzehnten hermetische Theoriefundament des Verfassungsschutzes fort, in dessen Berichten eine Organisation wie die VVN/BdA tendenziell ebenso als verfassungsfeindlich beschrieben wird wie neonazistische Gruppen.

Zu Beginn der 1990er Jahre bewegte sich Jesse zeitweise im Umfeld des wissenschaftlich-publizistischen Netzwerkes der »Neuen Rechten« um den damaligen Ullstein-Cheflektor Rainer Zitelmann. Gemeinsam mit diesem und Uwe Backes gab er 1990 bei Propyläen den Sammelband »Die Schatten der Vergangenheit – Impulse für die Historisierung des Nationalsozialismus« heraus. Dieser Band kann als Anknüpfungsversuch und Verteidigung der von Ernst Nolte eingenommenen Position innerhalb des Historikerstreits gelesen werden.

Die Mehrzahl der Autoren des Bandes beklagen den pädagogisch-moralischen Tonfall, in welchem die zeithistorischen Diskurse um die NS-Diktatur geführt würden. Dem gegenüber müsse die NS-Herrschaftszeit ebenso behandelt werden wie jede beliebige Epoche der Geschichte. Zudem verwehren sich die Autoren gegen eine Herleitung der Ursachen der NS-Diktatur aus der Geschichte des deutschen Sonderweges. In diesem Band ist Eckhard Jesse Autor eines Aufsatzes über die diskursive Funktionsweise von Antisemitismus. Darin vertritt er u.a. die These: »Jüdische Organisationen brauchen Antisemitismus in einer gewissen Größenordnung, um für ihr Anliegen Gehör zu finden und ihre [...] Interessen besser zur Geltung zu bringen«.[1] Hier wird der Eindruck

[1] Eckhard Jesse – Faksimile aus »Mut« Nr. 398.





[1]

Prof. Dr. Eckhard Jesse, geboren 1948 in Wurzen/Sachsen, lehrt seit 1993 Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz. Zu seinen Schwerpunkten gehören die Extremismus-, Demokratie-, Parteien- und Deutschlandforschung. Er ist mit Uwe Backes Herausgeber des in diesem Herbst zum zwölften Mal – im Nomos Verlag – erscheinenden Jahrbuchs Extremismus & Demokratie. Im September ist von ihm ein auf eine Ringvorlesung an der Universität zurückgehender Sammelband herausgekommen: „Eine Revolution und ihre Folgen. 14 Bürger-[...] ziehen Bilanz", Berlin 2000 (Ch. Link

genährt, die Juden seien für die Phänomenologie des Antisemitismus nicht nur selbst verantwortlich, diese nütze ihnen zudem, ihre Partikularinteressen zu artikulieren. Ein Argument, das selbst antisemitische Klischees offenbart.

Jesse, Jahrgang 1948, lehrt seit 1993 Politikwissenschaft an der TU Chemnitz. Seine Berufung aus einer Assistentenstelle an der Uni Trier verdankt er zweifellos der konservativen Hegemonie in der sächsischen Wissenschaftslandschaft, innerhalb derer 1991 mit dem »Hannah Arendt Institut« das Flaggschiff der deutschen Totalitarismusforschung etabliert wurde. Im Konflikt um die politische Ausrichtung des Instituts in den Jahren 1999/2002 spielte Jesse eine eskalierende Rolle, als es darum ging, die stramm rechtskonservative Hegemonie der Forschungsschwerpunkte im Institut gegen den sozialdemokratischen Direktor Klaus Dietmar Henke zu behaupten.[2] Dies war für das Institut zwar mit einem gewissen Ansehensverlust verbunden, da einige Mitglieder des Institutsbeirates den konservativen Putschismus nicht mittragen mochten, letztlich behauptete sich jedoch Uwe Backes in seiner Funktion als stellvertretender Direktor gegenüber Henke, welcher inhaltlich mit dem totalitarismustheoretischen Grundkonzept des Instituts konform ging.

Kennzeichnend für Jesses Analysen des Rechtsextremismus ist nicht nur ihr platter linearer Links-Rechts-Vergleich, sondern ihre organisationssoziologische Fixierung auf Parteien, deren institutionell verfasste Strukturen und Programmatik im Fokus des Forschungsinteresses stehen. Das Phänomen der kulturellen Reproduktion rechtsextremer Einstellungsmuster und Lebenswelten, deren temporäre Mobilisierungsfähigkeit bis in die Mitte der Gesellschaft hinein, sind im wissenschaftlichen Koordinatensystem von Extremismustheoretikern wie Jesse nicht existent.

Kritik an der Extremismustheorie denunziert Jesse in scharfem Ton: »Unter den heftigsten Gegnern der vergleichenden Extremismusforschung finden sich Autoren, die mit Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates auf Kriegsfuss stehen.«[3] So finden sich manche wissenschaftliche Kritiker des Forschungsansatzes von Jesse in der antidemokratischen Ecke wieder.

Vor dem beschriebenen Hintergrund kann es nicht überraschen, dass Jesse der Sachsen-CDU im Umgang mit der NPD nicht nur demonstrative Gelassenheit, sondern die Öffnung der Partei zu den Themen der extremen Rechten empfiehlt. In der innerparteilichen Auseinandersetzung ergriff Jesse für den um den ehemaligen Kultusminister Rößler gruppierten rechten Flügel der Fraktion Partei. Die eigentliche Gefahr für die Demokratie geht nach Jesse ohnehin von der PDS im Landtag aus. Eine gemeinsame Resolution der sächsischen Landtagsfraktionen unter Einschluss der PDS gegen Rechtsextremismus, kritisierte Jesse als »Bruch des antitotalitären Konsens im Landtag«. Damit stärkt er jenen in der sächsischen CDU-Landtagsfraktion den Rücken, die eine allzu offensive politische Konfrontation mit der NPD vermeiden wollen, um deren Anhänger bei kommenden Wahlen wieder an sich binden zu können. ■

Sonderdruck

DIE SCHATTEN DER VERGANGENHEIT

Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus

Herausgegeben von
Uwe Backes/Eckhard Jesse
Rainer Zitelmann

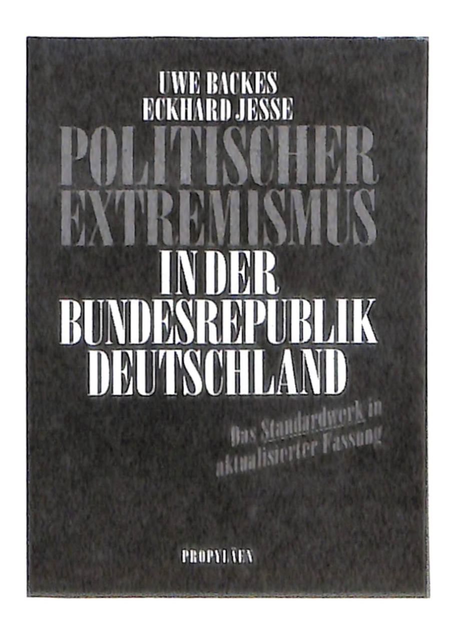
WERNER WEGNER

KEINE MASSENVERGASUNGEN IN AUSCHWITZ?

Zur Kritik des Leuchter-Gutachtens

Die These von der »Auschwitz-Lüge«

Propyläen



1| Vgl. Jesse, Eckehard: Philosemitismus, Antisemitismus und Anti-Antisemitismus in : Backes, Uwe (Hrsg.) u.a. Die Schatten der Vergangenheit; Propyläen Verl. 1990 S.546.

2| Vgl. ZfG Nr. 51 (2003) S.205-236.

3| Vgl. Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) Einsichten und Perspektiven Nr. 5 / 04 S.32.

Wahlen in Schleswig-Holstein

»Wer hätte dieses Ergebnis nach so einer positiven Stimmung vorausgesagt?« fragt der Landesvorsitzende Uwe Schäfer in der aktuellen Ausgabe der »Schleswig-Holstein Stimme«. Groß ist also die Enttäuschung innerhalb der NPD über das schlechte Abschneiden bei der Landtagswahl im Februar 2005 in Schleswig-Holstein. Durch das gute Ergebnis bei der Wahl in Sachsen sah die NPD auch bundesweit einen Aufwärts - trend auf sich zu kommen und die Erwartungen in die Wahlergebnisse in Norddeutschland stiegen ins Unermessliche. Der Hauptaugenmerk wurde noch weiter in die Zukunft gerichtet. Über die Landtagswahlen in Schleswig- Holstein und Nordrhein–Westfalen sollte der positive Trend bis zur Bundestagswahl erhalten und so der Sprung über die 5%-Hürde vollzogen werden.



[1] Beim Parteitag in Steinburg attackierten die NPDler GegendemonstrantInnen in Anwesenheit eines Kamerateams, 1.v.l. Wolfgang Schimmel, 2.v.l. Artur Nissen.

Die Wahl

Unter völliger Ignoranz der örtlichen Begebenheiten und noch unter dem Eindruck der Wahl in Sachsen stehend, prophezeiten die NPD-Funktionäre noch im Januar, bei der Landtagswahl 7-8% der abgegebenen Stimmen auf sich verbuchen zu können. Mit den nur erreichten 1,9 Prozent ist die NPD weit unter diesen hohen Erwartungen geblieben und die vielbemühte »Volksfront von Rechts« bekam einen deftigen Dämpfer. Trotz dieser offensichtlichen Niederlage versucht die NPD in der Erklärung »Aufwärtstrend bestätigt – mehr wäre besser gewesen«, der Landtagswahl etwas Positives abzugewinnen. So wird dort festgestellt, dass es trotz Antifa, staatlicher Willkür und der Medien gelungen ist, die Anzahl der Stimmen zu verdoppeln. Aber auch diese Erklärung kann die Enttäuschtheit der rechten Szene, welche sich unter anderem auch in Internetforen äußert, nicht verbergen.

Sachsen gleich Schleswig-Holstein?

Die positive Stimmung, welche sich in der NPD ausbreitete, erreichte auch den Landesverband Schleswig-Holstein und hat ihren Ursprung in der Landtagswahl in Sachsen. Die großen strukturellen und gesellschaftlichen Unterschiede dieser Bundesländer wurden ignoriert und die erfolgreiche Wahlkampfstrategie sollte auch in Schleswig-Holstein ihre Früchte tragen. Der Versuch, eine einigende »Volksfront von Rechts« zu etablieren, fand hier ebenso seine Fortsetzung wie die Anreise auswärtiger Wahlhelfer und die Übernahme der inhaltlichen Themenschwerpunkte im Wahlkampf. Dass dieses Konzept nicht ohne weiteres übertragbar ist, hätte auch die NPD sehen müssen. Alleine die unterschiedlichen Mitgliedszahlen der Landesverbände sprechen eine deutliche Sprache. Während sich der sächsische Verband auf über tausend Mitglieder stützen kann, zahlen in Schleswig-Holstein gerade einmal 180 Personen ihren monatlichen Mit-

gliedsbeitrag an die NPD. Aber der größte Unterschied liegt bei der kommunalen Arbeit vor Ort.

In Sachsen hat die NPD besonders in ländlichen Gebieten eine sehr starke lokale Verankerung, welche Inhalte leicht in den Hintergrund rücken lässt und bei der die persönliche Ebene eine wichtige Rolle einnimmt. Dort ist es oft sprichwörtlich »der nette Mann von nebenan«, welcher die Arbeit der NPD repräsentiert und sich um die Belange der BürgerInnen kümmert. Gerade diese »bürgernahe« Politik ist es, welche die Leute dann häufig zu NPD-Wählern werden lässt. Auf solch eine lokale Verankerung kann die NPD in Schleswig-Holstein nicht zurückgreifen. Die Partei ist in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar, ganz zu schweigen davon, dass es ihr je gelungen wäre, in politische Debatten einzugreifen oder diese sogar für sich zu vereinnahmen. Ein weiterer wichtiger Unterschied zu Sachsen ist, dass es eine lange Tradition der etablierten Parteien in Schleswig- Holstein gibt. Sie sind es, welche lokal verankert sind, den Kontakt zu den Bürgern halten und somit auch die politischen Debatten bestimmen, führen und prägen. Gerade in diesem Jahr, als die Prognosen ein hauchdünnes »Kopf an Kopf«-Rennen zwischen alter Regierung und Opposition voraussagten, war klar, dass andere politische Inhalte in den Wahlkampf kaum einzubringen sein würden.

NPD Schleswig-Holstein und der Wahlkampf

Der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein befindet sich schon seit Jahren strukturell und finanziell in einem desolaten Zustand. Die freien Nationalisten um Peter Borchert, Jürgen Gerg und Jörn Lemke putschten sich an die Parteispitze und spalteten den Landesverband in zwei Lager. Als sie 2003 wieder abdankten, war der Landesverband ohne funktionierende Struktur, die Parteikasse leer und es war absehbar, dass sich der Landesverband in dieser kurzen Zeit nicht rehabilitieren wird. Die Bundes-NPD musste massive Unterstützungsarbeit leisten. So wurden viele Wahlkampfhelfer, vornehmlich aus dem Osten Deutschlands, nach Schleswig-Holstein geschickt und auch den Vorschuss für die Kosten des Wahlkampfes dürfte nicht der Landesverband selber getragen haben. Trotz dieser negativen Vorzeichen hatten sie sich viel vorgenommen. Es wurden fünf Stützpunkte im ganzen Land eingerichtet, in denen Material gelagert und die Verteilung der Propaganda organisiert werden konnte. Es gab einige Saalveranstaltungen, Büchertische und TV- und Radiospots. Die Plakatierung war zwar massiv, aber meist nach antifaschistischer Intervention nicht lange sichtbar.

Das klingt nach viel, aber insgesamt kann festgestellt werden, dass der NPD Wahlkampf doch weitaus weniger intensiv war als befürchtet. Die Aktivitäten hatten ihren Schwerpunkt nur in einigen Orten und auch dort traten sie nicht sehr regelmäßig in Erscheinung.

»Volksfront von Rechts«?

Unterstützung für den Wahlkampf bekam die NPD auch aus der Ecke der freien Nationalisten. Bereits kurz vor der Wahl in Sachsen traten führende Neonazis wie Thomas Wulff, Ralf Tegethoff und Thorsten Heise der NPD bei, um Werbung für die gemeinsame nationale Sache zu machen. Inhaltliche Streitigkeiten sollten in den Hintergrund rücken und die Einheit der extremen Rechten stärker vorangetrieben werden.

Und in der Tat zeigte dieses Signal Wirkung und die NPD Sachsen erfuhr beim Wahlkampf massive Unterstützung von lokalen »Freien Nationalisten«. Aber auch mit den rechtsextremen Parteien fand die NPD Sachsen eine Einigung im Sinne einer »Volksfront von Rechts«. Die DVU versprach



[1] Wahlkampf mit allen Mitteln – »bunt geschmückt« durch Schleswig-Holstein

in Sachsen nicht anzutreten, dafür verzichtete die NPD auf eine Kandidatur in Brandenburg. Der Landesverband der Republikaner konnte so von der NPD vereinnahmt werden, dass diese gegen den Willen des Bundesvorstandes ebenfalls auf einen Wahlantritt verzichteten. Durch diese Strategie gelang es der NPD, als einzige rechtsextreme »Alternative« bei der Wahl anzutreten und so die Stimmen von DVU und REP einzusammeln.

Dieses Konzept sollte natürlich auch in Schleswig-Holstein verwirklicht werden. Die Weichen in diese Richtung wurden schnell gestellt. In einem unterzeichneten »Deutschland-Pakt« sah die DVU schon frühzeitig von einer Wahlteilnahme ab und die Republikaner und Abgeordnete der Schill Partei sprachen Empfehlungen für die NPD aus. Dass die REPs und DVU in Schleswig-Holstein schon seit Jahren ums Überleben kämpfen und diese Einigung nicht so starke Auswirkungen haben würde wie in Sachsen, bremste die gute Stimmung nicht. Das Signal der »Einheit von Rechts« stand im Vordergrund. Die Euphorie über die Gewinne in Sachsen war auch bei freien Nationalisten eindeutig wahrnehmbar. Im Januar 2005 machte der Anti-Antifa-Aktivist Martin Engelbrecht auf dem Landesparteitag im →



[1] Wahlkampf für die NPD – Jörn Lemke verteilt Flugblätter vor dem Stadion des VFB Lübeck.

→ Schleswig-Holsteinischen Steinburg klar, dass die »Volksfront« von den Kameradschaften in Schleswig-Holstein aktiv unterstützt wird. Um dieses Signal zu unterstreichen, verkündete er vor Ort seinen Eintritt in die NPD. Die Botschaft kam an und so waren relativ viele freie Nationalisten für den NPD-Wahlkampf auf den Beinen. Sie unterstützten Infotische, Saalveranstaltungen oder fuhren wie z.B. Neonazi-Aushängeschild und NPD-Neumitglied Thomas Wulff stundenlang mit einem Lautsprecherwagen durch die Gegend und belästigten die Umgebung mit menschenverachtenden Reden.

Wahlkampfthemen

Inhaltlich ging die NPD mit Themen in den Wahlkampf, welche auch überwiegend in Sachsen Schwerpunkt waren. Mit dem Motto »Quittung für Hartz IV« wurde versucht, auf den Zug der sozialen Proteste aufzuspringen und sich als einzige »wahre Alternative« gegen Sozialabbau zu profilieren. Durch die Wahl der NPD sollte den etablierten Parteien die »rote Karte« gezeigt und eine Absage erteilt werden. Die Botschaft war eindeutig: Die NPD sei die einzige Partei, die sich um die Belange des »kleinen Mannes« kümmere und die »wahre Vertreterin« Deutschlands. Die Lösung für Arbeitslosigkeit und Sozialabbau liefert die NPD gleich mit. Jeder beschäftigte Ausländer, der ausgewiesen wird, mache einen Platz für einen deutschen Arbeitnehmer frei. Der unsägliche Slogan »Heimreise statt Einwanderung« macht eindeutig klar, wofür die NPD steht: für populistisch aufgezogene rassistische, völkische Programme, die Angst vor MigrantInnen schüren und Nationalismus als Identifikation anbieten.

Antifaschistische Interventionen

Mitverantwortlich für das schlechte Abschneiden der NPD sind die intensiven antifaschistischen Aktivitäten gewesen. Die Kampagne »Keine Stimme den Nazis« setzte auf Öffentlichkeit und versuchte, über die Neofaschisten und ihre rassistischen Inhalte aufzuklären. Es wurden tausende Flugblätter, Plakate und Aufkleber hergestellt und flächendeckend in Schleswig-Holstein verteilt. Schwerpunkt war es, besonders in den Gegenden präsent zu sein, in denen die NPD bei den letzten Wahlen besonders stark war. Direkte antifaschistische Gegenaktivitäten gehörten natürlich genauso zum Konzept und so konnten mehrere Saalveranstaltungen und Büchertische der NPD empfindlich gestört werden. Wie weit hergeholt es bei den Nazis mit der Friedlichkeit ist, zeigten sie sehr oft, wenn AntifaschistInnen sich bei ihren Aktionen blicken liessen. Mehrmals wurden Antifas von Neonazis tätlich angegriffen, einer sogar von einem Auto angefahren, so dass er ambulant im Krankenhaus behandelt werden musste. Bei dem Parteitag im Schleswig-Holsteinischen Steinburg attackierten einfache NPD-Mitglieder, aber auch führende Funktionäre wie Ingo Stawitz, antifaschistische GegendemonstrantInnen. Da ein Kamerateam vor Ort war, konnte der Angriff dokumentiert und die Öffentlichkeit von der Friedfertigkeit der NPD überzeugt werden.

Fazit

Die Euphorie dürfte bei der NPD nach der Landtagswahl stark nachgelassen haben. Es ist sehr deutlich geworden, dass die NPD über keinerlei Basis und kommunalen Anschluss in Schleswig-Holstein verfügt. Die euphorische Stimmung, welche die Szenerie in Sachsen beherrschte, ist in Schleswig-Holstein nicht aufgekommen. Mit ihren rassistischen und populistischen Inhalten haben es die Rechtsextremen nicht geschafft in Debatten einzugreifen oder selber welche anzuschieben. Es muss aber auch gesagt werden, dass diese 1,9% der Stimmen nicht einfach mit dem Wort »Protestwähler« herunterzuspielen sind. Die Leute, die NPD gewählt haben, taten es gerade wegen der Inhalte. Das rassistische Protestwählerpotenzial ist auch in Schleswig- Holstein höher, aber für viele war der Schritt, eine so offen neofaschistische Partei zu wählen, dann doch zu groß. So sind viele dieser potenziellen Wähler zuhause geblieben oder haben bei diesen knappen Prognosen die CDU im Kampf gegen Rot/Grün mit ihrer Stimme unterstützt.

Trotz alledem muss festgestellt werden, dass sich die NPD um etwa ein Prozent verbessert hat. Dieses Wahlergebnis ist im Vergleich zu Sachsen zwar harmlos, aber doch eine Warnung genug, um nicht in Freude zu verfallen. Immerhin haben 1,9% der WählerInnen bewusst für eine neofaschistische Partei gestimmt. ■



[1] Die »nationale Volksfront« in NRW bei einem Aufmarsch gegen den Bau einer Synagoge.

links: Stephan Haase, 2.v.r. Christian Malcoci.

NPD-Wahlantritt in NRW

Mehr als ein Achtungserfolg ist nicht drin

Noch nie hat es die NPD in Nordrhein-Westfalen in den Landtag geschafft. Und auch bei den anstehenden Wahlen am 22. Mai rechnet niemand mit ihrem Einzug. Dennoch verbreitet die Partei Aufbruchstimmung, motiviert durch den Wahlerfolg in Sachsen und durch die für NRW-Verhältnisse relativ erfolgreiche Teilnahme an den Kommunalwahlen im letzten Jahr. Unterstützt wird die Kandidatur von einem Teil der »Freien Kameradschaften«.

»Volksfront weiter gestärkt«, verkündete der NPD-Wahlkampfpressesprecher, der Bochumer Claus Cremer, in einer Pressemitteilung vom 5. Dezember. Man habe soeben auf dem Landesparteitag in Essen »den Weg für einen offensiven Wahlkampf 2005« bereitet und hierbei auch 15 Kandidaten für die Landesliste aufgestellt. Zum Spitzenkandidaten gekürt wurde der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der seinen Wohnsitz offenbar aus Bayern nach Bochum verlegt hat. Auf den Plätzen 2 bis 4 folgen Stephan Haase, NPD-Landesvorsitzender, Bundesvorstandsmitglied und ehemaliger Aktivist der »Nationalistischen Front« aus Lüdenscheid, und zwei seiner Stellvertreter: Claus Cremer und der Iserlohner Timo Pradel. Vier Plätze weiter unten findet man dann mit dem ehemaligen Grevenbroicher FAP-Aktivisten Christian Malcoci den ersten Vertreter der »Freien Kameradschaften«. Der wegen Fortführung der verbotenen »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten« (ANS/NA) Vorbestrafte gehört bundesweit zu den erfahrensten Kadern der »Freien« und ist außerdem als Parteifunktionär der niederländischen Neonazi-Partei »Nederlandse Volksunie« (NVU) tätig. Anfang 2002 zog es ihn von Korschenbroich (Kreis Neuss) in die Niederlande, wo er am 6. März 2002 bei den dortigen Kommunalwahlen im grenznahen Kerkrade antrat und hierbei 0,84 Prozent (=183 Stimmern) erzielte. Heute gibt die NPD Düsseldorf als seinen Wohnsitz an. Platz 10 belegt »als weitere Stärkung der nationalen Volksfront« Daniela Wegener, Chefin der hochsauerländischen Neonazi-Szene und erst kürzlich zu ihrem Lebensgefährten Cremer nach Bochum-Wattenscheid verzogen.

Ein Teil der nordrhein-westfälischen »Freien« wertet diese Nominierungen als »eindeutiges Zeichen für den praktischen Aufbau einer Volksfront von Rechts«. Für den Fall, dass die NPD knapp die Fünf-Prozent-Hürde überspringt, würden die Platzierungen für einen Einzug ins Landesparlament reichen. Auf Platz 13 steht der ehemalige »Wiking Jugend«- und FAP-Funktionär Ralph Tegethoff aus Bad Honnef (Rhein-Sieg-Kreis), ein weiterer Führungskader der »Freien«, der pünktlich zur Sachsen-Wahl gemeinsam mit Thomas Wulff und Thorsten Heise der NPD beigetreten war. Tegethoff gehörte auch schon vor seinem Eintritt in die Partei zum festen Autorenstamm der NPD-Postille »Deutsche Stimme« (DS).

Apropos »Volksfront«: Ein Plätzchen blieb dann auch noch für die DVU übrig, allerdings nur der letzte. Besetzen darf ihn der DVU-Ratsherr →



[1] Die Gegner der »Volksfront« um KDS und »Autonome Nationalisten«.

Axel Thieme aus Dortmund. Dabei hätte doch statt der NPD eigentlich die DVU antreten sollen, so behauptet es zumindest der »Volksfront«-Verweigerer Christian Worch aus Hamburg. DVU-Chef Gerhard Frey sei aber nicht interessiert gewesen, so Worch.

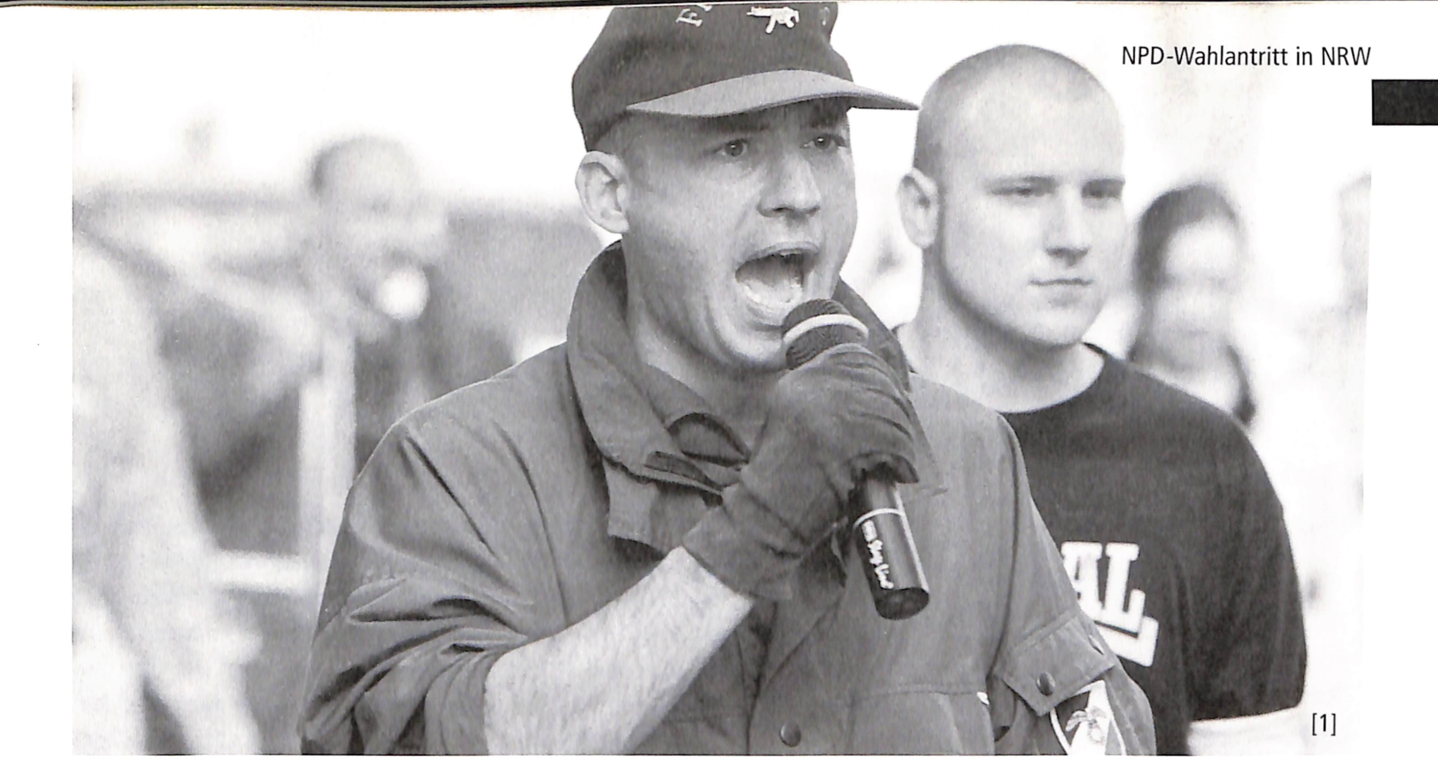
Schwerpunkt des NPD-Wahlkampfes dürfte Bochum werden. »Es ist uns eine besondere Freude mitzuteilen, daß es gelungen ist den Parteivorsitzenden Udo Voigt für den Wahlkreis 107 (Zentralbochum) zu gewinnen«, verkündete Cremer.

Immer häufiger traut sich die Partei seit dem Vorjahr auch in NRW mit Infoständen und Flugblattverteilaktionen auf die Straße, unterstützt von Aktivisten der »Freien Kameradschaften«. In Vorbereitung ist offenbar auch ein Aufmarsch am 1. Mai in Bochum. Am diesjährigen »Tag der deutschen Arbeit« setzt der Bundesverband der NPD angesichts des zeitnah geplanten bundesweiten Aufmarsches am 8. Mai in Berlin (»60 Jahre Befreiungslüge – Schluß mit dem Schuldkult«) auf dezentrale Veranstaltungen. Bis Mitte März angekündigt waren aber »nur« NPD-Demos in Magdeburg und Nürnberg (»Das Volk sind wir – Weg mit Hartz IV«), offenbar gibt es in Bochum noch Probleme mit der Anmeldung. Selbst die aktuelle Märzausgabe der »Deutschen Stimme« weiß die Ungewissheit der »Kameraden« nicht zu beseitigen: »Nähere Informationen erhalten Sie in der nächsten Ausgabe«...

Störfeuer

Ein Wahlprogramm zur Landtagswahl hat die nordrhein-westfälische NPD bisher nicht veröffentlicht.[1] Inhaltlich widmet sich die Partei derzeit vor allem sozialen Themen. Ergänzt wird ihre Sozialdemagogie, die an reale Probleme wie zum Beispiel den Arbeitsplatzabbau bei Opel in Bochum anknüpfen kann, durch sattsam bekannte Phrasen gegen alles »Nichtdeutsche«. »Für die NPD lauten die entscheidenden Fragen auf die Probleme in unserem Land nicht ‚viel oder sehr viel Zuwanderung', sondern ob man die ursprünglichen Gastarbeiter in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland benötigt«, meint der Münsteraner NPD-Kandidat Dennis Dormuth, dem erst kürzlich aufgrund seiner Kandidatur vom Fußballbundesligisten Schalke 04 die Mitgliedschaft aufgekündigt worden war. Die etablierten Parteien im Landtag hätten in der Vergangenheit »eindrucksvoll bewiesen, dass sie nicht den Interessen der Deutschen in NRW, sondern nur denen der ausländischen Bevölkerung und denen der Großkapitalisten dienen«, erklärt sein »Kamerad« Markus Pohl aus dem zweiten Münsteraner Wahlkreis. Der Flair des Anti-Etablierten garniert mit einem »antikapitalistischen« und »revolutionären« Jargon, das ganze auf einer kräftigen rassistischen Grundlage serviert, soll der Partei Stimmen zuführen. »Hartz IV, Massenarbeitslosigkeit und Überfremdung haben bei den Bürgerinnen und Bürgern deutliche Spuren hinterlassen«, bilanzierte die NPD-Ortsgruppe Recklinghausen nach einem Infostand: »So konnten die Aktivisten viel Zustimmung für ihre Arbeit ernten.«

Dass dieses Maß an Zustimmung reichen wird, darf bezweifelt werden. Hinzu kommt ein überwiegend zweit- bis drittklassiges Personal sowie großteils schwache Parteistrukturen. Und auch auf die uneingeschränkte Unterstützung durch die »Freien« kann die NPD nicht bauen. Der Worch-Flügel der NRW-»Kameradschaften« hätte statt Malcoci oder Wegener lieber den Dortmunder »Kameradschaftsführer« Siegfried Borchardt (»SS-Siggi«) und den Bergheimer Axel Reitz (»Quex«) vom »Kampfbund Deutscher Sozialisten« (KDS) als Kandidaten der »Freien« auf der Landesliste gesehen, aber ersterer stellte sich erst gar nicht zur Verfügung und letzterer durfte nicht. Außerdem verlangte man einen »angemessenen Teil der Wahlkampfkostenerstattung« als Gegenleistung für eine Unterstützung der NPD. Worch zufolge sollte die NPD damit »partei-



[1] Ralph Tegethoff am 29.03.2003 in Hanau. Hier demonstrierten rund 300 Angehörige der JN und der freien Kameradschaften gegen die USA und den Irakkrieg. Der Demonstrationszug führte zu einer Kaserne der US-Armee.

freie« Publikationen und Demonstrationen finanzieren. Wie das vonstatten gehen könnte, verriet er auch: »Dann wird ein Verein zur Förderung nationaler Politik in NRW gegründet, der mit dem Landesverband der NPD eine vertragliche Vereinbarung schließt, welchen Anteil an den notwendigen Aktivitäten im Wahlkampf der Verein übernimmt bzw. die Erledigung durch freiwillige Helfer organisiert und welcher Anteil an der Wahlkampfkostenerstattung ihm dafür als Gegenleistung zusteht.« Noch gibt es wohl keine Reaktion der NPD auf diese Forderung – und im Gegenzug keine Unterstützung. Worch: »Die ausdrücklich parteifrei bleibenden Kameraden gedenken nicht, auch nur eine einzige Unterschrift zu sammeln, solange es keine vertragliche Vereinbarung mit der Partei gibt.« Den 1. Mai wird der Worch-Flügel ohnehin nicht in NRW verbringen, sondern bei einer eigenen Demonstration in Leipzig.

Störfeuer für die NPD-Volksfront-Träume gibt es offenbar auch von anderer Seite. Der Mindener NPDler Bernard M. Renner berichtete Mitte März über ein Schreiben aus den Reihen der DVU, mit dem die Mitglieder der »Kameradschaft Weserbergland« von einer DVU-Veranstaltung mit dem NPD-Vize Holger Apfel ausgeladen wurden. Offenbar enthielt das Schreiben »Auflagen« für die Veranstaltungsteilnehmer, die sogar über polizeiliche Auflagen für Demonstrationen hinausgehen. Renner klagt: »So ist die Rede von einem Verbot von ‚Springerstiefeln' oder ‚ähnlichem Schuhwerk'. Weiter seien ‚Glatzköpfe' nicht erwünscht, die Mindesthaarlänge für den Besuch der Veranstaltung soll 5 mm betragen. Bomberjacken oder sonstige ‚Militärkleidung' ist ebenfalls unerwünscht, genau so wie ‚Abzeichen' oder ‚einschlägig bekannte Zahlen' wie ‚18, 88 oder 192'«.

Schwierigkeiten scheint die NPD auch beim flächendeckenden Aufstellen von KandidatInnen sowie beim Sammeln der jeweils 100 Unterstützungsunterschriften für die insgesamt 128 Wahlbezirke in NRW zu haben. Die nordrhein-westfälische Landeswahlleiterin Helga Block schloss massive Manipulationen von Unterschriftenlisten für die Wahlvorschläge der Partei nicht aus. In Voigts Bochumer Wahlkreis war eine professionelle Drückerkolonne unterwegs, die Medienberichten zufolge eine politische Umfrage vorgetäuscht habe, um an Unterstützerunterschriften zu gelangen. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Köln erstattete der Rheinisch-Bergische Kreis, weil sich die NPD mit einer dubiosen Haustürbefragung Unterstützungsunterschriften möglicherweise erschlichen habe. Die Partei selbst wies die Vorwürfe zurück, bot den 120 Bochumern, die im Voigt-Wahlkreis unterschrieben hatten, jedoch an, die Unterschrift zurückzuziehen, »wenn sie sich getäuscht fühlen«.

Fazit

Konflikte mit einem Teil der »Freien«, Ärger über die »reaktionäre« DVU, Schwierigkeiten, alle 128 Wahlkreise mit Kandidaten bestücken zu können, Probleme beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften, Irritationen bezüglich einer 1. Mai-Demonstration in NRW: Der nordrhein-westfälische NPD-Wahlkampf läuft unrund. Und Nordrhein-Westfalen war auch noch nie eine Hochburg der NPD. Realistisch erscheint unter diesen Voraussetzungen höchstens ein Achtungserfolg mit ein bis zwei Prozent – wobei es der NPD wichtig sein dürfte, zumindest besser abzuschneiden als die »Republikaner«, die, den Abgrenzungskurs ihres Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer und ihrer NRW-Chefin Uschi Winkelsett fortsetzend, in Konkurrenz antreten werden. ■

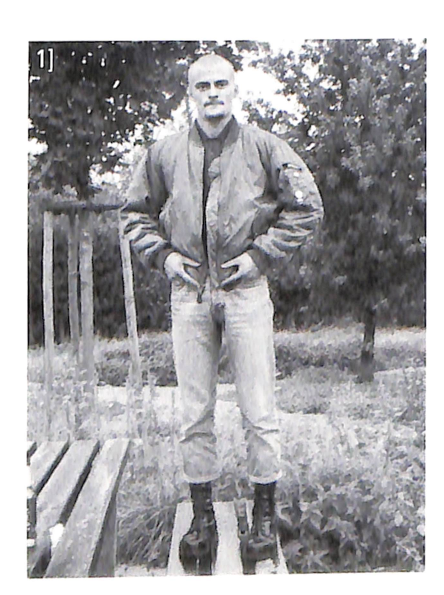
1| Abgabeschluss des Artikels war der 14. März 2005

Lesetipps zur NPD in NRW: LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW, Nr. 18 (Herbst 2004), Nr. 19 (Winter 2004/2005) und Nr. 20 (Frühjahr 2005, erscheint am 1.Mai 2005)
Kontakt:
LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen
lotta@koma.free.de
www.free.de/lotta

Terrorpläne vor Gericht

Er sei »nationaler Sozialist« und Antizionist, aber kein Antisemit, wollte Martin Wiese vor dem Bayrischen Obersten Landgericht klargestellt haben. Und schob, von den Prozessbeteiligten unwidersprochen, eine kaum verholene Holocaustleugnung nach: »Der Holocaust, wie es genau gewesen ist, kann ich nicht beurteilen, ich war nicht dabei«.

» Am Tag zuvor hatte er sich mit einer 18-seitigen Erklärung erstmals ausführlich zu den Tatvorwürfen geäußert, für die er sich mit Alexander Maetzing, Karl-Heinz Statzberger, David Schulz, und – in einem Parallelprozess – Ramona Schenk, Monika Stillger, Jessica Fasel, Andreas Joachim und Thomas Schatt in München verantworten muss. Es hätte nie Pläne gegeben, die politischen Ziele mit Gewalt und terroristischen Mitteln zu verfolgen, betonte der frühere Anführer der »Kameradschaft München«, deren Mitglieder nun wegen Sprengstoff- und Waffendelikten und Anschlagsplanungen angeklagt sind. Ganz im Gegenteil, die Münchner Linke sei vielmehr brutal, die Münchner PDS halte sich gar einen »bewaffneten Arm«, und die konspirative »Schutzgruppe« der »Kameradschaft Süd«, die sonntags in den Wäldern von Lohhof und Mühltal den Nahkampf probte, sei nur zum Schutz der Demonstrationen und Veranstaltungen aufgestellt worden. Zwölf Prozesstage lang wurde diese Behauptung von allen Angeklagten, Verteidigern und fast allen ZeugInnen mantrahaft wiederholt und die relativ lustlos wirkende Bundesanwaltschaft hatte bis dato wenig Belege präsentiert für ihren Hauptvorwurf, die Gruppe habe einen Bombenanschlag auf die Grundsteinlegung für das neue jüdische Gemeindezentrum am 9. November 2003 auf dem Münchner St.-Jakobs-Platz geplant und vorbereitet. Mit den für Wiese völlig überraschenden Teilgeständnissen von Alexander Maetzing und David Schulz am 8. März 2005, wenige Minuten vor seiner eigenen Aussage, brach aber das so sicher geglaubte Verteidigungskonzept, »nur« an das Verspritzen von Schweineblut und Verteilen von Flugblättern sei gedacht worden, in sich zusammen. Der mit Steven Zietal und Marcel Kuhnt auf einer Fahrt von Menkin nach Polen ausgegrabene Granaten-Sprengstoff und das aus einer Panzerfaustgranate entnommene TNT hätten danach, zumindest in der Zukunft, für Anschläge benutzt werden sollen. Wie hochgerüstet die Neonaziszene bundesweit ist, zeigte sich deutlich im bisherigen Prozessverlauf: Über Andreas Joachim (Brüssow), der mit Wiese in Pasewalk aufwuchs, besorgten sich die Münchner Neonazis sechs Pistolen mit je 50 Schuss Munition für 4000 Euro beim mittlerweile verstorbenen Naziwaffenhändler Peter Böttcher in Güstrow. Wiese hatte eigentlich auch vier Maschinenpistolen beschaffen wollen, aber Joachim angeblich die Bestellung nicht weitergeleitet. Zünder und Rohrbombenhülle gab es bei den Uckermärkischen Militariafanatikern und laut Zeugenaussagen auch über den bisher nicht angeklagten Dirk Bahlmann (Löcknitz), der Verbindungen zu südafrikanischen Diamantminen haben soll. Dominik Baumann (München), dessen Verfahren noch bevorstehen soll, war in großen Teilen der Szene für seine Kalaschnikow-Sammlung bekannt. Die Herkunft der bei Wiese aufgefundenen Handgranate ist noch nicht geklärt. Laut Andreas Joachim habe Wiese überlegt, diese oder eine Bombe vom Motorrad aus in die Grundsteinlegungsfeier zu werfen.


[1] Alexander Maetzing überraschte das Gericht mit einem Teilgeständnis.

Wegen Erkrankung seiner Rechtsanwältin wird Martin Wiese seit dem 19. Januar von Gerald Aßner (München) und dem bekannten Regensburger Szene-Anwalt Günther Herzogenrath-Amelung verteidigt. Dass die gemeinsame Verteidigungsstrategie der Anwälte zusammengebrochen ist, dürfte nicht unerheblich an dessem Auftreten im Gerichtssaal gelegen haben. In Fragen (»Was halten Sie von Herrn Hitler?«) und Kommentaren lässt er oft seiner eigenen neonazistischen Einstellung freie Bahn. Nicht zuletzt dadurch bekommt Martin Wiese in letzter Zeit mehr und mehr einen Märtyrerstatus in der Neonaziszene, da er bisher auch nur die unumstößlich feststehenden Waffen- und Sprengstoffbeschaffungen zugegeben



V.i.S.d.P M. Boettcher, Königstr. 46, 45881 Gelsenkirchen



20. augus

kein raum für die verl
lichung des nationals
www.ns-verherrlichun





chistischer
tag:
herrlichung
ionalsozialismus
n

st 2005 in wunsiedel

drehung der geschichte kein ort für die verherr-
sozialismus stoppen wir den rudolf-hess-marsch
ng-stoppen.tk



hat. In seiner neuesten Version, die Waffen nur für einen seriösen Abnehmer gekauft zu haben, dessen Namen er nicht nennen dürfe (»Ich habe ihm mein Ehrenwort gegeben«), damit dieser wiederum die politische Arbeit der Kameradschaft Süd finanziere, verstrickte er sich aber schon nach kurzer Zeit in heillose Widersprüche. Dem Neonazi Ringo Frimmel, der 2001 in Ehingen und Ulm an rassistischen Angriffen beteiligt war, versuchte Wiese im April 2004 einen mit Hakenkreuz verzierten Kassiber zukommen zu lassen: »Natürlich hat sich nichts an meiner Einstellung zu Führer, Volk und Vaterland geändert. Ich werde erst ruhen, wenn der Endsieg gefeiert wird. Heil Hitler!« Zunehmend mehr Teile der Neonaziszene scheinen prompt wieder hinter ihm, der nur »Opfer« von »deals« der BAW mit den anderen Angeklagten sei, zu stehen. So konnte Wiese, der seit Januar 2005 auch in der HNG-Gefangenenliste[1] geführt wird, im Gericht schon die »Kameraden« Uwe Meenen (Deutsches Kolleg, NPD-Unterfranken, Würzburg) und Norman Kempken (Anti-Antifa-Aktivist, Nürnberg) begrüßen, regelmäßig wird der Prozess auch von den jetzigen »Führern« des »Aktionsbüros Süddeutschland«/«Kameradschaft München«, Norman Bordin und Hayo Klettenhofer sowie Roland Wuttke (NPD-Kreisvorsitzender München), besucht. Zahlreiche Zeuginnen und Zeugen bestätigten, dass Martin Wiese bestens mit der NPD Ober- und Niederbayern, der verbotenen »Fränkischen Aktionsfront (FAF)«, Wuttkes »Demokratie direkt« und der »Deutschen Partei« zusammenarbeitete. Alle diese Gruppen sollen auch in die von FAF und »Aktionsbüro« gegründete »AG Bayern« einbezogen gewesen sein und hätten eine gemeinsame Kampagne gegen das Zentrum der Israelitischen Kultusgemeinde, welches die Angeklagten gerne »KZ« oder »JKZ« nennen, vorgehabt. Wenig Aufklärung erbrachte der Auftritt von Didier Magnien, V-Mann des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, der über langjährige Kontakte in der bayerischen Neonaziszene u.a. über die NPD/JN und den Münchner Fred Eichner (ehem. Bundesvorsitzender des »Nationalen Blocks«) das Vertrauen Wieses erlangen konnte. Der ehemalige Fallschirmjäger der französischen Armee hatte die »Anti-Antifa-AG« innerhalb der »Schutzgruppe« um Kathrin Quaißer und Monika Stillger nicht nur Nahkampf gelehrt, sondern sie auch mit einer hochauflösenden Kamera versorgt, das Observieren politischer GegnerInnen beigebracht und eine Liste Münchner und überregional aktiver linker Gruppen und Einzelpersonen, z.T. mit Adressen, mitgebracht. Monika Stillger plante er für die Anti-Antifa über Ingolstadt oder Augsburg zuerst in Nürnberger, dann in Münchner Antifazusammenhänge einzuschleusen. Für »Schutzgruppe« und »Aktionsbüro« installierte er das Verschlüsselungsprogramm PGP, führte Decknamen und Treff-Codes ein, weil er, wie er sagte, Razzien und Festnahmen durch die bayerische Polizei, wie bspw. am 20. April 2003 in Grainau, verhindern wollte. Dort, beim AG-Bayern-Lager, schlug Magnien persönlich ein Selbstmordattentat auf dem Münchner Marienplatz vor. Gefährlich sei das aber nicht gewesen, »weil niemand den Mut dazu gehabt hätte«, wobei, dies ergab die Raumüberwachung in Wieses Wohnung, Monika Stillger diesen Plan später durchaus mit Statzberger und Schatt diskutierte. Magnien (geb. 1969 in Nantes), Gründungsmitglied der rechten französischen Terrorgruppe PNFE, der zeitweise auch bei Anton Pfahler (ehem. Wehrsportgruppe Hoffmann) auf dem früheren »Deutsche-Stimme«-Gelände in Sinning wohnte, sparte sich kritische Fragen zu seiner eigenen Rolle. Es hätte »keine Anschlagspläne gegeben« und die Fragen seien »nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt«. ■



Die Angeklagten [1] Karl Heinz Statzberger und [2] David Schulz waren regelmäßige Teilnehmer an Neonazi Demonstrationen.

1| Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG), sie auch AIB Nr. 46, S. 28.

Pro Köln auf Profilsuche



[1] Manfred Rouhs wäre gern »Stachel im Fleisch des politischen Establishment«.

Am 26. September 2004 zog die selbsternannte »Bürgerbewegung Pro Köln« mit knapp fünf Prozent der Stimmen in den Rat der Stadt Köln und alle Bezirksvertretungen ein. Weit über 16.000 WählerInnen hatten ihr Kreuz bei der extrem rechten Organisation gemacht. Doch zeigt die Strategie, sich bis zur Selbstverleugnung als respektable Bürgervertreter zu gerieren, auch in der parlamentarischen Arbeit Erfolg?

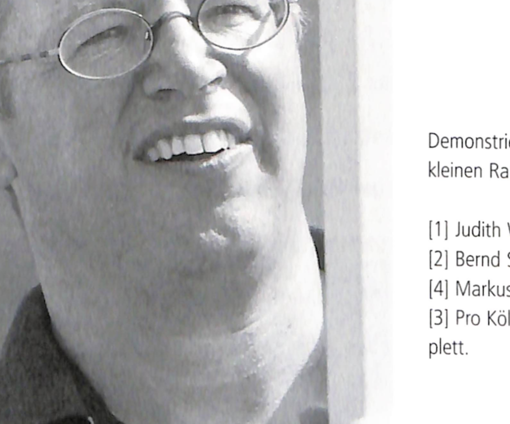
Pro Köln jedenfalls sieht langfristige Perspektiven: »Wir werden bei der Kommunalwahl 2009 die Verhältnisse im Rat noch weit gründlicher umkrempeln, als wir es 2004 getan haben« erklärt Manfred Rouhs, der neben seinem Sitz im Stadtrat offiziell weiterhin nur das Amt des Schatzmeisters bei Pro Köln begleitet, jedoch immer noch als deren eigentlicher Kopf anzusehen ist. Von einem »Umsturz der Verhältnisse« war bislang wenig zu spüren. Nachdem die Bürgerbewegung in Fraktionsstärke in den Rat und mit Mandaten in alle Bezirksvertretungen eingezogen war, beschäftigte sie sich vor allem mit einem Thema: mit sich selbst. Man inszenierte sich als Opfer eines »Kartells der Altparteien« und beschwerte sich bitterlich über die Versuche, die »rechten Schmuddelkinder« aus dem parlamentarischen Alltagsgeschäft auszugrenzen. Die Ratsausschüsse würden so verkleinert, dass Pro Köln kein Stimmrecht mehr bekommen sollte, es würden keine Büroräume zur Verfügung gestellt und der Personalkostenzuschuss sei auf ein Minimum gekürzt worden. Pro Köln werde diskriminiert, klagte Judith Wolter, die ihren Parteivorsitz an den Leverkusener Anwalt Markus Beisicht abgegeben hatte. Die vierköpfige Pro Köln-Fraktion, die neben Rouhs und Wolter aus Bernd-Michael Schöppe und Regina Wilden besteht, begann einen Sandkastenkrieg, drohte rechtliche Schritte an und zog mit ihren Anträgen auf geheime Wahl bei Personalentscheidungen die Sitzungen unendlich in die Länge. Schließlich musste der Rat zumindest teilweise klein beigeben.

Als »Stachel im Fleisch des politischen Establishment« benennt Pro Köln ihr Engagement gegen den kölschen Klüngel, das sich jedoch nicht in der Kritik an Korruption und Seilschaften begünstigenden Strukturen manifestiert, sondern darin, die vermeintlichen oder tatsächlichen Verstöße einzelner Personen anzuprangern. Die Organisation inszeniert sich als Vertreter der Interessen des »kleinen Mannes« und perpetuiert das kleinbürgerliche Ressentiment gegen MigrantInnen, Schwule, Drogenabhängige, Linke und andere. Man klagt gegen die Erhöhung der Hundesteuer für Sozialhilfeempfänger und fordert gleichzeitig, keine Gelder mehr für »Multi-Kultopia« zu verschwenden. Man fordert nachdrücklich den Erhalt deutscher Standorte und Arbeitsplätze und beschwert sich darüber, dass ein Vertreter der VVN vor einer Sitzung der Bezirksvertretung reden dürfe. Das große Thema und ein eindeutiges Profil haben die Rechtsextremen noch nicht gefunden. »Entgleisungen« und bewusste provozierte Skandale wie die der NPD im sächsischen Landtag gibt es bei Pro Köln



nicht. Man ist sichtlich darum bemüht, sich als durch und durch demokratische Vereinigung zu präsentieren. Als »Kreidefresser«, die jedoch unfähig zur Sachpolitik seien, bezeichnet Jörg Detjen, Abgeordneter der PDS, die Mandatsträger von Pro Köln. Claus Ludwig vom Bündnis gegen Sozialraub spricht von Wölfen, die sich konsequent das Schaffell übergezogen hätten und dadurch ein »gewisses Level an passiver Unterstützung« erhalten würden.

Die Bürgerbewegung verfolgt eine Doppelstrategie, die davon geprägt ist, sich einerseits als einzig wahre Opposition gegen »die da oben« zu gerieren, andererseits sucht sie beinahe krampfhaft den Anschluss an die bürgerliche Mitte. So diente man sich der CDU als Unterstützer für die geplante Unterschriftenaktion gegen den EU-Beitritt der Türkei an. Der neueste »Coup« ist eine Resolution zum 8. Mai, die fast wortwörtlich dem Antrag der Christdemokraten aus Berlin Steglitz-Zehlendorf übernommen wurde. Darin werden die deutschen Täter zu Opfern der Roten Armee und eines »sinnlosen Bombenkrieges« gemacht. Der Resolution wollte jedoch in Köln keine andere Partei zustimmen, genauso wenig wie dem Antrag gegen den Bau einer Großmoschee, gegen die Pro Köln schon im Wahlkampf mobil gemacht hatte. Auf Dauer lässt sich das den AnhängerInnen wohl kaum als Erfolg verkaufen. Für AntifaschistInnen ist das aber noch kein Grund zum Aufatmen. Pro Köln unterhält mit den ihnen zugewiesenen Geldern einen hauptamtlichen Apparat, über den nicht nur rechte Propaganda betrieben werden kann, sondern auch die Verwirklichung weiterer Projekte möglich erscheint. Die Mitarbeit in einer breiten Volksfront von Rechts wird Pro Köln wohl kaum erstreben. Zwar hat die Vereinigung in den letzten Jahren sehr gut mit den Freien Kameradschaften und der NPD zusammengearbeitet, inzwischen geht man nach außen hin jedoch auf größtmögliche Distanz zu den »Verfassungsfeinden«. Zwei weitere Optionen kommen in Betracht. So könnte Pro Köln sich tatsächlich auf lokaler Ebene verfestigen. Dabei müsste über den inhaltlichen Zuspruch hinaus eine organisationale Verankerung in der Bevölkerung gefunden werden. Bislang scheint das noch nicht der Fall zu sein. Zu den – im Gegensatz zum Wahlkampf sehr seltenen – Kundgebungen beispielsweise erscheinen kaum mehr als die 10-15 Personen, die zum harten Kern von Pro Köln gehören. Die andere Option ist die einer bundesweiten Ausdehnung. Mit der Gründung der Bürgerbewegung Pro Deutschland, der Manfred Rouhs als Vorsitzender angehört, wurde dieser Versuch bereits unternommen. Ziel ist die Etablierung einer neuen rechtspopulistischen Organisation, die nach Eigenaussage alle »zukunftsorientierten Patrioten« vereinen möchte. Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten. Eine charismatische Führerfigur im Stile eines Ronald Schills ist noch nicht in Sicht, das Potential an Wählerstimmen wäre auf jeden Fall vorhanden. ■



Demonstrieren gern im kleinen Rahmen:

[1] Judith Wolter
[2] Bernd Schöppe
[4] Markus Beisicht
[3] Pro Köln - fast komplett.



Fortsetzung einer sehr alten repressiven Politik

*Interview mit **Sigrid Töpfer***
Sie ist seit 23 Jahren Rechtsanwältin und Mitglied im Hamburger Flüchtlingsrat und im Republikanischen Anwaltsverein.

Seit dem 1. Januar 2005 ist das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten. Dieses neue Gesetz ist nach jahrelangen Diskussionen in den Parteien zustande gekommen und beinhaltet umfangreiche Veränderungen bereits bestehender Gesetze. Die wesentlichsten Neuerungen und die Konsequenzen für die Betroffenen sollen hier kurz dargestellt werden.

Die Intention des neuen Gesetzes war, die Einwanderung zu ermöglichen, Integration zu fördern und Flüchtlinge besser zuschützen. Sind diese formulierten Ziele erreicht worden?

Nein, keines dieser Ziele, ist erreicht worden, wobei man auch ernsthaft bezweifeln darf, dass es so wie es formuliert war auch politisch gewollt ist. Eine Einwanderung im eigentlichen Sinne wird nur noch hochqualifizierten Personen ermöglicht. Im Bereich der Flüchtlingsmigration, die aber auch erheblich eingeschränkt ist, bzw. auch für anerkannte Flüchtlinge, ist das neue Gesetz mit wesentlichen Verschlechterungen verbunden. Ansonsten ist Einwanderung ausgeschlossen, weil Sie nur im Rahmen von Familienzusammenführung stattfindet. »Integration fördern« ist erstmals im Gesetz aufgenommen worden, wenn man das hört denkt man das ist etwas positives und freiwilliges. Natürlich ist es gut Sprachkurse, politischen Unterricht und ähnliches anzubieten. Aber erstens ist die Qualität dieser Kurse ungeklärt und zweitens ist Tatsache das dies verlangt wird, um daran Sanktionen knüpfen, z.B. bestimmte Erlaubnisse nicht erteilen zu können. Das ist ein zweischneidiges Schwert. Was gesellschaftlich dabei rauskommt wird man erst im Nachhinein beurteilen können.

Wie sehen die Kernpunkte des Zuwanderungsgesetzes aus?

Das Zuwanderungsgesetz ist ein Oberbegriff, es enthält mehrere Artikel und jeder Artikel entspricht wieder einem neuen Gesetz. Am grundsätzlichsten wurde das Ausländergesetz geändert, welches jetzt Aufenthaltsgesetz heißt. Und innerhalb des Aufenthaltsgesetz wird politisch etwas fortgesetzt was im Jahre 1990 im alten Ausländergesetz schon begonnen wurde. Es ist die Fortsetzung einer sehr alten repressiven Politik, welche im Kern zwei Prinzipien hat: Zum einen, neue Einwanderung so gut wie zu verhindern und zum anderen, diejenigen die keinen gesicherten Aufenthalt haben los zu werden. Das bedeutet massive Abschiebungen und gleichzeitig eine Abschottung nach Europa und Deutschland hinein.

Es wurden die Nachfluchtgründe abgeschafft. Was waren die Nachfluchtgründe und was bedeutet diese Änderung für die Betroffenen?

Politische Nachfluchtgründe sind, das Entfalten von Exilaktivitäten von Flüchtlingen, die erfolgreich das Heimatland verlassen haben. Diese Aktivitäten wurden und werden in aller Regel schon während des Asylverfahrens betrieben und werden nun nicht mehr einen Asylanspruch begründen können. Das ist ein Prinzip womit, wenn man sich Ausweisungs- und Abschiebegründe anguckt, politische Aktivität im Exil unterbunden werden soll. Wenn Menschen fundamental das Heimatland kritisieren oder auch bestimmte politische Prinzipien, die hier geübt werden, können diese dann kriminalisiert werden. Das ist eine erheblich Veränderung und macht klar, dass nur das was in der Heimat zur Verfolgung geführt hat, (worüber man oft sehr schlecht Beweis führen kann) zu einer Asylanerkennung führen kann. Ein Teil der Anerkennungen, nämlich nur aufgrund von politischen Nachfluchtaktivitäten, wird es in Zukunft nicht mehr geben können.

Im neuen Gesetz wurde die Regelprüfung eingeführt und in letzter Zeit werden verstärkt Widerrufsverfahren eingeleitet. Was bedeutet das für die Betroffenen?

Regelprüfungen bedeutet, das eine Asylanerkennung alle drei Jahre automatisch überprüft und entschieden wird, ob Sie widerrufen werden muss. Ein Widerruf wird meist dann eingeleitet, wenn sich die politischen Vorraussetzungen im Heimatland geändert haben. Diese Widerrufe sind eine unfassliche Erschwernis. Die Menschen werden ja sowieso nur zu einem geringen Prozentsatz anerkannt und einige sind verfolgt oder gefoltert worden. Sie werden nie wie-



der eine Lebensruhe bekommen. Nach dieser Regelung müssen sie alle drei Jahre damit rechnen abgeschoben zuwerden, dass ist aus der Sicht der Betroffenen der helle Wahnsinn. Diese Regelung gilt dann für die neuen Asylfälle ab Januar 2005. Aus politischen Gründen gibt es schon jetzt eine große Anzahl von Wiederrufsverfahren. Diese Verfahren sind unabhängig von der drei Jahresfrist. Sie sind das Ergebnis von politischer Diskussion und insbesondere das Ergebnis von Diskussionen innerhalb der Innenministerkonferenz (IMK), die sich zusammen setzt aus sämtlichen Länderinnenministern und des Bundesinnenministeriums. Die letzte IMK war im November in Lübeck und dort wurde vereinbart, bei der nächsten Konferenz im Juni eine massenhafte Abschiebung von Irakern und Afghanen zu beschließen. Es wurde eine letzte 6 Monatsfrist ins Auge gefasst, um dort die politischen Verhältnisse zu kontrollieren. In diesem Zusammenhang ist das Bundesland Hamburg interessant. Hamburg hat ein starkes politisches Interesse die Afghanen loszuwerden. Es gab eine Beschlusslage bei der IMK, im Moment Afghanistanrückführungen noch nicht konkret anzutasten. Man weiß durch Anwaltsdelegationen, dass die afghanische Regierung mitnichten daran interessiert ist Tausende Afghanen zu empfangen. Der andere Punkt ist logistisch eine Abschiebung von mehreren tausend Menschen möglich zu machen. Faktisch ist bereits geklärt, dass Hamburg aus diesem integrierten Zusammenhang ausscheren will. Das Bundesamt hat bereits begonnen die Asylverfahren von männlichen Afghanen, die nicht in Familienzusammenhängen leben und »kriminell« geworden sind zu widerrufen. »Kriminell« bedeutet, das diese Personen, den im Strafrecht absolut geringen Geldstrafensatz von 50 Tagessätzen erfüllt haben. Das liegt deutlich unter der Vorstrafengrenze und hier lässt sich deutlich sehen, was der politische Wille ist. Der Druck, der nach Auffassung des Senats, auf Hamburg lastet, ist die Tatsache, dass etwa 10 000 Afghanen, von insgesamt nur 20 - 25 000 bundesweit, in Hamburg wohnen. Daher haben andere Bundesländer auch gar nicht den Druck Afghanen früh loszuwerden und wären bereit, sich an einer Dauerbleiberechtsregelung für Afghanen zu beteiligen. Hamburg möchte dies nicht und viele oder fast alle von diesen 10 000 abschieben.

Welche Bedeutung, welche Auswirkungen wird das neue Gesetz haben?

Das jetzige Zuwanderungsgesetz ist eh ein Stückwerk. Es ist von der Regierung nach seinen ersten Entwürfen schon mal zurück genommen worden. Dann ist es auf Druck der CDU im Bundesrat soviel verbogen und verändert worden, dass es kaum noch erkenntlich ist und man es wirklich als eine Reformruine bezeichnen kann. Interessant ist, dass es in dieser Form nicht lange Bestand haben wird. Es gibt verschiedene EU- Richtlinien, die Gesetzes oder Verordnungscharakter haben, die durch die EU Kommission vorgeschrieben werden, gegen die das Zuwanderungsgesetz verstößt. Eine davon ist die Freizügigkeitsrichtlinie. Die Nationalstaaten haben bis zum 30. April 2006 diese Richtlinie in ein innerstaatliches Gesetz umzuwandeln. Das betrifft Aufenthaltsrechte, Familienzusammenführung, Abschiebeschutz von Drittstaatsangehörigen. Da verhält sich das deutsche Recht absolut EU Vertragswidrig. Insbesondere Abschiebe- und Ausweisungsregeln des deutschen Gesetzes sind bereits heute EU Rechtswidrig und werden deshalb vom europäischen Gerichtshof aufgehoben. Das bedeutet, das dieses Gesetz in ganz entscheidenden Bestimmungen 2006 bereits wieder geändert werden muss.

Vielen Dank für das Gespräch ■



Tod in Dessau

Am 7. Januar 2005 verbrannte Oury Jalloh in einer Zelle des Dessauer Polizeireviers. Die Todesumstände des Flüchtlings aus Sierra Leone sind, um es moderat zu formulieren, undurchsichtig. Die offizielle »Feuerzeugtheorie«, die von der zuständigen Staatsanwaltschaft multipliziert wird, strotzt vor Widersprüchen.

Ein Beitrag der Antifa Dessau, Pressegruppe

c/o Infoladen
Schlachthofstr. 25
06844 Dessau

e-mail:
offensive@systemli.org

» In einer am 15. Februar 2005 verbreiteten Pressemitteilung listete die ermittelnde Behörde minutiös ihre Version der Ereignisse auf. Pikanterweise spart sie eine genaue Beschreibung der entscheidenden Minuten aus. Nach seiner Einlieferung gegen 8.30 Uhr erfolgte 10 Minuten später eine Durchsuchung im Untersuchungsraum. Nach einer anschließenden ärztlichen Untersuchung fixierten ihn Beamte in der Zelle mit Hand- und Fußfesseln an das Bett. Kurz vor 12.00 Uhr stellte der wachhabende Dienstgruppenleiter die Wechselsprechanlage, welche die Zelle akustisch mit dem Wachraum verbindet, leise, um ein Telefonat führen zu können.

Seine ebenfalls anwesenden Kollegen sollen die Anlage laut Staatsanwaltschaft »unverzüglich wieder auf laut gedreht haben«, so dass »die akustische Verbindung (...) nur kurze Zeit unterbrochen war«. Schließlich nahmen der Dienstgruppenleiter und seine Kollegen »zwischen 12:04 und 12:09 (...) über die Wechselsprechanlage ein plätscherndes Geräusche wahr und der Rauchmelder schlug an. Weil in der Vergangenheit mehrere Fehlalarme stattfanden, stellte der Dienstgruppenleiter den Alarm ab.« Später wurden diese Angaben konkretisiert. Oury soll es gelungen sein, trotz Durchsuchung, ein Feuerzeug in die Zelle zu nehmen und sich damit im gefesselten Zustand selbst zu entzünden.

Unbeantwortete Fragen

Viele Fragen sind bis heute offen. Wie konnte das Feuerzeug in die Zelle gelangen? Verfügte Oury trotz Fesselung über genügend Bewegungsfreiheit, um das Feuerzeug zu bedienen? Wie war es möglich, eine feuerfeste Matratze zu entzünden? Die Antworten von offizieller Seite, soweit es welche gibt, sind zum Teil unglaubwürdig oder gar hanebüchen. Die offenbare Verschleppungstaktik wurde erst partiell aufgegeben als der mediale Druck zu groß wurde. Selbst der Bund der Kriminalbeamten, der nicht gerade dafür bekannt ist, gegen den Corpsgeist innerhalb der Polizei resolut vorzugehen, übte heftige Kritik. Letztlich wird gegen drei Polizeibeamte ermittelt. Gegen den Dienstgruppenleiter, der zwischenzeitlich versetzt und danach vom Dienst suspendiert wurde, steht der Tatverdacht der Körperverletzung mit Todesfolge im Raum, den anderen zwei Beamten wird fahrlässige Tötung vorgeworfen. Bereits vor zwei Jahren verstarb in der Schicht desselben Dienstgruppenleiters ein Mensch im Dessauer Polizeirevier.

Auf Initiative des PDS-Landtagsabgeordneten Matthias Gärtner beschäftigte sich der Innenausschuss des Magdeburger Landtages mehrmals mit dem Fall. Dort waren Details zu erfahren, die kein gutes Licht auf die Exekutive werfen. So hatten die Polizeibeamten in der ersten Vernehmung



nicht erwähnt, dass Oury zur Zeit des Brandes gefesselt war, auch war während der gesamten Festnahmesituation kein Dolmetscher anwesend.

Widerstand

Da diese Praxis in Dessau kein Einzelfall zu sein scheint, demonstrierten vierzehn Tage nach dem Tod Ourys AntirassistInnen »Für eine schnelle Aufklärung und gegen rassistische Polizeiwillkür«.

Immer wieder kam es zu ethnisch motivierten Polizeikontrollen. Oft werden afrikanische Flüchtlinge unter Einsatz von Gewalt, aufs Polizeirevier verbracht. Viele trauen sich wegen laufenden Asylverfahren und der Gegenanzeigepraxis der Polizei nicht, diese Vorgehensweise öffentlich zu. Keine der im Stadtparlament vertretenden Parteien hat bisher ein Wort des Bedauerns gefunden oder eine schnelle Aufklärung gefordert. Eine Tatsache, die uns in einer Stadt, in der der Oberbürgermeister dafür wirbt, einen Neonaziaufmarsch zu ignorieren, nicht wirklich wundert. ■

»Heldenverehrung und Traditionspflege«

»Bezirksamt Mitte genehmigt Grabstein für Nazi-Minister« titelte am 30. August 2004 der Tagesspiegel im Lokalteil. Vorausgegangen war der seit 1990 andauernde Versuch von Ilsebill Todt, der 82jährigen Tochter des ehemaligen ranghohen Nazifunktionärs und Ministers für Bewaffnung und Munition Fritz Todt, anstelle der bisherigen anonymen Grabstelle auf juristischem Weg einen »angemessenen« Gedenkstein zu erkämpfen. Während Bezirksbürgermeister Joachim Zeller, Landesvorsitzender der Berliner CDU, Ende August 2004 gemeinsam mit der grünen Baustadträtin Dorothee Dubrau seine Zustimmung für die geforderte Grabstätte erteilt hatte, musste dieser Beschluss infolge zahlreicher Presseberichte und einem darauf folgenden erneuten Votum der Bezirksverordnetenversammlung im September 2004 widerrufen werden[1].

Die steile Karriere des überzeugten Nationalsozialisten Todt

Fritz Todt, Jahrgang 1891, war ein Nazi der ersten Stunde. Nach seiner Teilnahme am 1. Weltkrieg trat er 1922 in die NSDAP ein und avancierte 1931 zum SA-Standartenführer im Stabe Röhms. Seine erfolgreiche Laufbahn in der NS-Hierarchie durchlief Todt in nur wenigen Jahren: vom Fachberater im Amt für Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffung stieg er 1933 zum Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen und Leiter des Reichsautobahnbaus auf. 1934 war er Leiter des Amtes Technik und Präsident des NS-Bundes Deutscher Techniker, ab 1938 im Rang eines SA-Obergruppenführers Generalbevollmächtigter im Vierjahresplan und als Chef der »Organisation Todt« (OT) verantwortlich für das gesamte Bauwesen und die militärischen Befestigungen des Reiches, somit auch für den Bau des Westwalls und die Errichtung von U-Boot-Bunkern. In der OT wurden bis Kriegsende mehr als 1,4 Mio. Menschen als ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene ausgebeutet und gequält. Nach der Ernennung zum »Generalmajor der Flieger« 1939 trat Todt im März 1940 das Amt des Reichsministers für Bewaffnung und Munition an. Hitler verlieh ihm als Erstem den »Deutschen Orden« »für besondere Verdienste um Volk und Reich«. Hitlers Traueransprache nach Todt's tödlichem Flugzeugabsturz im Februar 1942 endete mit den Worten: »Ich habe in diesem Mann einen meiner treuesten Mitarbeiter und Freunde verloren. Ich fasse seinen Tod auf als einen Beitrag der nationalsozialistischen Bewegung zum Freiheitskampf unseres Volkes«.

In den politischen Fußstapfen des verehrten Vaters

lsebill Todt, deren Anliegen die posthume Ehrung ihres Vaters ist, pflegt selbst gute Kontakte zu extrem rechten und neofaschistischen Kreisen. Neben der Teilnahme an den »4. Kulturtagen« des Kulturwerks Österreichs im Oktober 1995 – anwesend war u. a. die Ehefrau von Thies Christophersen dem Autor des Buches »Die Auschwitz-Lüge« – taucht die

60 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus gilt es zu verhindern, dass sich der Invalidenfriedhof im Berliner Bezirk Mitte zu einer Pilgerstätte für Alt- und Neonazis entwickelt. In direkter Nachbarschaft des Bundeswehrkrankenhauses liegen dort zahlreiche preußische Militärs, Offiziere des 1. Weltkrieges und NS-(Kriegs)verbrecher begraben. Im Herbst vergangenen Jahres geriet der Skandal um einen Grabstein für den NS-Rüstungsminister Fritz Todt in die Öffentlichkeit. Berliner Kommunalpolitiker beteiligten sich dabei aktiv an einer Entlastung und Verharmlosung dieses nationalsozialistischen Täters.



[1] Fritz Todt soll nach Willen seiner Tochter Ilsebill Todt wieder mit einem Grabstein geehrt werden.

1| Berliner Zeitung, 18.09.2004
2| blick nach rechts, 20.09.2004







[1] Wehrmachts-Oberst Werner Mölders hat bereits ein Grab an welchem sich revisionistische Gruppierungen treffen können.

→ langjährige Abonnentin der »Jungen Freiheit« 1997 auf einer Spendenliste des Witiko-Bundesverbands auf.[2] Juristisch vertreten lässt sich Ilsebill Todt von dem Mannheimer Rechtsanwalt Thor von Waldstein, selbst langjähriger Akteur im braunen Netzwerk[3].

Die Schlusstrichmentalität der Bezirksregierung

Dürften den politischen Entscheidungsträgern des Bezirks Mitte auch die biografischen Hintergründe der Beteiligten hinlänglich bekannt gewesen sein, waren sie dennoch nicht gewillt, dem Grabsteinbegehren eine klare Absage zu erteilen. Die Anträge der Töchter Todt's habe man lange geprüft: »Eine Behörde ist immer daran gebunden, rechtssichere Bescheide zu erteilen, ob es einem moralisch oder politisch passt, steht außer Frage...«[4]. Bürgermeister Zeller erklärte diesbezüglich: »... nach eingehender Rechtsprüfung aller neuen Umstände sind unsere Ämter, (...) zum Ergebnis gekommen, dass die bisher ablehnende Haltung nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. (...) Ein deutsches Gericht hat den Mann freigesprochen«. Die (vorläufige) Genehmigung sei Dubrau »nicht leicht gefallen«. Heidemarie Fischer, innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion überkam zwar »das kalte Entsetzen«, aber nach nüchterner Betrachtung sei die Sache besser «nicht hochzuspielen«. Zeller argumentiert mit einem Freispruch im sog. Entnazifizierungsverfahren von 1955, in dessen Folge die Familie das Vermögen vor der Enteignung retten konnten. Todt sei kein aktiver Nationalsozialist gewesen. Prof. Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin kommentiert: »Fritz Todt war ein Nationalsozialist der ersten Garde. (...) Dokumente aus den 50er Jahren, die sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit beschäftigen, sind überhaupt nichts wert, denn damals, in diesem Klima hätte auch Adolf Hitler gute Chancen gehabt als Minderbelasteter oder als Mitläufer durchzukommen.« Nach der Verkündung des Widerrufs der Genehmigung und der plötzlichen »Erkenntnis«, der Stein könne sich zu einer »Kultstätte ultrarechter verfassungsfeindliche Kräfte entwickeln«, ist es zunächst still um den Fall geworden, dennoch stellt die unbeendete Auseinandersetzung möglicherweise einen Präzedenzfall im Umgang mit Gräbern von Nazitätern dar. Ilsebill Todt wird weiter klagen, gereichen ihr die Erfolge anderer Täter-Nachfahren zum Vorbild.

Geschichte und Gegenwart des Invalidenfriedhofs

Die erste Grabsteinlegung auf dem Invalidenfriedhof reicht in das Jahr 1748 zurück. Nachdem im Laufe des 1.Weltkrieges die Funktion eines deutschen Soldaten- und Heldenfriedhofs festgeschrieben worden war, wurden aufgrund des Alliierten Kontrollratsbeschlusses vom Mai 1946 »militaristische und nationalsozialistische Denkmäler« beseitigt. Im Zuge des Mauerbaus wurden mehr als 1000 weitere Gräber eingeebnet. Nach der Wende konnten Hinterbliebene dort Bestatteter sog. »Grabrestitutionssteine« beantragen, ausgenommen waren die Gräber von Größen des NS-Regimes. Einen positiven Bescheid zur Steinsetzung erhielten so die Nachfahren des einstigen Chefs des NS-Heerespersonalamtes und General der Infanterie Rudolf Schmundt[5]. Bereits Wallfahrtsort ist das Grab des Wehrmachts-Oberst Werner Mölders. Im 2. Weltkrieg hoch dekoriert (Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern) war er als Freiwilliger und zugleich erfolgreichster Flieger der Legion Condor am Bombenterror gegen das republikanische Spanien beteiligt. Bis heute wird Mölders, auch in der Bundeswehr, als Held gefeiert[6]. An seinem Todestag, am 22. November, halten seine alten und neuen Anhänger, unter ihnen die »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger«, in der viele ehemalige SS-Mitglieder aktiv sind, Gedenkfeiern am Grab des Kriegsverbrechers ab. Antifaschistische Traditionspflege betrieben am 63. Todestag Mölders diejenigen, die neben der Grabstelle mit der Parole »Keine Ruhe für >Vati< Mölders« an die Verbrechen der Wehrmacht erinnern wollten. Die hier aufgezeigte Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen auf Landes- und Bundesebene trifft sich mit anderen Vorgängen in der Berliner Politik, Joachim Zeller stellte sich im Februar diesen Jahres schützend vor seine Fraktionskollegen im Bezirk Steglitz/Zehlendorf, die einen geschichtsverfälschenden Antrag zur Begehung des 60. Jahrestages des Kriegsendes durchsetzten (siehe Artikel auf Seite 18). Diesen als Tag der Befreiung zu gedenken bedeutet, sich derjenigen zu erinnern, die mit ihrem Mut, dem Einsatz ihres Lebens und persönlichem Leid das Ende des nationalsozialistischen Terrors ermöglicht haben. Wer hingegen die Grabstätten für NS-Kriegsverbrechern nicht aktiv verhindert, leistet Vorschub für »Traditionspflege und Heldenverehrung«, und schafft (geistigen) Platz für neue Pilgerstätten von Alt - und Neonazis. ■

3| Vorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes 1979-82; Vorstandsmitglied »Gesellschaft für freie Publizistik«, 1989 Promotion »Die Pluralismuskritik in der Sicht von Carl Schmitt«; Verteidiger des Auschwitzleugners Fred Leuchter; Autor in »Aula«, »Junge Freiheit«, u. a.

4| Alle Zitate dieses Abschnitts aus: RBB Berlin-Brandenburg/rbb-online.de Beitrag KLARTEXT v. 08.09.2004.

5| Historiker Demps, Mitglied im Förderverein Invalidenfriedhof, bezeichnet den ehemaligen »Adjutant der Wehrmacht beim Führer und Reichskanzler«, laut Tagesspiegel vom 1.9.2004, als »honorigen Mann«.

6| Er war bis Ende Januar 2005 Namensgeber der »Werner Mölders Kaserne« in Neuburg an der Donau. Trotz Bundestagsbeschluss vom 25.4.1998 Bundeswehreinrichtungen umzubenennen, die Namen von Mitgliedern der »Legion Condor« tragen.

Aussteiger-Industrie

Aussteiger: Was sie zu sagen haben und was es uns sagen sollte ...

Diese Bücher stellen ein Stück des öffentlichen Bildes der extremen Rechten dar und viele LeserInnen und auch ZuhörerInnen bei Veranstaltungen billigen den Aussteigern eine hohe Kompetenz bei der Beschreibung und der Analyse der extremen Rechten zu. Immerhin kommen diese doch von Innen und müssen wissen wie es läuft. Beim Lesen der Bücher fällt jedoch schnell auf, dass diese Ansprüche in kaum einem der Bücher erfüllt werden, diese oftmals ein gegenteiliges Bild zeigen, als das welches im Rahmen antifaschistischer Recherche oder in der Forschung herausgearbeitet wurde. Dieses betrifft sowohl den Bereich der Ursachen, der Beschreibung der Szene, als auch der Bedeutung und der Involviertheit der Aussteigen zu. Zudem finden sich im Bereich der Aussteigerliteratur nur Personen aus dem Bereich des militanten Neonazismus. Alles andere wäre für eine Vermarktung vermutlich auch nicht gegeignet. Dieses führt jedoch dazu, das alle anderen Facetten der extremen Rechten kaum beachtet werden. Zudem vermittelt sich in großen Teilen dieser Literatur, das klassische Bild von Jugendlichen, die auf Grund von Problemen im Elternhaus oder durch den Unbill der Gesellschaft mal abgerutscht sind und sich dann raufend durchs Leben schlagen mußten.

Im folgenden haben wir einige Kritikpunkte an der Aussteigerliteratur aufgelistet. Es sind Punkte, die immer wieder in diesen Büchern auftauchen.

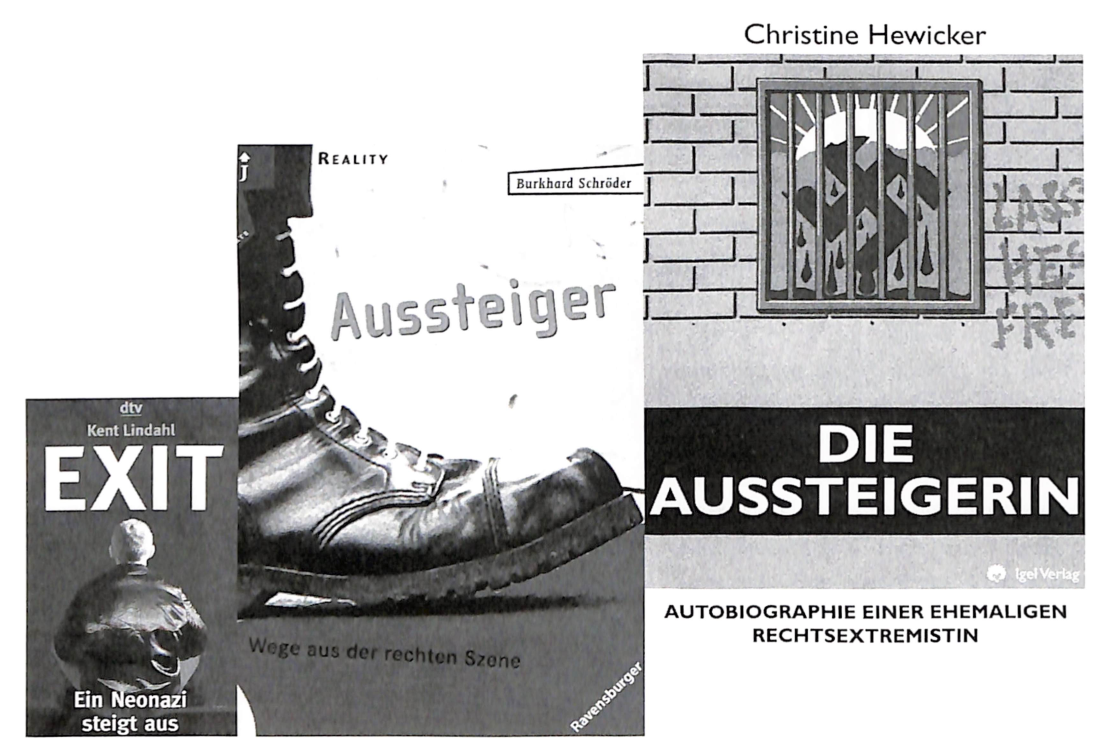
Erlebniswelt im idelogiefreien Raum

Fast alle Bücher beschränken sich auf eine Darstellung der Erlebniswelt des Neonazismus. Die vertretene Ideologie oder auch nur die Mechanismen, die zum Zusammenhalt der Szene notwendig sind werden so gut wie nie beleuchtet. Das mag daran liegen das sich wie Krimis geschriebene Bücher am besten verkaufen lassen. So beschränken sich z.B. »Der Rebell« über die Aktivitäten von Odfried Hepp oder auch »Fluchtpunkt Neonazi« von Stefan Michael Bar überwiegend auf die Schilderungen von Aktionen und Aktivitäten. Die Abwesenheit der Ideologie und der Analyse könnte damit zusammenhängen, dass die Aussteiger nicht genug Abstand zu eben dieser Ideologie haben. Dies wird deutlich wenn der aus der Rechts-Rock-Szene ausgestiegene Thorsten Lemmer den Ritterkreuzträger Erich Mende als sein neues Vorbild benennt oder wenn Odfried Hepp schreibt, das »vieles von dem, was ich anfangs in den Jugendbünden, abgesehen von der kritiklosen und inakzeptablen Verherrlichung des Nationalsozialismus, erlebt und gelernt habe ist auch heute noch Teil meiner Identität.« Wenn Hepp schreibt »als Patriot respektiere ich auch die Rechte und Gefühle anderer Völker, und als Sozialist lasse ich mich nicht freiwillig in einen verbrecherischen Krieg treiben, in dem Arbeiter aufeinander schießen und gewissenlose Machthaber und Konzernbosse davon profitieren« so zeigt er daß er das völkische Denken nicht überwunden hat und weiterhin jene nationalrevolutionären Ideen vertritt, wie in den 80er Jahren. Abgewandt hat er sich von der Gewalt, die Ideologie hat er nicht überwunden.

Je kürzer der Abstand zwischen Ausstieg und »Auftritt«, desto besser →

»Odfried Hepp war fanatischer Neonazi und in den Achzigerjahren einer der meistgesuchten Terroristen der Welt« heißt es reißerisch im jüngst erschienenen Buch »Der Rebell«. Das Buch über das bisherige Leben des in den 80er Jahren aktiven Neonazis Hepp ist nur eines von vielen in den letzten Jahren erschienenen Büchern, in denen »Aussteiger« ihre Geschichte zum besten geben. Genannt seien hier nur »Rechts Raus« von Torsten Lemmer (2004), »Fluchtpunkt Neonazi von Stefan Michael Bar (2003), »Aussteiger« (2002), »Exit« von Kent Lindahl (2001), »Ganz Rechts« von Jörg Fischer (1999) oder »Die Abrechnung« von Ingo Hasselbach (1994). Im Erscheinen begriffen ist das Buch des ehemaligen JN-Funktionärs Jan Zobel.





→ lässt sich der Aussteiger vermarkten. Das führt jedoch dazu, dass eine Reflexion, ein Prozess des Begreifens und des Umdenkens kaum stattfinden kann und die Aussteiger sich zumeist nur vom organisatorischen Zusammenhang, der Gewalt und dem unmenschlichen Umgangsformen in der Rechten distanzieren. Personen wie Jörg Fischer, welcher sich nach seinem Ausstieg lange und intensiv mit den Inhalten und dem Mechanismen der Szene beschäftigte sind die Ausnahme.

Ursachenanalyse

Fast alle Aussteiger geben die Schuld für ihre neonazistischen Einstellungen und Aktivitäten an ihre Eltern weiter. Sie alle scheinen aus kaputten Familien zu stammen. Schlagworte sind »Eltern getrennt«, »Einzelkind« (Detlef Nolde), fehlende Liebe; »dieses Gefühl dein Sohn zu sein hast du mir (...) niemals vermittelt« schreibt Ingo Hasselbach, »Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, dass er mich jemals in den Arm genommen hat« schreibt Kent Lindahl. Stefan Michael Bar ist adoptiertes Heimkind, seine gutbürgerlichen Pflegeeltern hatten seiner Ansicht nach zu wenig Zeit und kein Verständnis für ihn. Zu den wenigen Ausnahmen in der Reihe der Beschreibungen zählt Christine Hewicker, welche die Attraktivität der Aktivitäten und auch eine inhaltliche Nähe beschreibt. Viele der Berichte lesen sich wie nachträgliche Rechtfertigungen, welche mit Hilfe eines Therapeuten erarbeitet wurden. Wenn Kent Lindahl beschreibt wie er im Alter von 7-8 Jahren im Ferienlager gedemütigt wurde und einen Weg vom Opfer zum Täter beschreibt wirkt es fast lächerlich. So verständlich der Umgang der Ex-Nazis mit der eigenen Vergangenheit und das Wegschieben der Verantwortung auch ist, so entsteht hier ein falscher Eindruck. Die Soziogramme der rechten Szene weisen nach, dass es sich hierbei nicht überwiegend um Modernisierungsverlierer aus »kaputten« Elternhäusern handelt, sondern um einen Querschnitt durch die Bevölkerung, dieser findet sich in der Aussteigerliteratur nicht wieder.

Selbstdarstellung

Häufigstes Bild oder Selbstbild der Aussteiger ist das des »Rebellen«. Sie sehen sich als jene die Aufbegehren gegen die verlogene, kleinbürgerliche Welt der Erwachsenen. »Kein Bock den braven Bubi von neben an zu markieren, scheißenfreundlich und strebsam« schreibt Bar. Sie sind nur irgendwie hineingeraten, scheinbar schuldlos, eigentlich Opfer. »Die Neonazis sind die Lüge meines Lebens, die mich die besten Jahre und die halbe Jugend im Knast gekostet haben« schreibt Stefan Michael Bar. Und mutiert damit vom Täter zum Opfer. Auch Nolde schreibt »Ich habe ein Drittel meines Lebens der Doktrin >Adolf Hitler< geopfert«. Opfer der rechten Szene hingegen bleiben schattenhaft und blass. Fast alle Aussteiger beschreiben sich selbst als irgendwie intelligent, innerhalb der Szene als die mit Durchblick. »Ich habe allein diese Entscheidung getroffen und ich weiß, wie schmerzhaft die Zeit als Neonazi war (...). Das hat mir keiner abgenommen, da bin ich ganz allein durch« stilisiert sich Bar gleichzeitig als Opfer und Einzelkämpfer. Was die Ideologie betrifft finden sich einerseits Stilisierungen wie »Nolde war immer der Überzeugteste, der Fanatischste, derjenige, der immer an 'die Sache' glaubte ohne jemals zu zweifeln« nur 38 Seiten später weiß Autor Burkhard Schröder es dann allerdings besser, Nolde war Anhänger einer Ideologie die »nicht die meine (Noldes) war«. Eine Beschreibung die typisch ist. Einerseits wird die Bedeutung des Aussteigers hochgeschrieben, dann wird dessen ideologische Einbindung runtergespielt. Ein zweites, ebenso widersprüchliches Bild finden wir bei der Beschreibung der Personen, »wer ihn nur flüchtig kennt hält ihn für hart, distanziert und unzugänglich«, schreibt Schröder, in Wirklichkeit ist er jedoch ganz anders »er kann sogar, wenn er seinem Gesprächspartnern vertraut, weinen, ohne das er sich dafür schämt.« Selbstverständlich haben auch militante Neonazis Gefühle, hier mutieren

sie jedoch von Tätern zu liebesbedürftigen Opfern um die sich endlich mal jemand kümmern muß, die von allen unverstanden sind.

Harte Fakten, gute Einschätzungen?

Aussteiger kommen aus den inneren Zirkeln der Neonaziszene, zumindest einige von ihnen können oder könnten interessante Details aus dem Innenleben der Szene offen legen. In den Büchern findet sich das jedoch kaum wieder, der Bund Heimattreuer Jugend verwandelt sich bei Odfried Hepp fast in ein Pfadfinderlager, der US-amerikanische Propagandaproduzent Gary Lauck versteht es laut Bar, »NS-Schrott wie Fahnen, Armbinden und Literatur zu vermarkten, und ist allenfalls ein rechter Geschäftsmann.« Bar muß es ja wissen. Das Gesicht das Tätowierers, der ihm gerade ein Hakenkreuz sticht, ist geschwärzt, auch wenn dieser, laut Bar, ein einschlägig vorbestrafter Wehrsportaktivist ist. Einige wollen ihre alten Kameraden nicht verraten, andere hat vermutlich keiner nach genauen Informationen gefragt, denn die sind im Allgemeinen nicht verkaufsfördernd. Finden sich teilweise aussagekräftige Beschreibungen kleiner Teile der militanten Szene, so bleiben diese in den Büchern Fragmente, ohne Zusammenhang. Sachbücher über die extreme Rechte oder den militanten Neonazismus sind zwar nicht so blumenreich, aber umso aufschlussreicher.

Was bleibt

»Es hat Jahre gedauert bis ich mich auch innerlich befreien konnte« schreibt Jörg Fischer. Jahre um zu begreifen welcher Ideologie er angehangen hat und Jahre um die nötige Distanz zu bekommen. Jahre die viele Aussteiger nicht haben oder auch nicht bekommen. Medien wollen schnelle und spektakuläre Berichte. Das mag ein Grund für die flachen Bücher sein, die bis auf rühmliche Ausnahmen kaum Neuigkeiten über die Szene bringen. Im Gegenteil, vieles sind Rechtfertigungen, Externalisierungen oder Verharmlosungen. Ist das Buch von Jörg Fischer als positive Ausnahme zu nennen ist das Buch »Rechts Raus« von Thorsten Lemmer, in dem dieser den Ritterkreuzträger und Nationalen Erich Mende als ideologisches Vorbild erhebt, ein totaler Reinfall.

Gerade dieses Buch zeigt eine typische Schwäche auf, Torsten Lemmer präsentiert sich groß und breit als Aussteiger, Konsequenzen daraus werden nicht gefordert. Gerhard Zwerenz, der immerhin das Vorwort schrieb fragt auch nicht nach dem Verbleib des RechtsRock-Geschäftes von Lemmer. Hat er es gewinnbringend verkauft, seinen alten Kameraden überlassen oder was? Dass er seinen Nazischrott gewinnbringend ans Innenministerium verkaufen wollte, ist nicht gerade ein Zeichen, dass er deren Inhalt und sein Verhalten angemessen reflektiert hat. Sonst wäre ihm das wohl zu peinlich gewesen.

Die Erkenntnis, dass auch Neonazis Menschen sind, einen Alltag haben, Gefühle, Widersprüche etc. sollte als bekannt und selbstverständlich vorausgesetzt werden. Die Einblicke in das Innenleben der Szene sind klischeehaft und spiegeln vermutlich oftmals die egozentrischen Aussteiger oder die Erwartungen der beteiligten Journalisten. Burkhard Schröder schreibt: »Hätte Detlef Nolde schon vorher die Gelegenheit bekommen, andere Menschen so kennen zu lernen, er hätte viel früher die Zweifel, die sich in ihm vage regten zulassen können«. Stellt sich die Frage ob Nolde diese Chance nicht hatte. War nicht er es, der diese Entscheidung traf? Macht Schröder diese Entscheidung nicht zu etwas Schicksalhaftem und Überpersönlichem? Das Eingeständnis der eigenen Schuld und die Einsicht, dass Menschen für ihr Handeln in der Gesellschaft selbst verantwortlich sind, findet sich in der Aussteigerliteratur kaum wieder. Ebenso wenig wie eine ordentliche Analyse der Ideologie der extremen Rechten bzw. des Neonazismus.





Große Teile der Aussteigerliteratur bedienen nur die gängigen Klischees, entschulden oder pädagogisieren die Szene oder haben das Niveau eines Politthrillers. Informationen und Einschätzungen sucht man weiterhin besser in antifaschistischen oder wissenschaftlichen Publikationen. ■

»...mit der Naziriecherei Schluss machen.«

Die CDU und die »Bewältigung« der NS-Vergangenheit in der Ära Adenauer

Die Kritik des späteren Literaturnobelpreisträgers Heinrich Bölls fiel vernichtend aus. Im Spiegel hatte der Schriftsteller Konrad Adenauers soeben publizierte »Erinnerungen 1945-1953« besprochen, die Lektüre sei »niederschmetternd« gewesen. Zum einen habe Adenauer jegliche Form des Sozialismus »diffamiert«. Zum anderen sei die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik vom Bundeskanzler »mit Hinterlist und Niedertracht« vorangetrieben worden. Besonders heftig kritisierte Böll jedoch den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Adenauer-Ära: »Er bekam die Kriegsverbrecher frei, und er wurde mitschuldig an der moralischen Fäulnis, die alles zu befallen droht, was in diesem Land offiziell unter ‚Bewältigung der Vergangenheit' läuft.« Die Haltung Adenauers gegenüber Tätern und Profiteuren des NS-Regimes sei vor allem von opportunistischen Erwägungen geprägt gewesen. Demnach: »kommt (es) also gar nicht drauf an, ob einer und wie schuldig er sein mag, es kommt drauf an, ob einer noch gebraucht wird, ob seine Schuld oder Unschuld politisch gerade opportun ist [...]«

Das Werben um die »Entnazifizierten«

Mit seiner Polemik hatte Böll die Vorstellungen von »Vergangenheitsbewältigung« wie sie während der 1950er Jahre kennzeichnend waren, treffend charakterisiert. Schon kurz nachdem sie sich (neu) konstituiert hatten, begannen nahezu alle Parteien, einschließlich der SPD, das Heer der ehemaligen NS-Funktionäre und der Mitläufer des Regimes zu umwerben. Diese Gruppe stellte ein quantitativ erhebliches Potential dar. So hatten im Mai 1945 allein 600.000 Personen leitende Positionen innerhalb der NSDAP eingenommen. Die SS verfügte zu diesem Zeitpunkt über mehr als eine Million Mitglieder. Dazu kam eine unübersehbare Zahl ehemaliger »normaler« Parteigenossen und kleinerer Funktionsträger. Bezeichnenderweise verortete sich der überwiegende Teil dieses Personenkreises nicht auf der Seite der Täter, sondern begriff sich als Opfer der von den Alliierten zunächst konsequent vorangetriebenen Entnazifizierungsmaßnahmen.

Mittel- und langfristig gelang es CDU/CSU sich als die Lobbyparteien der »Entnazifizierten« zu profilieren. Die kleinen rechts von der Union stehenden Parteien waren größtenteils absorbiert und marginalisiert worden.



Dies galt für die vor allem in Niedersachsen verankerte Deutsche Partei (DP) ebenso wie für den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), der bei den Landtagswahlen in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in den Jahren 1949/1950 noch zweistellige Wahlergebnisse erzielt hatte. An Einfluss verloren auch die offen rechtsextremen Parteien, wie etwa die Deutsche Reichspartei (DRP), die als faktische Nachfolgerin der 1953 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP) in Erscheinung trat. Letztere hatte bei den niedersächsischen

Landtagswahlen im Jahr 1951 elf Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Lediglich der in zahlreichen Regionen ebenfalls äußerst rechts stehenden FDP gelang es einer Marginalisierung durch die Union zu entgehen.

Zwischen »christlicher Demokratie« und Antikommunismus

Die CDU entstand nach dem Zweiten Weltkrieg aus unterschiedlichen politischen Strömungen. Der Anspruch, eine mehrheitsfähige interkonfessionelle bürgerliche Sammlungspartei zu etablieren, stellte zu diesem Zeitpunkt zweifellos ein Novum in der deutschen Parteiengeschichte dar.

Zum ideellen Bezugspunkt der Union avancierte der nicht näher definierte Begriff der »christlichen Demokratie«, dieser konnte von den unterschiedlichen Strömungen flexibel gefüllt werden. Das »C«, so urteilt der Bochumer Historiker Frank Bösch, »gab dem katholischen Milieu und dem protestantisch-bürgerlichen Lager [...] einen gemeinsamen, individuell deutbaren und scheinbar unpolitischen Kitt, der in der konkreten Wirtschafts-, Sozial- oder Außenpolitik nur schwer zu finden war.«[1] Im positiven Bezug auf die »christliche Demokratie« war zugleich eine entschiedene normative Abgrenzung sowohl gegenüber dem historischen Nationalsozialismus, als auch gegenüber jeder Form des Sozialismus enthalten, da beide Systeme gleichermaßen als Ausdrucksformen »vermasster« Gesellschaften galten. Besonders die massive antikommunistische Rhetorik der Union trug dazu bei, milieuübergreifend in bürgerlichen Wählerschichten Fuß zu fassen. Vor allem aber gelang es auf diesem Wege, die zahlreichen ehemaligen Funktionsträger des NS-Regimes anzusprechen, ließ sich der Antikommunismus unter christlich-abendländischem Vorzeichen doch als Fortsetzung des nationalsozialistischen Antibolschewismus mit anderen Mitteln verstehen. Dieser Antikommunismus richtete sich dabei nicht nur gegen die kommunistische Regime des Ostblocks, sondern zielte darüber hinaus innenpolitisch auf die SPD, was z.B. in den berüchtigten CDU-Wahlplakaten »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau« oder »Wo Ollenhauer sät, erntet Stalin« zum Ausdruck kam.



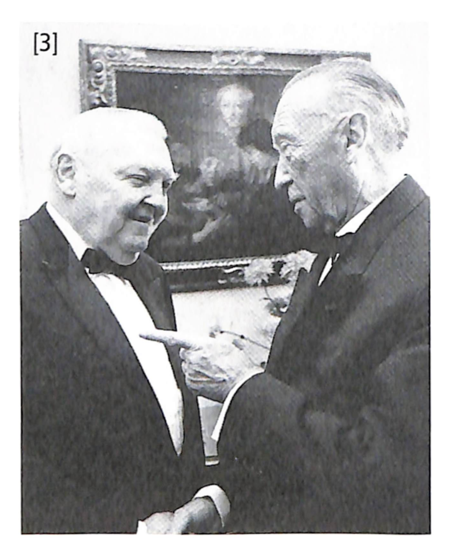
[1] Der CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer schaut sich anlässlich eines »Heimkehrertreffens« in München Bastelarbeiten deutscher Wehrmachtssoldaten in Kriegsgefangenschaft an.

»Bürgerliche Sammlung« – Die Machtstrategien der Union

Die rigorose Abgrenzung nach links zeigte sich auch in der von der Union im Vorfeld von Wahlen forcierten »Bürgerblock«-Politik. Diese intendierte, das bürgerliche Lager einschließlich des extrem rechten Randes unter der Führung der CDU auf Grundlage von Listenverbindungen und Wahlabsprachen zu einen. In Niedersachsen, wo sich die Union mit der DP, dem BHE und der DRP/SRP konfrontiert sah, die allesamt mit Wahlergebnissen im zweistelligen Prozentbereich rechnen konnten, waren die Sammlungsbemühungen der CDU besonders ausgeprägt. Anlässlich der Kommunalwahlen im Jahr 1952 erging von der Parteiführung an alle Kreis- →









[1] Der CDU-Bundesminister Franz-Josef Strauß schaut sich anlässlich einer Feier zum 10jährigen Bestehen der CDU eine Ausstellung über vermisste Wehrmachtssoldaten an.
[2] Wahlwerbung für den CDU-Kanzlerkandidaten Kiesinger von 1969
[3] Konrad Adenauer im Gespräch mit seinem Nachfolger Ludwig Erhard

→ verbände die Weisung, »einen Block der nichtmarxistischen Parteien« zu bilden. Dementsprechend entstanden auf lokaler Ebene zahlreiche Wahlbündnisse, die wie etwa in Holzminden unter dem Namen »Partei der Gemeinschaft« firmierten und von CDU, DP, BHE und SRP getragen wurden. Während die niedersächsische CDU-Führung die lokale Einbindung der nazistischen SRP offenkundig für unproblematisch befand, fiel die Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie umso deutlicher aus. So erhielten alle Kreisverbände den »verbindlichen Hinweis [...] unter keinen Umständen« mit der SPD zu koalieren.[2]

Obwohl die Sammlungsbemühungen am rechten Rand vor allem beim katholischen Arbeitnehmerflügel der CDU auf teilweise massive Kritik stieß, setzte die Union auch im Vorfeld der Bundestagswahl 1953 auf diese Form der Bündnispolitik. Zwar war die SRP mittlerweile vom Bundesverfassungsgericht verboten worden, mit der DRP kam es in einigen Wahlkreisen aber zu »Wahlverhaltensvereinbarungen«.

Die CDU traf nicht nur Wahlabsprachen mit den rechts von ihr stehenden Parteien, sondern beteiligte diese auch an der Macht – selbst dann, wenn aufgrund der Mehrheitsverhältnisse die Notwendigkeit einer Koalition nicht bestand. So hatten CDU/CSU bei der Bundestagswahl im September 1953 zwar die absolute Mehrheit erreicht, Adenauer entschloss sich jedoch, die bereits marginalisierten Parteien BHE, DP sowie die FDP mit in die Regierungsverantwortung zu holen. Ähnliche Zugeständnisse gab es auch auf Landesebene.

Adenauer ging es darum, Einfluss auf die kleinen Rechtsparteien zu gewinnen. Deren führende Repräsentanten erhielten Ministerposten im Bundeskabinett, gerieten dafür aber in die machtpolitische Abhängigkeit des Bundeskanzlers. Dies führte dazu, dass etwa die beiden BHE-Minister Waldemar Kraft und Theodor Oberländer 1955 zur CDU übertraten. Gleichzeitig machten sich die Christdemokraten teils offen, teils verdeckt daran, die Parteiorganisationen und Fraktionen von BHE und DP systematisch zu spalten. Dabei wurden den umworbenen Abgeordneten allerlei Posten und mögliche Parteikarrieren in Aussicht gestellt.

Diese Strategie erwies sich bis zum Ende der 1950er Jahre als äußerst erfolgreich. Zusammen mit Oberländer und Kraft hatten 1955 bereits sieben Abgeordnete des BHE ihren Wechsel in die CDU-Fraktion bekannt gegeben. Der Trend setzte sich auch in den Bundesländern fort, wo die BHE-Mitglieder scharenweise zur CDU überliefen. Die DP wurde am Beginn der 1960er Jahre endgültig von der Union geschluckt. Die Tatsache, dass sich unter den Überläufern aus BHE und DP zahlreiche Rechtsextremisten befanden, störte bei den Christdemokraten kaum jemanden. Bereits nach dem Verbot der SRP 1953 waren Anhänger der Partei bereitwillig aufgenommen worden. Mit Theodor Oberländer hatte man sich nun jedoch einen hochrangigen vormaligen NS-Funktionär zunächst ins Kabinett und dann in die Union geholt. Die Vergangenheit des Vertriebenenministers (1953-1960), der während des »Dritten Reichs« SA-Hauptsturmführer, Gauamtsleiter und Reichsführer des Bundes Deutscher Osten gewesen war, führte während der 1950er Jahre zu vehementen Forderungen, Oberländer zu entlassen.

»Bewältigung der NS-Bewältigung« – Vergangenheitspolitik

Die seit Beginn der 1950er Jahre dramatisch zunehmende Präsenz ehemaliger NS-Funktionäre in der Politik, in den Ministerien und in der öffentlichen Verwaltung resultierte aus den »vergangenheitspolitischen« Maßnahmen der Adenauer-Regierung. Bereits in seiner ersten Regierungserklärung im September 1949 brachte Adenauer die Haltung seiner Koalition zur »Entnazifierung« und deren Folgen auf den Punkt: »Durch die Denazifizierung ist viel Unglück und Unheil angerichtet worden.«[3]

Nur wenige Monate später wurde ein Amnestiegesetz vom Bundestag einstimmig verabschiedet, das Straf-

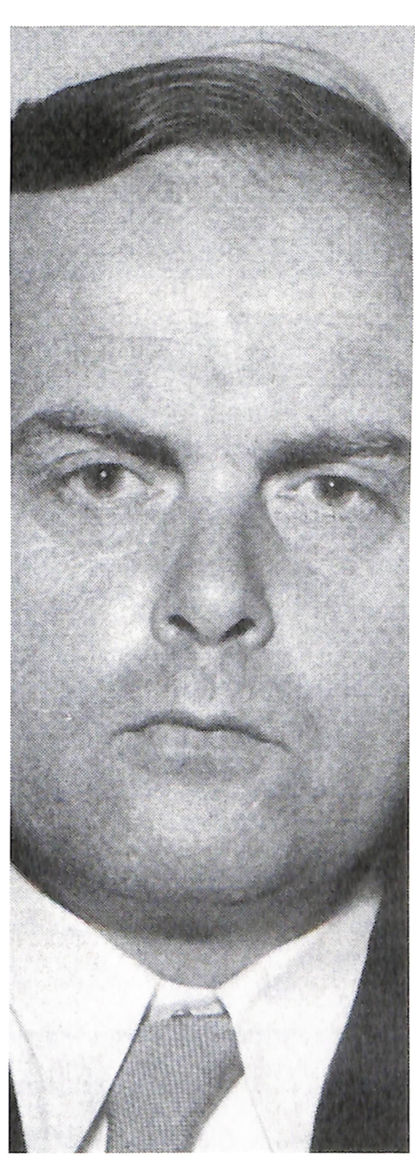
freiheit für Taten vorsah, die mit bis zu einem Jahr Gefängnis geahndet werden konnten. Von dieser Amnestie profitierten mindestens 800.000 Personen, darunter eine nicht unerhebliche Zahl an NS-Verbrechern. Zudem bot das Gesetz NS-Funktionären, die nach 1945 untergetaucht waren, die Möglichkeit, wieder in die Legalität zurückzukehren, ohne strafrechtlich belangt zu werden. Im Sommer 1954 folgte das zweite, einstimmig verabschiedete Straffreiheitsgesetz, das »Taten während des Zusammenbruchs« amnestierte. Den entscheidenden Markstein für die soziale Integration ehemaliger Anhänger und Mitläufer des Nationalsozialismus stellte zweifellos das 1951 verabschiedete »Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen« dar. Das so genannte 131er Gesetz verfügte, dass Beamte, die 1945 ihre Stellung verloren hatten, wieder in den öffentlichen Dienst übernommen werden sollten. Sämtliche staatliche und kommunale Behörden waren daher verpflichtet, mindestens 20 Prozent ihrer Planstellen mit Beamten aus diesem Personenkreis zu besetzen. Zwar sind genaue Zahlen nicht bekannt, es ist jedoch davon auszugehen, dass mehrere hunderttausend Beamte und ehemalige Berufssoldaten der Wehrmacht wieder Beschäftigung im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik fanden, darunter vermutlich Zehntausende, die politisch erheblich belastet waren.

Auf die Warnungen vor einer drohenden »Renazifizierung« der Verwaltung reagierte Bundeskanzler Adenauer mit der gereizten Bemerkung, es sei nun an der Zeit, »mit der Naziriecherei Schluss zu machen.«[4] Die Bonner Ministerien entwickelten sich daher zu Tummelplätzen ehemaliger Nazis. So hatten zwei Drittel der leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes der NSDAP angehört. Unter den Referatsleitern waren es sogar vier Fünftel. Damit beschäftigte das Auswärtige Amt während der 1950er Jahre mehr NSDAP-Mitglieder als in der Zeit des »Dritten Reichs«. Ähnliche Zahlen ließen sich für das Justiz- und das Vertriebenenministerium nennen.

Aber auch in der Union wurde »Schluss gemacht« mit der »Naziriecherei« – sofern es diese jemals gegeben hatte. In der Partei, im Bundeskabinett und in den CDU-geführten Landesregierungen gelangten Politiker in einflussreiche Positionen, die aufgrund ihrer Tätigkeiten im »Dritten Reich« als hochgradig belastet gelten mussten. Neben Theodor Oberländer ist hier beispielhaft Hans Globke zu nennen, der zum engen Vertrauten Adenauers und Ministerialdirektor im Kanzleramt avancierte. Die Tatsache, dass er in der Zeit des Nationalsozialismus einen juristischen Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen verfasst hatte, erwies sich für seine Karriere in der Bundesrepublik nicht als hinderlich.

Einen bemerkenswerten Aufstieg machte auch Kurt-Georg Kiesinger. Er war während des »Dritten Reichs« in der Propagandaabteilung des Auswärtigen Amtes beschäftigt gewesen. Nach 1945 trat er der CDU bei und brachte es zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, bevor er Ludwig Erhard 1966 als Bundeskanzler nachfolgte. Kiesingers Vergangenheit war schon damals bekannt und geriet verstärkt in die öffentliche Diskussion, nachdem ihn Beate Klarsfeld während eines CDU-Parteitages im November 1968 als »Nazi« bezeichnet und geohrfeigt hatte. An Rücktritt dachte Kiesinger damals freilich nicht.

Die »moralische Fäulnis«, die Heinrich Böll im Jahr 1965 der Union im Umgang mit der NS-Vergangenheit sowie hinsichtlich der von ihr betriebenen Integration von Funktionären, Profiteuren und Tätern des Nationalsozialismus attestierte, haftete der Politik von CDU/CSU auch in späteren Jahren an. Die Strategien, die die



Mit Theodor Oberländer wurde ein hochrangiger NS-Funktionär in die CDU geholt.

Christdemokraten anwandten, um im extrem rechten Spektrum zu punkten, blieben bis heute im Wesentlichen unverändert und basierten bzw. basieren auf einer Mischung aus meist mit massivem Verbalradikalismus vorgetragenen Drohungen gegenüber offen rechtsextremen Parteien bei gleichzeitiger populistischer Anbiederung an deren Wähler. Diese Politik forcierte die Union sowohl am Ende der 1960er Jahre, nachdem die NPD in sieben Landtage eingezogen war, als auch am Ende der 1980er Jahre angesichts der Wahlerfolge von DVU und Republikanern. Zu erwarten ist, dass die CDU nun in Brandenburg und Sachsen versuchen wird, mit der bewährten Strategie die Wähler von DVU und NPD zu ködern. ■

1| Vgl. Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart 2002, S. 15.
2| Zitiert nach: Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969, Stuttgart 2001, S. 142.
3| Zitiert nach: Axel Schildt: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1999, S. 117.
4| Zitiert nach Schildt, Ankunft im Westen, S. 122.

Eine ungekürzte Version des Artikels findet sich auf nadir.org/aib

»Sie schlagen sich Schmisse ins Gesicht – denn auf dem Hintern sieht ´s man nicht«

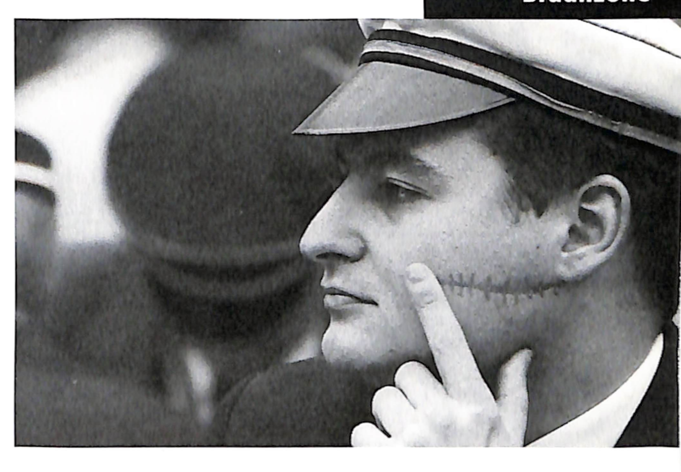
Die schlagenden Verbindungen des Hamburger Waffenringes

Die im Hamburger Waffenring zusammengeschlossenen Studentenverbindungen planen am 22. April, einen »Feierlichen Festkommers – 750 Jahre Stadt Königsberg« durchzuführen. Dass man hier revanchistischen Konzeptionen anhängt, wird schon im Titel deutlich – durch die bewusste Ignoranz des heutigen Städtenamens Kaliningrad und dem Verwenden der Bezeichnung Königsberg. Neben den im Hamburger Waffenring zusammengeschlossenen Burschenschaften wird die extrem rechte »Preußische Allgemeine Zeitung« als Co-Veranstalter für entsprechende Inhalte sorgen. Dazu ist als Festredner Jörg Schönbohm, CDU Innenminister von Brandenburg, geladen. Der ehemalige General versucht seit langem mit rechter Propaganda dafür zu sorgen, dass rechts der Union kein Platz bleibt. So gab er ein Interview in der extrem rechten Publikation »Junge Freiheit« (JF), in welchem er behauptet, der Aufstand der Anständigen sei verantwortlich für die Zunahme neofaschistischer Straftaten.[1]

» Der Hamburger Waffenring wurde 1951 als Zusammenschluss der schlagenden Vorort-Verbindungen aus der Deutschen Burschenschaft (DB), dem Coburger Convent der Landsmannschaften und Turnerschaften (CC) und dem Corps Irminsul aus dem Weinheimer Senioren-Convent (WSC) gegründet. Diese Verbindungen treffen sich regelmäßig, schlagen Pro-Patria-Mensuren und veranstalten größere Zusammenkünfte wie den Interkorporations-Workshop zur Elitebildung und Nachwuchsrekrutierung. Gemeinsam ist den Waffenstudenten eine patriarchalische, männerbündische Ideologie, die Frauen in den eigenen Reihen sowie eine emanzipatorische Politik ablehnt. Dazu kommt Elitedünkel und Protektionismus der eigenen Klientel und häufig ein völkisches Nationenverständnis mit großdeutschen Ansprüchen bis hin zur Ablehnung alles Nichtdeutschen – die Grenzen zur extremen Rechten sind fließend. Die Politik der im Waffenring organisierten Burschenschaften spricht hier eine klare Sprache.

Germania Hamburg

Beispielhaft ist diese an der Burschenschaft Germania Hamburg zu sehen. Bereits 1961 gegründet haben die Germanen schon eine neonazistische Tradition und vertreten selbst in ihrem bundesweiten Dachverband dem DB eine rechtsaußen Position. Die Wiederbelebung der völkischen Ideologie wird in offen NS-apologetischer Weise von der Germania gerechtfertigt. Sie sei nötig, da »die totale Niederlage Deutschlands im Jahre 1945(...) auch die weltanschaulichen und politischen Ziel- und Wertvorstellungen, die früher selbstverständlich waren, völlig in Frage« stelle. Anfang der 70er Jahre orientierte sich die Germania an der NPD, zu der es auch personelle Überschneidungen gab. Mit dem Scheitern der NPD auf Bundesebene wurde erst wieder Ende der 80er Jahre mit den Republikanern eine Partei für die Verbindungsstudenten attraktiv. In den 90er Jahren wandte sich die Germania stärker der »Neuen Rechten« zu. Der Hamburger Leserkreis der JF, der Hamburger Kreis (HK), traf sich regelmäßig im Germanenhaus und lud namhafte Referenten der extremen Rechten zu Schulungen ein. Insbesondere die radikale Entwicklung des HK und seine Beobachtung durch den Verfassungsschutz führte dazu, dass sich die JF von ihr formell trennte. Neben dem nicht zu unterschätzenden ideologiebildenden Teil für Neonazi-Kreise in Hamburg, gab es in der Germania in den 90er Jahren auch einen militant -neonazistischen Flügel.[2] Inzwischen gibt es Anzeichen dafür, dass sich die Germania wieder der NPD zuwendet. Im Jahr





2000 empfahl die NPD »national gesinnten Studenten« die Mitgliedschaft in der Germania. Diese wiederum sandte potentiellen NPD-Mitgliedern Informationsmaterial zu. Bis April 2004 wohnte der Betreiber des neonazistischen »Nordic-Hammer-Versandes«, Sascha Keller, im Haus der Germania. Er unterstützt das Musikprojekt »Schulhof-CD« aus dem Kreis der Freien Kameradschaften. Ein Vortragsabend der Germanen im Dezember 2004 unter dem Thema »60 Jahre Kesselschlacht in Halbe« richtete sich entsprechend an Interessierte aus NPD und den Freien Kameradschaften.[3] Trotz ihrer extrem rechten Positionen und Verbindungen schaffte es die Germania in die Landesregierung. Der Burschenschaftler Christian Brandes konnte als hochschulpolitischer Sprecher der Schill-Partei bis 2004 die Bürgerschaft als Tribüne für seine anti-egalitären und reaktionären Ansichten nutzen. Brandes ist auch Verbindungsperson der Germania zum »Verein für Denkmalerhaltung« und dem vorstandsidentischen »Verein zur Erhaltung des 76er Denkmals«. Das Denkmal wurde durch die Nazis erbaut und trägt die Inschrift »Deutschland muss leben – und wenn wir sterben müssen«.

Hansea-Alemannia und Germania-Königsberg

Ein weiteres Mitglied des Hamburger Waffenringes ist die Burschenschaft Hansea-Alemannia. Die Hansea nahm einst die Mitglieder der »Alten Straßburger Burschenschaft Alemannia« auf und steht nicht ganz so weit rechts wie die Germania-Hamburg, pflegt aber enge Kontakte zu dieser. Ihr Mitglied Patrick Martens organisierte in den 90ern mehrere Veranstaltungen in seinem Burschenschaftshaus zu Themen der »Neuen Rechten« u.a. mit deren Vordenker Karlheinz Weißmann.[4] Beziehungen in völkisch-pagane Kreise bestanden in den 90er Jahren über den »Hansen« Sven-Onnen Fischer zum »Heidenkreis Hamburg e.V.«. Organisiert wird der Festkommers im April vor allem von Bernhard Knapstein einem Mitglied der Burschenschaft Germania-Königsberg.[5] Sie besitzt ebenfalls eine weitreichende Vergangenheit und integrierte 1950 die Burschenschaft Askania, eine extrem antisemitische, schlagende Verbindung, welche schon vor 1933 ein Hakenkreuz im Wappen trug. Bis 1997 stellten die Königsberger ihr Haus der extrem rechten Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) zur Verfügung, welche bis heute alljährlich den Naziaufmarsch in Dresden organisiert. Seit Jahren trifft sich auch die »Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft« (SWG) in den Räumen der Germania-Königsberg. Laut Rechtsextremismus-Experten Prof. Wolfgang Gessenharter ist die SWG ein wichtiges Scharnier zwischen Konservativen und der extremen Rechten. Sie wurde vor über 40 Jahren von ehemaligen Nazis gegründet und hat seitdem Dutzenden von namhaften Referenten von Alt- und Neonazis, Vertriebenen, Geschichtsrevisionisten, Neuen Rechten bis hin zu CDU-Funktionären ein Forum geboten. Medienbeauftragter der SWG ist erwähnter Bernhard Knapstein.

Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock

Die Mecklenburgia macht vor allem durch ihre »Alten Herren« Furore. Eine Rede ihres »Alten Herren« Prof. Dieter Wiebecke´s sorgte 1993 selbst innerhalb des CC für einen Eklat, weil er die beispiellose Hingabe und Opferbereitschaft der 6. Armee in Stalingrad 1943 als Vorbild für die heutige Jugend bei einer militaristischen Totenehrung in Coburg lobte. Als quasi programmatisch steht die Rede bis heute auf den Internetseiten der Mecklenburgia. Ein bekannter Alter Herr dürfte auch Emil Schlee, ehemaliger REP-Europaabgeordneter und Multifunktionär in völkischen Kreisen, sein. Ein weiterer ist Hanno Borchert, er war der Kopf des Hamburger Kreises und fand 1997 eine namentliche Eintragung im Hamburger VS-Bericht. Er engagierte sich bei der nationalrevolutionären Zeitschrift »wir selbst«, sowie dem Heidenkreis Hamburg e.V.[6] Aus diesem Verein kommt auch der Alte Herr Daniel Junker, welcher im Verbindungshaus 2003 ein Vortrag über »Restauration der Götter. Völkische Religiosität in der Weimarer Republik« hielt. Andere Vorträge bei den »Meckis« hielten u.a. Reinhard Günzel, Dieter Stein[7], Reinhard Uhle-Wettler[8] aber auch Professoren der Hamburger Uni und der damalige Wirtschaftssenator von Hamburg Gunnar Uldall. Es handelt sich bei aufgeführten Burschenschaften nur um exemplarische Beispiele der Organisationen, die im April beim Festkommers vertreten sein werden. Als Veranstaltungsort wurde der Platz der Jüdischen Deportierten, von dem aus Tausende von HamburgerInnen in die nationalsozialistischen Vernichtungslager deportiert wurden, gewählt. ■

1| Junge Freiheit # 47-2002, Die Union muß auf konservative Werte setzen.
2| Antifaschistisches INFO Blatt # 25 – Dezember/Januar 1993/1994, Faschisten an der Uni Hamburg
3| www.germania-hamburg.de
4| Martens publizierte auch in dem Sammelband »Wir 89er« aus dem Umfeld der »Jungen Freiheit«.
5| Laut »Junge Freiheit« # 21/1997 war Knapstein Bundesvorsitzender der JLO und im Landesvorstand des Bundes der Vertrieben (BdV) in NRW.
6| Mitbegründerin ist die Schwester Sven Fischers, Iris Katrin Fischer – besser bekannt als die extrem rechte Sängerin Swantje Swanhit.
7| Dieter Stein ist Herausgeber der extrem rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«
8| Reinhard Uhle-Wettler ist Vorsitzender der SWG.

»break the silence«

Antifaschistische Kampagne gegen rechte Läden in Gera

Unter dem Motto »break the silence. naziläden abreissen - deutsche zuständе angreifen« startete die Antifaschistische Aktion Gera [AAG] im Januar diesen Jahres eine Kampagne gegen Läden der extremen Rechten in Gera. Neben drei ansässigen rechten Geschäften stand auch der von jungen Neonazis begangene Mord an Oleg V. und die damit verbundene gesellschaftliche Relativierung neonazistischer Aktivitäten im Mittelpunkt.

» An der Demonstration am 29. Januar 2005 beteiligten sich über 400 AntifaschistInnen. Sie brachten ihre Wut und Trauer über den Neonazimord zum Ausdruck und unterstrichen die Forderung nach Schließung der lokalen rechten Läden. Die Demonstration zog an den einschlägig bekannten Szenegeschäften »US Goods« und »Fan Sport Shop Winkler« vorbei und in mehreren Redebeiträgen wurde u.a. die gewichtige Rolle des Naziladens »Youngland« für die regionale Neonaziszene verdeutlicht. Bei diesem wurden erst zu Neujahr von Unbekannten die Scheiben eingeschlagen und die Außenfassade mit dem Spruch »Naziläden angreifen« besprüht. Welche Bedeutung diese Geschäfte in der Szene haben, wurde auch durch 50 stadtbekannte wie angereiste Neonazis deutlich, welche erst versuchten, die Demonstration und im Nachhinein Gruppen von AntifaschistInnen anzugreifen, was diese jedoch verhindern konnten. In der Nacht auf den 30. Januar 2005 überfielen außerdem mehrere Neonazis eine Privatwohnung in der Nähe der als Neonazi-Treffpunkt bekannten Kneipe »Halleluja« und verwüsteten diese komplett.

Im Rahmen der Aktionen wurde am 21. Januar, zum Jahrestag der Ermordung von Oleg V., eine Gedenktafel eingeweiht, woran 20 Personen teilnahmen.

Einige Tage später hielten mehrere AntifaschistInnen eine Kundgebung zum Holocaust-Gedenktag ab, die von mehreren Neonazis mit Eiern attackiert wurde.

Über den gesamten Januar hinweg gab es Informationsveranstaltungen zu den Themen National-Socialist-Black-Metal, bundesweite Kameradschaftsstrukturen und zur Entwicklung des Antisemitismus. Ergänzend dazu hielten AntifaschistInnen aus Gera z.B. in Berlin, Dresden, Jena und Leipzig Referate zu den Inhalten der Kampagne.

Unruhe in der Provinz

Die in Gera seit Jahren etablierte regressive Situation einer nicht vorhandenen Zivilgesellschaft und aktiver Neonazistrukturen bestätigte sich erneut. Polizei und Ordnungsamt warteten schon im Vorfeld der Demonstration mit Schikanen und Kriminalisierungsversuchen auf. Dem Demonstrationsleiter wurde u.a. vorgeworfen, dass das Motto zur Gewalt aufrufe. Daraufhin folgten überzogene Auflagen wie die Abgabe der Personalien aller OrdnerInnen oder die Forderung nach Vorkontrollen durch den Veranstalter. Eine eingereichte Klage wurde vom Oberverwaltungsgericht in Weimar abgelehnt.

Am Demonstrationstag mussten alle TeilnehmerInnen penible Vorkontrollen über sich ergehen lassen, wobei anreisende AntifaschistInnen aus Leipzig, Berlin und Dresden schon am Hauptbahnhof in Leipzig von Polizeikräften kontrolliert wurden. Bereits dort gab es vereinzelte Platzverweise für das Stadtgebiet von Gera. Durch diese Repressalien konnte die Demonstration erst mit mehreren Stunden Verspätung beginnen. Auch Forderungen, dass sich die Polizeikräfte vom Fronttransparent zurückziehen sollten, um einen öffentlichen Ausdruck der Demonstration zu ermöglichen, ignorierte diese völlig.

Bereits bei der Einweihung der Gedenktafel für den von Neonazis ermordeten Oleg V. erlaubte sich die Bereitschaftspolizei, welche mit einem völlig überzogenen Aufgebot aufwartete, die TeilnehmerInnen gründlichst zu kontrollieren und sie während der gesamten Kundgebung abzufilmen.

Ergänzend flankierte die Lokalpresse diesen Kurs, indem sie Aktionen entweder unerwähnt ließ oder in



einer diskreditierenden Berichterstattung agitierte. Mit dem Titel »Die Antifa will das Schweigen brechen - Und beantwortet lieber keine Fragen«[1] versuchte die Ostthüringer Zeitung (OTZ) das Anliegen der [AAG], das Schweigen über rechte Umtriebe zu brechen und einer überregionalen Öffentlichkeit über den Mord und die katastrophalen Zustände in Gera zu berichten, in Misskredit zu bringen. Dabei ignorierte deren Redaktion anscheinend die bis zu diesem Zeitpunkt veröffentlichten vier Presseerklärungen. Einen Bericht über den Ablauf der Demonstration eröffnete das Blatt mit den Worten »Festnahmen und Verletzung bei Demo – Antifa-Protest dennoch ohne Eskalation«.[2] Auch inhaltlich beschränkte sich der Artikel auf Sicherheitsvorkehrungen der Polizei bzw. Festnahmen und versuchte die Veranstaltung und deren TeilnehmerInnen somit zu kriminalisieren.

Neonaziläden schliessen

Intention und Ziel der Kampagne war und ist die Schließung der in Gera ansässigen rechten Szenegeschäfte »Youngland«, »US-Goods« und »Fan Sport Shop Winkler« zur erzwingen.

Diese wirken durch den Vertrieb von Neonazikleidung und rechter Musik als Multiplikationsfaktor extrem rechter Propaganda. Dabei bilden sie einen Bestandteil von Neonazistrukturen, welche in Gera fest in den Jugendszenen verwurzelt sind und eine starke Vernetzung zwischen rechten Parteien, militanten Neonazis und subkulturellen Szenen wie dem »nationalsozialistischen Black Metal« (NSBM) aufweisen.

Ergänzend dazu existieren in der Stadt mehrere rechte Plattenfirmen wie »Donnerschlag Records« oder »Ewiges Eis Records«, welche die Produktion und den Absatz der Tonträger regionaler Neonazibands wie »Totenburg« oder »Eugenik« gewährleisten.

Die Versandhäuser »Aufruhr Versand« und »Ultima Tex«, betrieben von den langjährigen NPD-Kadern Jörg Krautheim, Martin Soa und Nico Hüfner, vertreiben außerdem nahezu alle erdenklichen Neonazi-Devotionalien.

Eine schon 2003 von der [AAG] initiierte Kampagne gegen diese Strukturen unter dem Motto »Den rechten Alltagsbetrieb angreifen – Für linke Kultur und antifaschistischen Lifestyle« konnte im Laufe der Zeit mehrere Erfolge verbuchen: die rechten Szeneläden »Inside« und »Fallen Angel« sowie das rechte Geschäft »Hard-Rock-Shop« mussten schließen. Somit ist in Gera aktuell öffentlich kein NSBM mehr erhältlich.

Effekte und Kontinuität

Mit den zahlreichen Veranstaltungen und der Demonstration am 29. Januar 2005 war es möglich, zum einen der Relativierung des Nazimordes an Oleg V. Paroli zu bieten und diesen Fall als Beispiel für die Zustände in dieser Stadt an die Öffentlichkeit zu tragen, in der Verwaltung, Presse und Polizei rassistische Gewalt weiterhin ignorieren und die Repressalien gegen die lokale antifaschistische Linke verstärken. Außerdem erreichte die [AAG] mit Unterstützung der Kampagne »Schöner leben ohne Naziläden!« ein überregionales Publikum. An den Veranstaltungen nahmen somit insgesamt über 600 Personen teil. Dadurch konnte der Druck auf die lokalen Neonaziläden erhöht und eine weitere Sensibilisierung erreicht werden, gegen diese vorzugehen und antifaschistische Interventionen zu intensivieren.

Jedoch ist der Kampagne noch keine erneute Schließung der einschlägig bekannten Geschäfte gefolgt, was bedeutet, dass der Druck solcher Aktionen sich weiter erhöhen muss und es neben Antifa-Gruppen einer möglichst großen Öffentlichkeit bedarf.

Um dem Motto »break the silence. naziläden abreissen – deutsche Zustände angreifen« weiterhin Kontinuität zu verleihen, wird die [AAG] auch zukünftig gemeinsam mit der Kampagne »Schöner leben ohne Naziläden« gegen Neonazistrukturen und rechte Geschäfte vorgehen. Hierbei steht auch weiterhin die Schließung dieser im Mittelpunkt, was zukünftig sowohl öffentlich wie auch strategisch verfolgt wird. ■

1| OTZ, 19.01.2005
2| OTZ, 31.01.2005

Ein Beitrag der Antifaschistischen Aktion Gera [AAG]

www.breakthesilence.de.vu
http://aag.antifa.net

Recht(s) vor Links im Internet?

Dienstag, 30. November 2004. Es ist kurz vor 7 Uhr, als es an der Tür des administrativen Ansprechpartners für die Internet-Gemeinschaft für Politik und Kultur (www.puk.de) in Göttingen klingelt. Vier Beamte des 4. Kommissariats (politische Polizei) der Göttinger Kripo begehren nachdrücklich um Einlass. In der Hand zwei Durchsuchungsbefehle auf Amtshilfegesuchen des Amtsgerichts Stuttgart. Was das Göttinger Internetprojekt puk mit dem Amtsgericht Stuttgart zu tun hat? Nichts, aber das Internet macht's möglich.

Puk bietet seit 1996 politisch, kulturell und sozial engagierten Initiativen unter der Internet-Adresse www.puk.de/gruppenname kostenlosen Webspace an, ist also nach Teledienstgesetz (TDG) ein sogenannter Service-Provider, ähnlich T-Online oder GMX, allerdings nichtkommerziell. Auf dem Server befinden sich einige hundert Internet-Seiten verschiedener Gruppierungen, die von linksradikalen Kräften bis ins bürgerliche Lager reichen, von politischen Initiativen bis hin zu kulturell engagierten Gruppen. Unter anderem auch die »Revolutionäre Aktion Stuttgart« (RAS), die Auslöser für den Zugriff war. Ein Antifa Flugblatt und eine Presseerklärung zur Solidarität mit AntifaschistInnen weckten das Interesse der Beamten. Bezug genommen wird im Durchsuchungsbeschluß u.a. auf einen Text mit der Überschrift »Schluss mit der Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes«, der angeblich über einen Link auf der Internetseite www.revolutionaere-aktion.de.am erreicht werden konnte.

»Dienstleister« im Visier

Soweit nichts Neues. Dass konsequentes antifaschistisches Engagement von Staatsschutz und Justiz als »kriminell« gebrandmarkt und entsprechend verfolgt wird, dass wissen aktive AntifaschistInnen seit Jahren.

Neu ist hingegen, dass vermehrt gegen Dritte vorgegangen wird, die solchen legalen Gruppen Kommunikationsstrukturen wie E-Mailadresse und Internet-Webspace zur Verfügung stellen. Im Fall von puk reichte es aus, dass von der RAS Seite einzelne Dateien auf den puk-Server ausgelagert und unter www.puk.de/ras zu finden waren, so auch die inkriminierten Flugblätter. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass puk keine Kenntnis von den beanstandeten Dateien hatte und weder für die Inhalte noch für das Einstellen der Dateien auf den Server verantwortlich sein kann. Als Service-Provider stellt puk lediglich die Infrastruktur, also Webspace, E-Mailzugang und einen Account für den Datentransfer per FTP auf den Gruppenwebspace. Nichts anderes tut ein kommerzielle Provider wie T-Online, der unter home.t-online.de etliche tausend Unterverzeichnisse bereitstellt, die von seinen Kunden selbständig und eigenverantwortlich als Homepages verwaltet werden.

Da es angesichts der riesigen Datenmengen, die sich zudem jederzeit ändern können, illusorisch ist, eine kontinuierliche inhaltliche Überwachung zu gewährleisten, schließt § 8 TDG (Teledienstgesetz) ausdrücklich eine Haftung des Providers für die Inhalte Dritter aus. Erst wenn der Service-Provider Kenntnis von einem möglicherweise gegen geltendes Recht verstoßenden Inhalt einer bei ihm gehosteten Webseite hat, aber nicht reagiert, kann er haftbar gemacht werden.

Webhoster vor Gericht

Genau so musste puk bereits im Oktober vor dem Landgericht Göttingen argumentieren, als die mündliche Verhandlung wegen einer einstweiligen Verfügung gegen den Verein »Perspektive unabhängige Kommunikation (puk) e.V.« als Betreiber der Internet-Gemeinschaft stattfand, die vom Rechtsanwalt Klaus Kunze aus Uslar, Autor der extrem rechten »Jungen Freiheit« und bekannter juristischer Vertreter von Rechtsradikalen gegen puk erwirkt wurde. Hintergund der

Verhandlung war eine einstweilige Verfügung die Kunze im Auftrag seiner Mandantin Mandy M. beantragte, in der unter Androhung eines Zwangsgeldes von 6000 EUR untersagt wurde: »1. (...) einen Link zu einer Webseite zu legen, auf welcher das mit den Worten »Timo S. mit Freundin Mandy, Sängerin bei Agitator« unterschriebene Foto der Antragstellerin zu erkennen ist« und »2. öffentlich, insbesondere im Internet, zu verbreiten, die auf vorgenanntem Lichtbild erkennbare Antragstellerin sei Sängerin der Musikgruppe Agitator«

Auch in diesem Fall handelte es nicht um eigene Inhalte von puk.de, sondern um Aussagen aus einem Flugblatt, das auf der Internet-Seite einer antifaschistischen Gruppe aus Göttingen veröffentlicht wurde, diese ist bei puk.de gehostet. Glücklicherweise konnte sich das Landgericht Göttingen weitgehend der Argumentation des puk e.V. anschließen, so dass Kunze den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung zurückzog und seine Mandantin auf den Verfahrenskosten sitzen blieb.

In einem anderen Verfahren von Mandy M. gegen ein antifaschistisches Projekt, das auf seiner Webseite einen Link auf die inkriminierte Homepage hatte, wurde in der Kostenentscheidung in Frage gestellt, ob das Projekt für den Link haftbar gemacht werden könne, da »... Dritte (...) nur bei Verletzung von zumutbaren Prüfungspflichten« für Inhalte verantwortlich gemacht werden könnten, die über von ihnen verlinkte Webseiten zu finden sind. Zur Unterlassung verpflichtet sei nur derjenige, der in irgendeiner Weise an der Herbeiführung »der rechtswidrigen Beeinträchtigung mitwirkt.«

In der Presseerklärung zum Erlaß der einstweiligen Verfügung schrieb der puk e.V.: »An die Göttinger antifaschistische Gruppe - sowohl postalisch als auch per E-Mail erreichbar - erging bis heute weder eine Abmahnung noch eine einstweilige Verfügung. Daher ist es nicht abwegig, dass mit dem puk e.V. gezielt ein in rechten Kreisen unliebsamer Webhoster getroffen werden sollte.

Diese Vermutung wird dadurch bekräftigt, dass dem Vereinsvorsitzenden am 18.9. zusätzlich eine polizeiliche Vorladung wegen angeblichen Verstoßes gegen das Kunsturhebergesetz in gleicher Sache zugestellt wurde. Die Gegenseite hat also offenkundig auch Strafanzeige gegen den Vereinsvorsitzenden gestellt, was verdeutlicht, dass es ihr nicht um »die Sache an sich – Entfernen eines Links bzw. Bildes – geht, da dies längst geschehen war.«

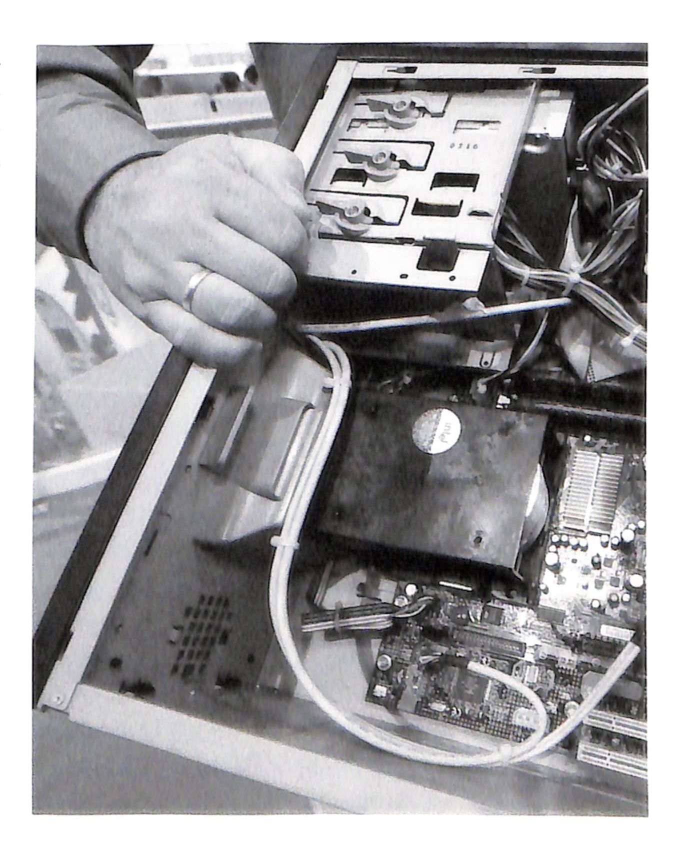
Worum es bei solchen Verfahren im Eigentlichen geht, wurde bei einer telefonischen Anfrage eines Journalisten deutlich. Wie puk mitgeteilte wurde, äußerte Kunze hierbei sinngemäß, dass er erwarte, dass der Provider die eigentlich Verantwortlichen der Antifa benennen müsse. Dies verlangte er auch mehrmals während der mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht.

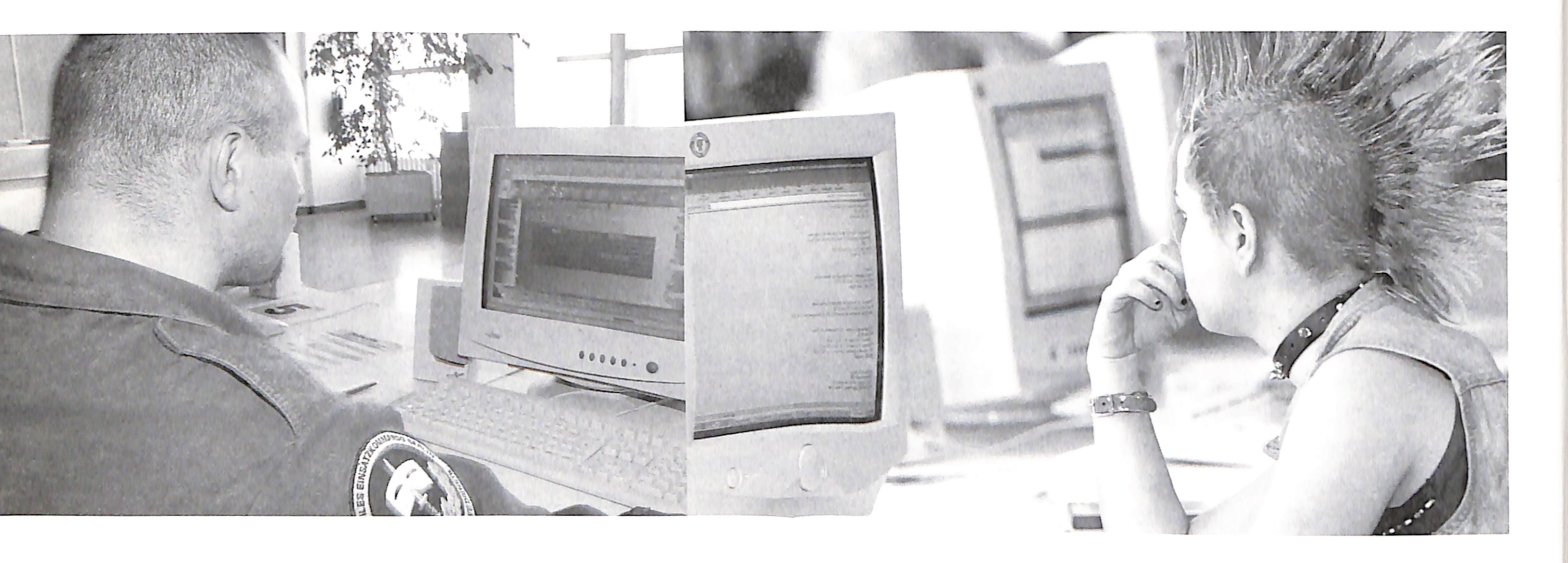
Vorlage zur polizeilichen Datensuche

So lächerlich das auf den ersten Blick wirkt, ernst sollten solche Versuche dennoch genommen werden. An den geschilderten Vorgängen wird deutlich, dass staatliche Stellen Aussagen aus dem rechten Spektrum – unabhängig von deren Wahrheitsgehalt – gerne zum Anlass für eigene Ermittlungen verwenden. Die Göttinger Polizeibeamten zeigten sich bestens informiert über die einstweiligen Verfügung und den Kunsturhebergesetzverstoß – für den Staatsschutz eher untypische Betätigungsfelder.

Gerne entfalten solche Ermittlungen eine gewisse Eigendynamik und werden beliebig ausgeweitet. Der Durchsuchungsbeschluss war jedenfalls darauf ausgerichtet, E-Mails und Log-Dateien zu beschlagnahmen, welche die Identifizierung von natürlichen Personen ermöglichen, um diese gegebenenfalls der RAS oder einer anderen Gruppe zuordnen zu können. Letztlich geht es bei solchen Aktivitäten nicht nur darum Daten im konkreten Fall zu sammeln um Strukturen zu durchleuchten, sondern auch langfristig das Internet besser kontrollierbar zu machen.

→





→ Verantwortung der NutzerInnen

Jede/r sollte sich im Klaren darüber sein, dass seine/ihre Aktivitäten im Internet nicht anonym sind. Spätestens durch die Auswertung von Daten der großen Access-Provider kann nachvollzogen werden, wer sich wann auf welchen Webseiten bewegt hat und welche Aktivitäten im Internet durchgeführt wurden. Wer über Dinge kommunizieren will, die nicht für Dritte bestimmt sind, tut dies besser bei ausgedehnten Spaziergängen. Prinzipiell tut man gut daran, unverschlüsselte E-Mails als »Postkarten« zu betrachten, die z.B. durch Postboten lesbar sind. Verschlüsselte Mails dagegen sind wie verschlossene »Briefumschläge« – nicht für alle lesbar, aber auch nicht davor sicher, geöffnet zu werden.

Für die Veröffentlichung von Flugblättern auf einer Internetseite – insbesondere auf de-Domains – halte man sich tunlichst an die geltende Rechtslage, das Veröffentlichen von kriminalisierten Texten hat juristische Folgen. Auch wenn das juristische Belangen einer Gruppe »abc« mit Sitz im x-beliebigen Infoladen schwierig ist – ein Projekt wie puk.de, dass der Gruppe abc Webspace zur Verfügung stellt, muss dafür mit realen Personen gerade stehen. Davor schützt auch nicht ein Hinweis wie »nachfolgend dokumentieren wir ein bei einer xyz-Aktion verteiltes Flugblatt...« – im Zweifel klingelt die Polizei wieder bei denjenigen, die sie am ehesten greifen können, dem Domaineigentümer. Gleiches gilt für Veröffentlichungen von Bildmaterial, Rechercheergebnissen etc. Hier gilt, dass wer recherchiert, Genauigkeit walten lassen sollte und Behauptungen belegen können muss. Wer der genauen rechtlichen Prüfung eine anonyme Veröffentlichung vorzieht, sollte bedenken, dass das Internet nicht anonym ist – in Deutschland schon gar nicht.

Wem dies alles zu restriktiv ist und sich seiner Möglichkeiten zur Medienarbeit ohne Selbstzensur beraubt sieht, der hat Recht. Zu ändern ist es trotzdem nicht, und eine Ignorierung dieser Tatsachen führt letztendlich nur zu Ärger für den unbeteiligten aber solidarischen Webhoster und teils ruinösen Wellen von Abmahnungen und einstweiligen Verfügungen.

Alternativen gibt es, allerdings erfordert deren Anwendung ein Mindestmaß an Auseinandersetzung mit Technik, den Strukturen des Internet sowie den nationalen und internationalen Bestimmungen. Um Möglichkeiten zu diskutieren, das Recht auf freie, unzensierte Kommunikation über das Internet zu erhalten und gemeinsames Vorgehen gegen Repressionsmaßnahmen abzustimmen, trafen sich auf Initiative von puk und linkeseite im November erstmals einige linke Webprojekte zu einem Erfahrungsaustausch. Diskutiert wurde u.a. die Schaffung einer »Cyberhilfe«, gegenseitige Rechtsberatung und Information. Für 2005 sind weitere Treffen geplant, wobei weitere UnterstützerInnen – auch ausserhalb von Internetprojekten – willkommen sind. Statt ausschließlicher Antirepressionsarbeit ist es für die beteiligten Projekte aber auch wichtig, ihre eigenen Vorstellungen von Medienarbeit zu diskutieren und die Vermittlung und Verbreitung fortschrittlicher politischer Inhalte über das Internet zu praktizieren. Auf dass «Rechts vor Links« weder zur neuen Vorfahrtsregel auf dem «Datenhighway« wird, noch als gesellschaftliche Norm dauerhaft Bestand hat. ■

Kontakt über den puk e.V.

E-Mail: Verein@puk.de

Finanzielle Unterstützung des puk e.V. (keine steuerlich absetzbare Spendenbescheinigung möglich) über:

Perspektive unabhängige Kommunikation e.V. (puk)
Verwendungszweck: »Solidarität«
Kontonummer: 50 58 73 77
Bankinstitut: Sparkasse Göttingen
Bankleitzahl: 260 500 01

»Mississippi Burning« vor Gericht



Vier Jahrzehnte, nachdem drei Menschenrechtsaktivisten - Michael Schwerner, James Chaney und Andrew Goodman – von Klanmitgliedern aus Mississippi ermordet wurden, wird Edgar Ray Killen, einer der Anführer, endlich des Mordes angeklagt. Der Mord an den Dreien galt lange Zeit als Symbol rassistischer Gewalt, die in den 1960ern nicht juristisch verfolgt wurde und wies auf die engen Verbindungen zwischen Klan, Polizei und Regierungsangestellten hin. Der Fall wurde durch den Film «Mississippi Burning« von 1988 einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

Erst in den letzten Jahren haben Strafverfolger begonnen, Anklagen zu erheben. Dazu wurden sie von neuen Beweisen und Druck von Seiten der Angehörigen der Opfer gezwungen.

Der heute 79jährige Killen hat in jenen Jahren und danach als Prediger gearbeitet. Seine jüngste Anklage ist der letzte Schritt in einem Prozess, der mit einem Kriegsverbrechertribunal verglichen werden kann. Bis 1954 war die Rassentrennung gesetzlich vorgeschrieben, die weiße Vormachtstellung war Alltag und wurde von der Behördenpraxis unterstützt – besonders im Süden der alten Konföderation. Schwarze wurden davon abgehalten zu wählen. Sie konnten nicht dort leben, wo es ihnen ihre Möglichkeiten erlaubt hätten und konnten alle übrigen Bürgerrechte nicht frei ausüben. Eine Kampagne im Sommer 1964 in Mississippi veranlasste schwarze und weiße Aktivisten aus dem Norden, gemeinsam mit Schwarzen vor Ort Wähler zu registrieren. Michael Schwerner war ein weißer jüdischer Aktivist aus New York, ebenso wie Andrew Goodman. James Chaney war ein Afroamerikaner aus Mississippi. In der Nacht, in der sie ermordet wurden, waren sie gerade dabei, nach der Ursache für einen Kirchenbrand zu suchen – eine von drei Dutzend Brandstiftungen in jenem Sommer. Auf dem Weg zur Kirche wurden sie von Polizisten zur Seite gewunken und wegen einer vermeintlichen Verkehrsstörung verhaftet. Während Klanmitglieder sich in einem Hinterhalt sammelten, wurden sie erst verhaftet und dann entlassen – nur, um direkt darauf von einem Todeskommando aufgegriffen zu werden, das über ein Dutzend Menschen zählte. In jenem Sommer gab es über 1000 Verhaftungen, der staatlich unterstützte Terror war so stark, dass jede Verhaftung einem tödlichen Risiko gleichkam.

In den 1960ern arbeitete der Klan in Mississippi gemeinsam mit einer Landesbehörde, die als »Sovereignty Commission« bekannt war. Wie in sechs weiteren Staaten wurde die Kommission vom Gesetzgeber einberufen, nachdem der Oberste Gerichtshof im Jahr 1954 die Unrechtmäßigkeit der Rassentrennung verkündet hatte. Neben anderen Tätigkeiten hat die Kommission auch 493.500 Dollar den weißen Bürgerräten zukommen lassen.

Sie hat außerdem Bürgerrechtsaktivisten ausspioniert, ihre Aktivitäten gestört und auf vielfältige Art und Weise den Widerstand gegen die Aufhebung der Rassentrennung unterstützt. Kommissionsmitglieder haben auch Einfluss auf eine oder mehrere Jurys genommen.

Die meisten Morde wurden vor Gerichten des Bundesstaats verhandelt. Nachdem das FBI Ermittlungen in diesem Verfahren angestellt hatte, erhob der Staat Mississippi dennoch keine Anklage und verwies auf einen Mangel an Beweisen. Die Landesregierung brachte angesichts der Behinderungen durch die örtlichen Behörden im Jahr 1967 eher Bürgerrechtsanklagen vor Gericht als Anklagen wegen Mord. Von den 18 Angeklagten, die wegen der Verschwörung, mit der sie Schwerner, Chaney und Goodman ihrer Bürgerrechte entheben wollten (indem sie sie ermordeten) vor Gericht standen, wurden acht freigesprochen, sieben wurden verurteilt und haben Ge- →




Eine alltägliche weiße Vormachtsstellung war / ist Lebensrealität im Süden der alten Konföderation.

→ fängnisstrafen abgesessen. Bei drei der Angeklagten wurden Fehler in der Prozessführung festgestellt. Ray Killen entging der Verurteilung durch die Stimme eines Jurymitgliedes, die gesagt hatte, sie könne keinen Prediger verurteilen. Zu den Verurteilten gehörte der stellvertretende Sheriff Cecil Price, dessen Bild vor Gericht mit dem Mitangeklagten Sheriff Rainey zu einem Symbol dieser Epoche wurde. Sam Bowers, der Anführer des Klans, wurde auch verurteilt und nach sechs Jahren entlassen. Bowers war der Chefdenker hinter den Morden und Brandstiftungen, entging aber der Strafe bis 1998, als er wegen des Mordes an Vernon Dahmer, dem Anführer von NAACP (National Association For The Advancement Of Colored People) im Jahr 1966, zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

Eine weitere Etappe der Gerechtigkeit, die zu lange auf sich warten ließ, betraf das Bombenattentat von 1963, das am hellichten Tag auf eine Baptistenkirche in Birmingham, Alabama, verübt wurde. Dabei wurden vier junge schwarze Mädchen – Denise McNair, Cynthia Wesley, Carole Robertson und Addie Mae Collins – getötet. In diesem Fall hat der FBI-Direktor J. Edgar Hoover Beweise zurückgehalten und die ursprüngliche Ermittlung blockiert. Letztendlich wurde Robert Chambliss 1977 von einem Gericht wegen Mordes für schuldig befunden. Fast vier Jahrzehnte nach diesen Morden wurden Thomas Blanton und Bobby Frank Cherry in den Jahren 2001 und 2002 verurteilt.

Nun wird schließlich Killen endlich vor einem staatlichen Gericht des Mordes angeklagt. Er leugnet jede Verbindung zu den Morden und behauptet, nie ein Klanmitglied gewesen zu sein. Aber Zeugenaussagen während des vorhergehenden Verfahrens haben gezeigt, dass Killen sehr wohl Klanmitglied war und die Funktion hatte, neue Klanmitglieder in seinem Bezirk anzuwerben. Und ein weiterer Zeuge in dem bevorstehenden Gerichtsverfahren wird aussagen, dass er bei einem Treffen zwischen Killen und Bowers anwesend war, bei dem letzterer sein OK zu den Morden gegeben hat. Killens hauptsächliches Ziel war offensichtlich Michael Schwerner, der als Angestellter einer nationalen Bürgerrechtsorganisation arbeitete. Andrew Goodman war gerade erst einen Tag in Mississippi, bevor er erschossen wurde. James Chaney, ein ortsansässiger Schwarzer, wurde brutal gefoltert und zu Tode geprügelt. Der Druck erhöhte sich erneut in Richtung eines staatlichen Verfahrens wegen Mordes, nachdem eine Zeitung berichtete, dass Bowers in privatem Rahmen zugegeben hatte, dass er das Gericht im ursprünglichen Verfahren behindert hatte. Letzten Oktober demonstrierten mehrere hundert Menschen aus Mississippi in Jackson und forderten Gerechtigkeit in diesem Verfahren.

Viele Veränderungen sind in den letzten vier Jahrzehnten im Staat Mississippi vor sich gegangen. Schwarze können nun relativ unbehindert wählen. Die Sovereignty Commission hat ihre Arbeit eingestellt und ihre geheimen Akten sind nun ein öffentliches Archiv. Die weißen Bürgerräte wurden durch den »Rat der Konservativen Bürger« ersetzt. Während die schlimmsten Auswüchse des Terrors im Plantagen-Stil nicht mehr bestehen, bleiben weiße Privilegien in jedem Aspekt des gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Lebens bestehen.

Ray Killen ist nun ein alter Mann und viele der Zeugen, die gegen ihn aussagen könnten, sind schon längst gestorben. Ein endgültiger Urteilsspruch im Mord an drei tapferen Bürgerrechtsaktivisten ist noch immer nicht erreicht. ■

Ein Beitrag von Leonard Zeskind für IREHR und ANTIFA-NET

keinen Schritt zurück – non un passo indietro



Lombardia/Italia. Bereits im AIB # 59 berichteten wir über den Mord an dem Mailänder Antifaschisten Davide »Dax« Cesare aus dem centro sociale (cs) »O.R.So.«. Sein Todestag jährt sich am 16. März 2005 zum zweiten Mal. Seit über einem Jahr wird die Linke in der gesamten Lombardei, speziell aber in Mailand, vom stetig anwachsenden Terror der Neonazis bedroht. Hauptziel scheint die Zerstörung der linken Infrastruktur in der Region zu sein – aber auch vor Mord schrecken sie nicht zurück.

Ein Beitrag von Vincent Arcangelo

Im Gegensatz zu Süditalien, wo die in der Regierung vertretenen Faschisten auf soziale Hegemonie setzen, ist der Norden Schauplatz rechtsterroristischer Angriffe.

Die Nachwehen der militanten Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua im Juli 2001 nutzte die parlamentarische sowie die außerparlamentarische Rechte in Italien geschickt, um die antagonistische Linke zu torpedieren. Großflächig wurden Ermittlungsverfahren gegen Globalisierungsgegner angestrengt, die in Prozessen zu hohen Strafen verurteilt wurden. Auch losgelöst von den Ereignissen in Genua erreichte die Kriminalisierung der Linken bedrohliche Ausmaße. Hand in Hand mit der staatlichen Repression gehen auch die militanten Neonazis zum Frontalangriff über.

Das »O.R.So.« und dessen Aktivisten stehen dabei im Focus der Angriffe. Dies ist kein Zufall, denn dieses Zentrum steht für konsequente antifaschistische Politik. Den Auftakt der bis dato anhaltenden Angriffe machte ein zunächst unspektakulär wirkender Vorfall.

Am 17. Januar 2004 waren Aktivisten aus dem »O.R.So.« und anderen Mailänder centri sociali auf dem Weg zu einer antifaschistischen Demonstration in Genua. Bei der Abfahrt in Mailand hielten sich zwei Nazis im Zug auf. Ihnen wurden ihre rechten Aufnäher abgenommen und sie mussten am nächsten Bahnhof aussteigen. Umgehend erstatteten sie Anzeige bei der Polizei. Der in Genua für die Antifa-Demo zuständige Einsatzleiter ließ daraufhin alle DemoteilnehmerInnen abfilmen. Das gewonnene Material wurde dann den Neonazis vorgeführt, die zunächst zwei Personen beschuldigten: Marta und Orlando aus dem O.R.So., die maßgeblich die Rolle der Polizei bei der Ermordung von »Dax« anprangerten. Knapp zwei Monate später wurden Marta und Orlando sowie zwei weitere Genossen, Milo und Frederico, aufgrund der Neonaziaussagen verhaftet. Die Anklage lautete auf Körperverletzung und Raub. Erst im Juli konnten die vier die Haft verlassen und wurden unter Hausarrest gestellt. Als erste wurde Marta im Oktober zu knapp zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Die anderen Urteile stehen noch aus.

Eine Gruppe von 15 Neonazi-Skins zog am 20. April durch das in Mailand als linkes Viertel bekannte »Ticinese«. →







[1] Neonaziskins in Mailand posieren vor dem »Last Resort«.
[2] Porco 69 spielt im mailänder »Skinhouse«.
[3] Die deutsche Neonaziband Faustrecht spielte am 22. Januar 2005 im »Skinhouse«.

→ Als ein Aktivist des »O.R.So.« zufällig den Weg der Gruppe kreuzte, gingen die Neonazis sofort zum Angriff über. Er erlitt Stich- und Schnittwunden am Bein. Vier Tage später kam es in Bergamo zu einem ähnlichen Vorfall, an dem ebenfalls ca. 15 Neonazis beteiligt waren. In der Nacht des 2./3. Juni verübten Neonazis einen Brandanschlag auf das c.s. »La Sede« in Vigevano, nahe Mailand, welches fast vollständig zerstört wurde. Das Zentrum hatte sich stark in der Freilassungskampagne für die vier Antifas engagiert.

Ende August griffen etwa 15 Neonazis eine Gruppe von Linken aus dem c.s. »Pací Paciana« in Bergamo wiederum mit Messern an. Dabei wurden drei Genossen verletzt. Eine Person erlitt einen Messerstich direkt neben dem Herzen und überlebte nur durch Zufall. Knapp eine Woche später, am 6. August, kam es erneut zu einem Überfall auf Antifas in »Ticinese«. In einer linken Kneipe tauchten zwei Neonazis auf und pöbelten Gäste an. Der Wirt bat im nahe gelegenen c.s. »Conchetta/Cox 18« um Hilfe. Als die Antifas eintrafen, flüchteten die Neonazis in eine kleine, schlecht beleuchtete Seitenstrasse. Dort warteten bereits ca. 25 weitere Neonaziskins mit gezückten Messern. Innerhalb kurzer Zeit erlitten sechs Antifas schwerste Verletzungen. Eine Person lag für mehrere Tage im Koma und schwebte in Lebensgefahr. Es handelte sich um eine sorgsam geplante Falle, was auch daran deutlich wird, dass ein älterer Neonazi die Aktion leitete. Bei dem Angriff verlor Stefano del Miglio, ein Kader der neonazistischen »Skinheads Milano«, seinen Ausweis. Er wurde einige Tage später auf einem Zeltplatz in der Toscana verhaftet. Zudem wurden noch zwei weitere Neonazis festgenommen.

In der Nacht auf den 15. August verübten Neonazis einen Brandanschlag auf das c.s. »Cantiere« in Mailand. Es entstand nur geringer Sachschaden. Am nächsten Abend nahm die Polizei drei Neonaziskins in flagranti fest, als sie einen Anschlag auf das c.s. »Vittoria« in Mailand durchführen wollten.

In Bergamo brannte am 20./21. Dezember das c.s. »Pací Paciana« ab. Die Nazis zerstörten alle elektronischen Geräte und setzten dann die Räume mit Benzin in Brand. Sie hinterließen einen Vorschlaghammer. Im Mailänder »O.R.So.« wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. Januar 2005 Feuer gelegt. Weite Teile des Gebäudes wurden dabei zerstört. Obwohl auch hier ein Vorschlaghammer gefunden wurde und es zwei Brandherde gab, wurde der politische Hintergrund ignoriert und die Polizei geht unbeirrt von einem Kurzschluss aus.

Am 22. Januar organisierte die »Fronte Nazionale« in Brescia einen Büchertisch mit rechtsextremer Propaganda. Als sich ein vom c.s. »Magazzino47« organisierter Protestzug auf den Büchertisch zu bewegte, stürmten die Nazis mit Knüppeln bewaffnet auf die Teilnehmer los, mussten jedoch im Verlauf der Auseinandersetzung den Rückzug antreten. Als Racheakt wurde zwei Tage später das »Magazzino47« in Brand gesteckt und zerstört.

Am 28. Februar 2005 wurde ein Wahlwerbestand der »Alleanza Nazionale« in Mailand angegriffen und teilweise zerstört. In diesem Zusammenhang wurde Daniele A., ein Aktivist des c.s. »Vittoria«, festgenommen. Er wurde in einem Schnellverfahren zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen der mutmaßlichen Beteiligung von Daniele verübten Anfang März Neonazis einen Anschlag auf das »Vittoria«. Sie schlugen wiederum mit einem Vorschlaghammer ein großes Loch in die Rückwand des Gebäudes und drangen so in die Räume ein. Auch hier zerstörten sie zunächst alle elektronischen Geräte und setzten dann das Zentrum in Brand. Auch das »Vittoria« brannte vollständig aus.

Bereits in den 70er und 80er Jahren war Norditalien Ziel von neofaschistischen Terroranschlägen. Heute gilt es als sicher, dass die rechtsextremen Akteure mit Unterstützung von Geheimdiensten und Polizei agierten. Nur in Italien selbst wird dieses vehement abgestritten. Dieser Logik folgend wurden erst im letzten Jahr die Verantwortlichen für den neofaschistischen Bombenanschlag vom 12. Dezember 1982 an der Piazza Fontana/Mailand endgültig freigesprochen. Auch jetzt liegt die Vermutung nahe, dass die Neonazis zumindest mit Duldung der staatlichen Organe ihr Unwesen treiben. Die Unergiebigkeit der Ermittlungen, die Verleugnung eines Zusammenhangs zwischen den einzelnen Angriffen sowie das Abstreiten eines politischen Hintergrundes der Anschläge sprechen wohl für sich. ■

»Porträt einer Kameradschaft – Der Märkische Heimatschutz«

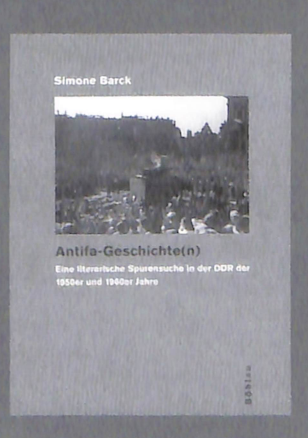


Wie funktioniert eine Neonazi-Kameradschaft? Mit welchen Methoden wird versucht, Rückhalt in der Bevölkerung zu gewinnen? Welche Themen werden bearbeitet, welche Strategien und welche Ideologie steckt dahinter? Diesen für die Antifa-Arbeit grundlegenden Fragen hat sich ein AutorInnen-Kollektiv aus dem Land Brandenburg gewidmet und versucht, sie am Beispiel des Kameradschafts-Netzwerkes »Märkischer Heimatschutz« (MHS) zu beantworten. Herausgekommen ist ein 32-seitiges Heft, dass sich in Schwerpunktartikeln der Entstehung, dem Aufbau, den Aktionsformen und dem neonazistischen Ideensystem des MHS widmet. Durch die detaillierte und reich bebilderte Darstellung entsteht so ein dichtes Bild des organisierten Neonazismus in Brandenburg. Das Ziel der Broschüre – Argumente und Informationen für die Arbeit gegen Rechts zu liefern – wurde im Ganzen sehr gut erreicht. Durch die einfache Sprache und den umfangreichen Erklärungen eignet sich die Broschüre besonders als Handreichung für politische AkteurInnen, die sich noch nicht lange mit der Neonazi-Thematik beschäftigen. Beleuchtet werden unter anderem die jüngeren Entwicklungen in der Kamderadschaftsszene und die Motivation und Methoden der Neonazis, in soziale Bewegungen hineinzuwirken. Durchzogen wird die Broschüre richtigerweise von der Analyse, dass Kameradschaften wie der MHS keine marginalisierte Randgruppe sind sondern im Mainstream etablierte Ansichten erfolgreich aufgreifen und radikalisieren. Antifaschismus, so das Fazit der AutorInnen, muss dementsprechend gesellschaftskritisch sein, »um nicht zahnlos zu werden«. Die einzigen Mankos des Hefts sind der unscharf bleibende Abschnitt zu Handlungsstrategien gegen Rechts, der über die Forderung nach gesellschaftlicher Ausgrenzung nicht hinauskommt, sowie die teilweise mangelnde Sorgfalt bei der Rechtschreibung. Die Broschüre kann per E-Mail an mhs-broschuere@inforiot.de unter Angabe einer Postadresse kostenlos bezogen werden. Auf der Internetseite www.inforiot.de steht sie zudem als Download im PDF-Format bereit. ■

Antifa Geschichte(n)

Deutlich weist der Titel des Buches bereits darauf hin, dass sich die Autorin nicht in der Weite des Themas Antifaschismus verliert, sondern gezielt die Geschichte des Antifaschismus in der DDR aufgreifen will. Um den Antifaschismus in der DDR angemessen betrachten zu können, schreibt Simone Barck selbst, mußten sowohl die Parteiengeschichte, vor allem die kommunistische des 20. Jahrhunderts, die Widerstands- und Exilgeschichte, die NS-Geschichte und die Geschichte der Shoa berücksichtigt werden. Diese Aufarbeitung nimmt die Autorin anhand eines intensiven Quellenstudiums vor. Dabei handelt es sich um KZ-Literatur und Widerstands-Erzählungen, die größtenteils in Vergessenheit geraten waren. Durch den Umstand, dass diese Literatur nur einmal in kleinen Verlagen produziert und nicht wieder aufgelegt wurde, sind die Auseinandersetzungen der Opfer des NS-Regimes sowie Widerstandsberichte meist nicht mehr erhältlich. Zum anderen stellt bisher nicht veröffentlichtes Archivmaterial die Grundlage für die Auswertungen dar. Deutlich gelingt es ihr kritische Momente am Antifaschismus der DDR dieser Zeit hervorzuheben. Durch diese erste inhaltliche Auseinandersetzung trägt Barck zur Schaffung der noch ausstehenden Kulturgeschichte des Antifaschismus bei. ■

Simone Barck:
Antifa Geschichte(n)
Eine literarische Spurensuche in der DDR der 1950er und 1960er Jahre
Böhlau Verlag, Köln 2003
ISBN 3-412-13802-9



Abonniert
das Antifaschistische Info Blatt





Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo	15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je	3,10 Euro
→ ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
→ ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

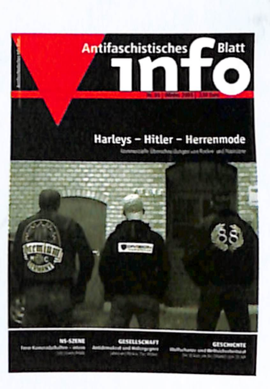
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für eine **Paketbestellung ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 65

Überschneidungen von Rocker-, Nazi- und Hooliganszene
Freie Kameradschaften intern
A. Paul Weber – Antidemokrat und Hitlergegener



AIB 64

Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg
Hartz IV Proteste
Guido Knopp – »Ästhetischer Revisionismus«

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt

17. Jahrgang
Nummer 66 | 2.2005

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin